



I 14699

BIBLIOTHEK  
DES K. K. HANDELSMINISTERS  
EXZELLENZ DR. JOSEPH MARIA  
BAERNREITHER

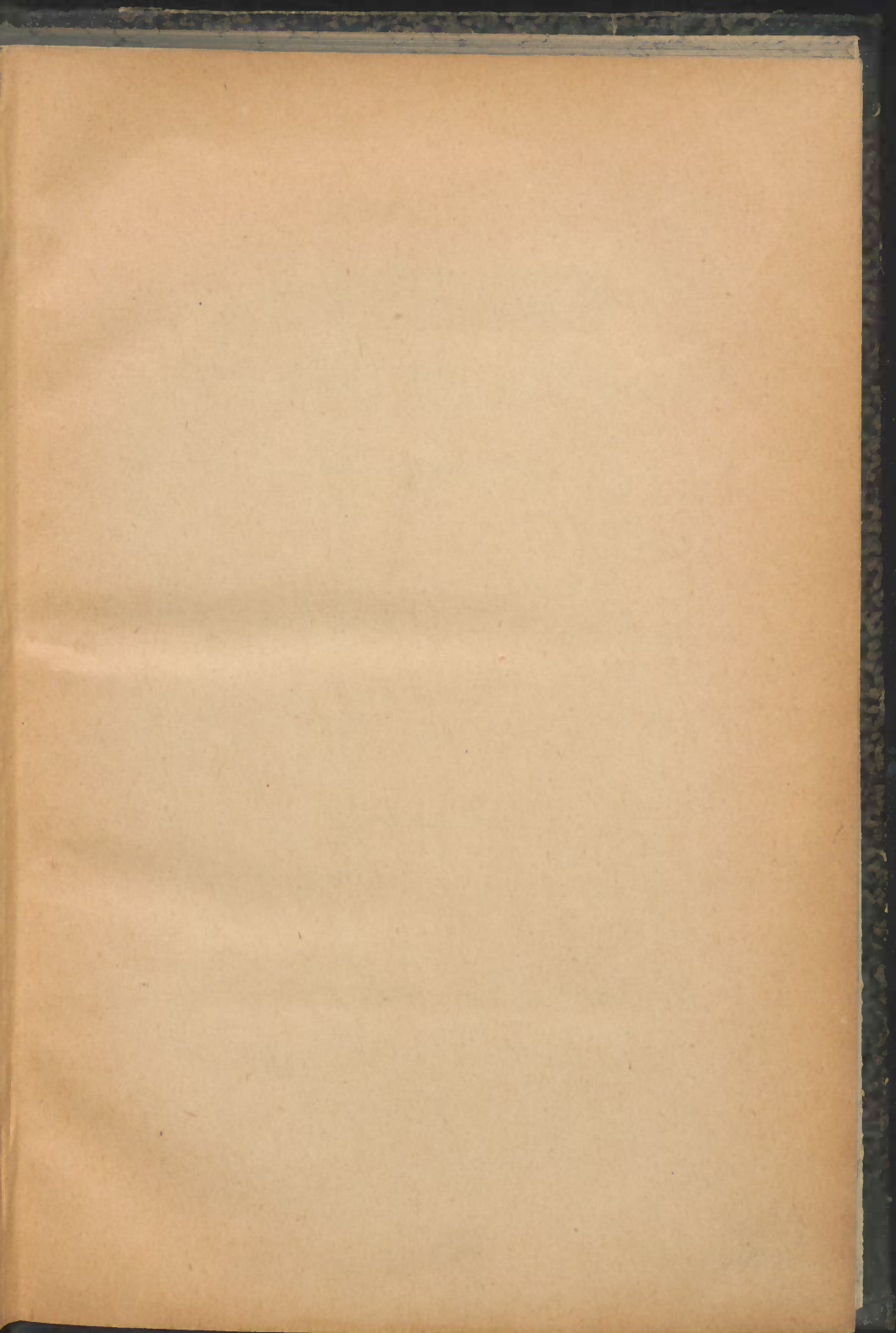
(12. IV. 1845 — 19. IX. 1925)

FÜR DIE BIBLIOTHEK DES  
INSTITUTS FÜR WELTWIRTSCHAFT  
UND SEEVERKEHR  
KIEL

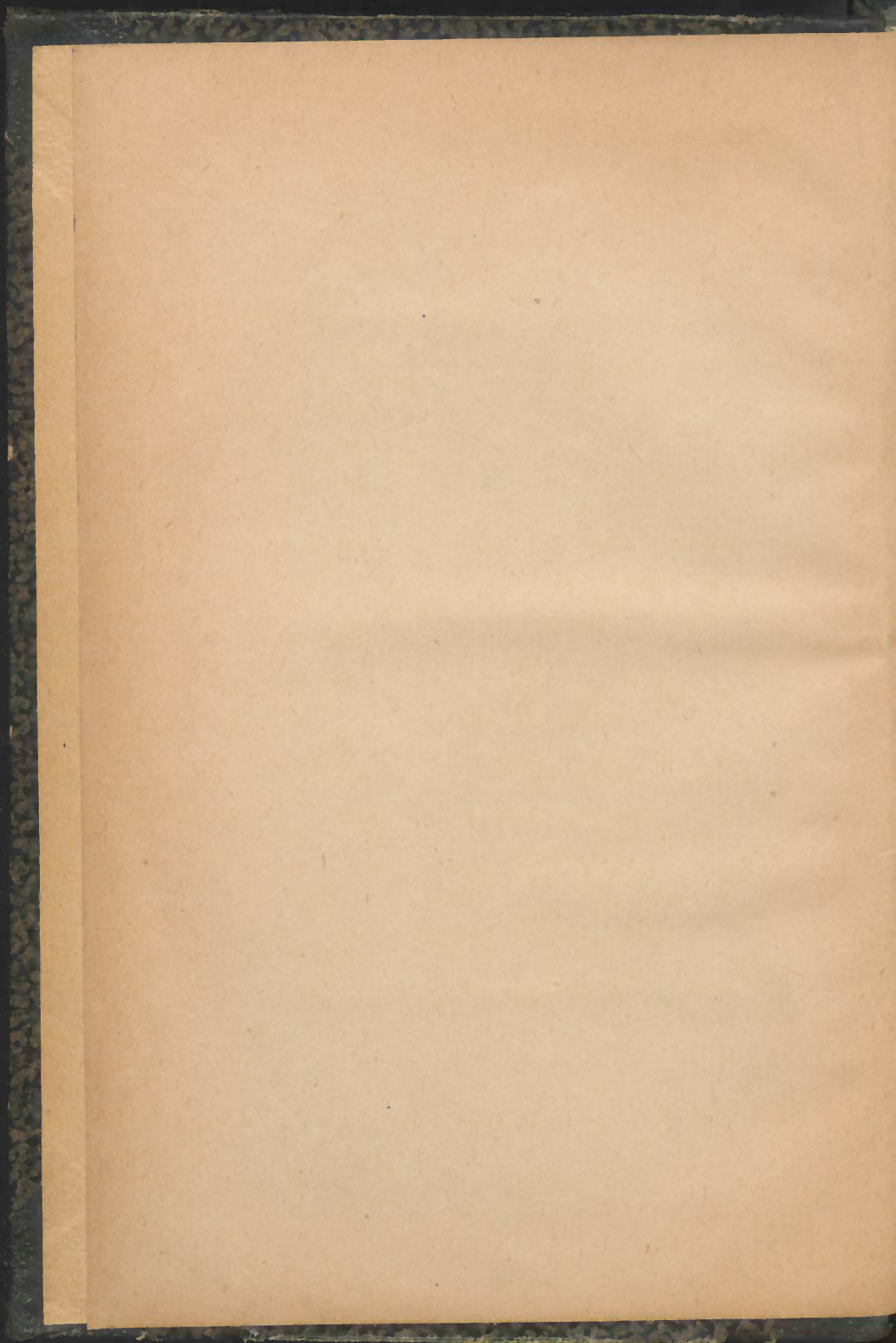
ERWORBEN AUS MITTELN DER

DR. GUSTAV DIEDERICHSEN-  
STIFTUNG

1929







# Deutschlands gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung.

Ein Grundriß für Lehrer und Studierende

VON

**J. Asbach**, Dr. phil.

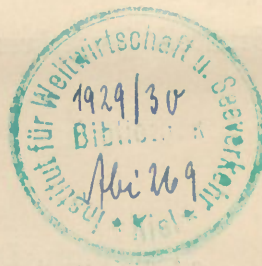
Königl. Gymnasialdirektor.

Berlin.

Weidmannsche Buchhandlung.

1900.





Dr. Hermann Deiters

in

Verehrung und Ergebenheit zugeeignet.





## Vorwort.

Die vorliegende Schrift ist in der Hauptsache eine Wiedergabe des Berichtes, den der Unterzeichnete für die fünfte rheinische Direktorenkonferenz 1893 auf Grund von 41 Anstaltsberichten, die im Schoße der einzelnen Kollegien mit Eifer und Sorgfalt beraten worden waren, über

Umfang, Verteilung und Methode der durch die neuen Lehrpläne geforderten Belehrungen über unsere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung

zu erstatten hatte, und der zusammen mit den Verhandlungen 1893 veröffentlicht worden ist.

Im Verlaufe der Verhandlungen trat die Konferenz mit Entschiedenheit der Ansicht des Berichterstatters bei, daß es sich nicht um eine tendenziöse Widerlegung sozialistischer Anschauungen handeln könne, sondern daß diese Belehrungen dem Schüler eine Anzahl grundlegender wirtschaftlicher Begriffe zu übermitteln hätten, um ihm die Mitarbeit an den großen Aufgaben der Gegenwart zu ermöglichen. Der Sozialismus sei lediglich als „ein historisches Phänomen zu würdigen, bei dessen Darlegung der Lehrer unter keinen Umständen in die Arena der Partekämpfe herabsteigen dürfe.“

Seitdem haben sich die Lehrer um so leichter in ihre neue Aufgabe hineinleben können, als dasselbe Thema auf mehreren Direktoren-Versammlungen ebenso sorgfältig und eingehend wie in Bonn erörtert worden ist. Dies geschah in der 12. Direktoren-Versammlung der Provinz Pommern (1895), der 6. der Provinz Schleswig-



Holstein (1895), der 7. der Provinz Hannover (1895), der 7. der Provinz Sachsen (1896), der 11. der Provinz Schlesien (1897). Selbstverständlich ist in den entsprechenden Veröffentlichungen ein reiches, für den Lehrer ergiebiges Material niedergelegt, das namentlich den zahlreichen Einzelschriften zu gute gekommen ist, die sich mit diesen Fragen befassen<sup>1)</sup> und von dem lebendigen Interesse Zeugnis ablegen, das die Lehrerwelt denselben entgegenbringt. Als Äußerung dieses Interesses hat der Unterzeichnete auch den von verschiedenen Seiten ausgesprochenen Wunsch angesehen<sup>2)</sup>, den Inhalt des in Bonn erstatteten Berichtes weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Bei dem Entgegenkommen des Herrn Verlegers war es nicht schwer, noch um die Wende des Jahrhunderts diesem Wunsche zu entsprechen.

Dabei habe ich alles Persönliche und Örtliche ausgeschieden, so daß, wer ermitteln will, was den einzelnen Anstaltsberichten entnommen ist, auf den Originalbericht zurückgreifen muß. Ferner sind einige schwierige Abschnitte durch Berücksichtigung der neuesten Darstellungen über den Rahmen des für die Konferenz Niedergeschriebenen erweitert worden; dies ist namentlich der Behandlung des römischen Kolonats, der Entstehung des Lehnswesens, der Besiedelung der Wendenlande, der wirtschaftlichen Entwicklung Englands und des Deutschen Reiches förderlich gewesen.

Den Belehrungen, die der alten Geschichte entnommen werden können, habe ich entsprechend ihrer Bedeutung für den Unterricht einen bevorzugteren Platz angewiesen. „Wie alle politischen Bildungen so lassen sich alle wirtschaftlichen Vorgänge an antiken Vorbildern klar machen, und dies ist um so leichter, weil sie uns im Altertum zwar auf engem Raume, aber eben deswegen in um so anschaulicherer Klarheit entgentreten. Weil also die staatlichen Formen des Altertums geeignet sind, wirkliche politische

<sup>1)</sup> Aufgezählt in dem für die sächsische Konferenz erstatteten Berichte des Direktors Junge S. 185, mit dem ich mich in den wichtigsten Punkten in Übereinstimmung befinde.

<sup>2)</sup> Vgl. Endemann, Staatslehre und Volkswirtschaft auf höheren Schulen. Bonn, Cohen 1896. S. 6.

Bildung zu erzeugen, sollte man alles in dieser Richtung Lehrreiche, namentlich aus der römischen Geschichte in der Prima zusammenstellen und als geistiges Rüstzeug für das Jahrhundert mitgeben, dessen Bildung in eigentlichem Sinne eine politische sein wird.<sup>1)</sup>

Erweitert habe ich endlich den Stoff durch Aufnahme einiger Sätze aus dem in den Blättern für höheres Schulwesen 1893 gedruckten Berichte des Direktors Henke und dem in Bonn erstatteten Gegenberichte des Direktors Zietzschmann.

Hätte ich auf die in den Verhandlungen anderer Direktorenkonferenzen und in den zahlreichen Einzelschriften zu Tage getretenen abweichenden Meinungen eingehen wollen, so würden Charakter und Umfang dieser Arbeit ganz verändert worden sein. Was sich in dem vorliegenden Grundriß findet, ist in erster Linie für die Vorbereitung des Lehrers bestimmt. Wieviel er davon seinen Schülern bieten will, hängt nächst seiner eigenen Fähigkeit von dem Grade des Verständnisses ab, dem er bei seiner Klasse begegnet.

Zu besonderem Danke bin ich meinem Kollegen Herrn Professor Krah verpflichtet, der mich bei der Umarbeitung einiger Abschnitte der früheren deutschen Geschichte und bei der Revision des Druckes bestens unterstützt hat.

Die Beilagen sollen den Bedürfnissen einer schnellen und zuverlässigen Orientierung dienen.

Düsseldorf, Weihnachten 1899.

**Dr. J. Asbach.**

<sup>1)</sup> Asbach, Darf das Gymnasium seine Prima verlieren? Düsseldorf 1899. S. 15.



## Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung . . . . .	1
Umfang und Verteilung . . . . .	9
Allgemeine Gesichtspunkte . . . . .	15
Spezielle Ausführung . . . . .	15
Das Altertum . . . . .	15
I. Der Orient . . . . .	15
II. Die Griechen . . . . .	16
III. Die römische Republik . . . . .	18
IV. Die Kaiserzeit . . . . .	20
Das Mittelalter . . . . .	23
V. Die germanische Zeit . . . . .	23
VI. Die Zeit der Völkerwanderung . . . . .	26
VII. Die fränkische Zeit . . . . .	28
VIII. Die Zeit der sächsischen Kaiser . . . . .	35
IX. Die Zeit des Investiturstreites . . . . .	37
X. Das Zeitalter der früheren Staufer (Rodungen und Kolonisationen) . . . . .	38
XI. Das Zeitalter der späteren Staufer, der Wahlkönige und der Blüte der Städte . . . . .	41
XII. Die Epoche des Übergangs zur neueren Zeit (das Zeitalter der Entdeckungen und der Bildung des modernen Staates) . . . . .	45
XIII. Zustände in unserm Vaterlande am Ende des großen Krieges . . . . .	49
Die neuere Zeit . . . . .	51
XIV. Das Zeitalter Ludwigs XIV. . . . .	52
XV. Wirtschaftliche und politische Zustände in den Marken unter den älteren Kurfürsten . . . . .	54
XVI. Der große Kurfürst . . . . .	56
XVII. Friedrich Wilhelm I. . . . .	58
XVIII. Friedrich II. . . . .	62
XIX. Maria Theresia und Joseph II. . . . .	66
XX. Die französische Revolution . . . . .	67



	Seite
XXI. Reformen in Preußen unter Friedrich Wilhelm III. . . . .	74
XXII. Die großen Erfindungen und ihre Einwirkungen auf Verkehr und Handel, besonders in Deutschland . . . . .	81
XXIII. Umgestaltung der Güterproduktion und des Tauschverkehrs . . . . .	83
XXIV. Entstehung und Ziele der Sozialdemokratie . . . . .	87
XXV. Deutsche Sozialpolitik unter Wilhelm I. und Wilhelm II. . . . .	99
XXVI. Vorbereitende und ergänzende Belehrungen . . . . .	102
Methodische Bemerkungen . . . . .	110
Gedankenfolge . . . . .	117
Zeittafel . . . . .	121
Einige Hilfsmittel . . . . .	126
Sach- und Namenregister . . . . .	130



## Einleitung.

Im Anfange dieses Jahrhunderts waren für diejenigen Kreise unserer Nation, aus denen die Schüler der höheren Lehranstalten hervorgingen, Ästhetik und Litteratur Brennpunkt des geistigen Lebens; dann wandten sich in den auf die Freiheitskriege folgenden Jahrzehnten die Bildungsinteressen vorwiegend philosophischen Problemen zu, bis sich seit der Mitte der fünfziger Jahre der Geist der gesamten europäischen Gesellschaft mehr und mehr einseitig mit naturwissenschaftlicher Bildung erfüllte, die mehr oder weniger alle anderen Wissenszweige berührte.

Erst unter dem Einflusse der gewaltigen politischen Begebenheiten, die zur Vollendung des italienischen Einheitsstaates und zur Begründung des deutschen Reiches führten, und angesichts der Erstarkung einer auf den Umsturz der bestehenden Verhältnisse ausgehenden Partei trat ein Umschwung ein. In dem Maße wie das Nationalgefühl erstarkte, richtete sich die Aufmerksamkeit der Menschen auf das politische Leben in den Verfassungsstaaten und auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, die jeder Tag in den verschiedensten Formen vor ihre Augen führte. Man konnte wahrnehmen, daß von Jahr zu Jahr die Wertschätzung politischer Bildung stieg und auch in unserm Vaterlande in dieser Richtung ein bemerkenswerter Fortschritt zu verzeichnen war.

Hervorragende Lehrer wiesen den Universitäten die Aufgabe zu, „die künftige Gesellschaft aus dem Banne einseitiger naturwissenschaftlicher Bildung zu befreien, sie zum Staate und zu einer politischen Weltanschauung zurückzuführen und sie so für den ihrer harrenden sozialen Kampf vorzubereiten.“ „Nur eine höchste Anspannung po-



litischer Kraft und Einsicht werde die Aufgabe bewältigen, den vierten Stand ohne tödliche Krisen dem Staatskörper organisch einzufügen.“<sup>1)</sup>

Auch die Schule hat, da sie eine Vorbereitung für das Leben sein soll, die Pflicht, dem Gange der Ereignisse zu folgen. Sie muß dem politischen und wirtschaftlichen Zeitinteresse entgegenkommen und ihre Schüler befähigen, sich über diese Verhältnisse richtige Vorstellungen und Begriffe zu bilden. Ernste Männer wie Bluntschli<sup>2)</sup> gehen sogar noch weiter und fordern eine Prüfung über die Grundwahrheiten der Staatslehre, einen der kirchlichen Konfirmation entsprechenden Akt der Bethätigung der politischen Reife, also eine Art förmlicher Bürgerweihe, wie es die Leistung des Ephebeneides in Athen, das Tirocinium der Römer war. Auch für eine kühlere Auffassung liegt es offen zu Tage, daß es sich um die Befriedigung eines dringenden Zeitinteresses handelt.

Man hat mehrfach darauf hingewiesen, daß uns das Ausland in seiner Pflege vorausgeeilt war. In den Schweizer Schulen behauptet sich seit 1885 das von dem Bundesrat Numa Droz „in Erfüllung einer patriotischen Pflicht und im Vertrauen auf die Zukunft einer auf solide und allgemein politische Bildung gegründeten Demokratie“ verfaßte, recht brauchbare Hilfsmittel: Leitfaden des bürgerlichen Unterrichts für den Gebrauch der oberen Primärschulklassen, Sekundärschulen und die jungen Bürger. In Belgien und England werden längst die Anfangsgründe der Nationalökonomie gelehrt. In Frankreich bestimmte Artikel I des Gesetzes vom 28. März 1882, daß der Elementarunterricht die wichtigsten Grundbegriffe vom Recht und von der Wirtschaftslehre zu umfassen habe. Ein Dekret vom 29. Januar 1890 ordnete für den obersten Kursus der Elementarschulen „un livre d'instruction morale et civique“ an. Seitdem hat der Leitfaden von Paul Bert, *L'instruction civique à l'école*, von dem vor kurzem die 25. Auflage erschienen ist, die weiteste Verbreitung gefunden. Auf dem Titelblatt wird darauf hingewiesen, daß das Büchlein von der Stadt Paris ihren Schulen unentgeltlich geliefert werde. Es will an seinem Teile dahin wirken, daß „die Vaterlandsliebe für den Franzosen

<sup>1)</sup> Exner, „Über politische Bildung“. Inaugurationsrede, gehalten in Wien am 22. Oktober 1891. S. 31 ff.

<sup>2)</sup> Politik III, S. 428.

keine abstrakte Formel sei wie ein religiöses Dogma, sondern daß er ihre Triebfedern begreife, ihre Größe und Folgen erfasse" (S. 4). Unter diesem Gesichtspunkte werden sehr geschickt, abwechselnd in darstellender und fragender Form, alle elementaren Dinge des Verfassungs- und Rechtslebens zur Sprache gebracht.<sup>1)</sup>

In Deutschland forderte das Regulativ für die niederen Schulen in Elsaß-Lothringen vom 4. Januar 1874, daß die Schüler im geschichtlichen Unterricht auf der Oberstufe mit der Verfassung des deutschen Reiches und den hauptsächlichsten Einrichtungen der Verwaltung nach der Rechtspflege des Landes in allgemeinen Umrissen bekannt zu machen sind. Im Jahre 1882 stellte der Berliner Real-

<sup>1)</sup> Nachdem die Begriffe *liberté, égalité, fraternité* an konkreten Verhältnissen mit unleugbarem pädagogischem Geschick klargestellt sind, geht der früh verstorbene Verfasser im 7. Kapitel „gegenüber gewalthätigen Angriffen“ zur Rechtfertigung der großen Revolution über. Unter Berufung auf die größten Kenner des modernen Frankreichs, *Doqueville* und *Taine*, sucht Vert seine Aufgabe zu lösen. Durch Stellen, die er aus dem Zusammenhang herausreißt, werden die Schattenseiten der *ancien régime* mit den schwärzesten Farben gemalt. Mit *Taine*, I S. 484, wird ein Bauer sprechend eingeführt: „Von den 100 Franks, die ich hatte, mußte ich 53 dem Einnehmer des Königs, 14 dem Grundherrn abgeben.“ Der Junge lernt, daß *Ludwig XVI.* 2500 Pferde, 1450 Kutschen hatte, daß sein Koch ein Honorar von 84 000 Franks empfing, daß sein Haushalt 60 Millionen verschlang u. s. w. (Aus *Boileau, Etat de la France en 1789*, p. 148.) Zwischen dem Texte finden sich Bilder, die eine womöglich noch eindringlichere Sprache reden. Man sieht die Greuel der *Dragonen*, Mißhandlungen der Hörigen durch jagende Adelige, demütigte Unterthanen vor dem Könige, aus den Städten vertriebene Bürger. Wort und Bild vereinigen sich, um die Revolution als die größte That des französischen Volkes darzustellen, das dadurch zum Sauerteig der Erde geworden sei. Der didaktische Teil schließt mit den Worten: *Et maintenant, allez vous amuser, mes enfants, vous l'avez bien gagné. Mais avant de nous séparer crions tous: Vive la république.* Den Schluß des Buches machen ein Lebensbild *Gambettas* und die „Deklaration der Menschenrechte“. Es dürfte schwerlich ein Buch geben, das den *Chauvinismus* erfolgreicher auf die Spitze triebe. In viel ruhigerem Tone ist ein von der *Académie* gekröntes Werkchen von *M. J. J. Rapet* gehalten: *Manuel de morale et d'économie politique*. Dies wie die geographischen Lehrbücher von *Foncin* gehören ihrer Entstehung nach einer jüngeren Generation an, die es gelernt hat, gegen das Ausland etwas gerechter zu sein.



schulmänner-Verein eine Reihe von Thesen über die Notwendigkeit der Wirtschaftslehre auf.<sup>1)</sup>

In richtiger Erkenntnis der veränderten Bildungsinteressen fordert der Allerhöchste Erlaß vom 1. Mai 1889, daß in einer Zeit, in welcher die sozialdemokratischen Irrtümer und Entstellungen mit vermehrtem Eifer verbreitet werden, die Schule zur Förderung der Erkenntnis dessen, was wahr, und was in der Welt möglich ist, erhöhte Anstrengungen zu machen und vor allem die neueste Zeitgeschichte mehr als bisher in den Kreis der Unterrichtsgegenstände zu ziehen hat.

Die in den Lehrplänen von 1892 dem Geschichtsunterricht zugewiesenen Aufgaben sind ein Versuch, diese Absichten für die höheren Lehranstalten auszuführen. Gefordert wird für Unter-Sekunda „im Anschluß an die vaterländische Geschichte und die Lebensbilder der betreffenden Herrscher vergleichende Berücksichtigung unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung bis 1888 unter Hervorhebung der Verdienste der Hohenzollern, insbesondere um die Hebung des Bauern-, Bürger- und Arbeiterstandes“; gefordert werden für Ober-Prima „im Anschluß an die Lebensbilder des Gr. Kurfürsten, Friedrich Wilhelm I., Friedrichs d. Gr., Friedrich Wilhelms III. und Wilhelms I. zusammenfassende Belehrungen wie in Unter-Sekunda, dem Verständnis der höheren Stufe entsprechend vertieft“.

Für die alte Geschichte wird besondere Berücksichtigung der Verfassungs- und Kulturverhältnisse in zusammenfassender vergleichender Gruppierung, für die weltgeschichtlichen Ereignisse des Mittelalters Anknüpfung an allgemeine Gesichtspunkte verlangt.

Da der Wortlaut der Lehrpläne über den Inhalt des darzubietenden Stoffes keine Unklarheit läßt, so bedarf es kaum einer weiteren Klarstellung der Begriffe „gesellschaftlich und wirtschaftlich“. Eine scharfe Grenze besteht zwischen beiden nicht, viel-

<sup>1)</sup> Dankenswert waren in dieser Richtung die Anregungen in einer Abhandlung der Kölnischen Zeitung Nr. 246—248 (Jahrgang 1888), sowie die Verhandlungen der Osterdienstag-Versammlung in Köln 1889 (vgl. Zeitschrift f. d. G. W.). Im übrigen verweise ich auf Noormeister, über volkswirtschaftliche Belehrungen im höheren Unterricht. 1889



mehr sind sie wie Sozial-Wissenschaft und Volkswirtschaftslehre vielfach mit einander verflochten, da jede gesellschaftliche Organisation zunächst durch wirtschaftliche Verhältnisse bedingt wird, d. h. durch diejenige Thätigkeit des Volkes oder seiner Glieder, die auf Erzeugung und Pflege von Naturprodukten, auf Veredelung, Tausch und Transport von Gütern gerichtet sind.

Das Verhältnis der Stände zu einander und zur staatlichen Gewalt kann aber nicht der einzige Gegenstand der gesellschaftlichen Unterweisungen sein. Das älteste und einfachste gesellschaftliche Gebilde ist die Familie, aus der durch eine Reihe von Phasen der Staat hervorgeht. Diese Belehrungen sind demzufolge auch auf den Staat und seine Einrichtungen umsomehr auszudehnen, als die Staatsordnung die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse durch ihre Gesetze festlegt und die großartigen wirtschaftlichen Veranstaltungen des Staates, d. h. die zur Begründung, Förderung und Erhaltung des Volkswohlstandes getroffenen Maßregeln tiefer als alles andere in das wirtschaftliche Leben seiner Unterthanen eingreifen. Also ist durch die Lehrpläne selbst eine stärkere Betonung von Verfassung und Verwaltung unseres Vaterlandes gegeben, auch wenn in den amtlichen Aktenstücken nicht ausdrücklich davon gesprochen wird.

Weiter wird durch die Lehrpläne eine systematische Behandlung dieser Belehrungen und ein konsequenter Aufbau dieses Lehrgegenstandes ausgeschlossen. Ganz mit Recht, denn gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung fällt im ganzen mit dem Begriff „Geschichte“ zusammen. Es kann sich nur um die Frage handeln, wie der geschichtliche Unterricht zu gestalten ist, um den neuen Forderungen zu genügen.

Bisher war der Unterricht allzusehr auf die Darstellung des Heroischen, des Außergewöhnlichen und Hervorragenden im Leben der Völker bedacht und legte zudem ein allzu großes Gewicht auf die Übermittlung eines abfragbaren Wissens, wenn es auch Fälle genug gab, in denen Verfassungsfragen und volkswirtschaftliche Erörterungen nicht umgangen werden konnten.<sup>1)</sup> Und doch wußte man, daß die äußere durch die innere Geschichte bedingt ist und erst die Kenntnis

<sup>1)</sup> 7. Direktoren-Berf. d. Prov. Pommern, S. 276.

des politischen und kulturellen Lebens einer Nation zu einem wirklichen Erfassen ihrer Geschichte führt. Jetzt sollen „die inneren Verhältnisse vor den äußeren in den Vordergrund treten, jetzt soll das Verständnis für den pragmatischen Zusammenhang der Ereignisse und für ein höheres Walten in der Geschichte, die Fähigkeit zum Begreifen der Gegenwart aus der Vergangenheit vor allem geweckt werden.“ (S. 43.)

Damit wird eine Vertiefung des geschichtlichen Unterrichts überhaupt gefordert, und auch die in Frage kommenden Belehrungen sind unter diesem Gesichtspunkte zu betrachten, nicht als ein schlechthin neues Moment, sondern als ein „pädagogisches Postulat“.

Als Endziel des Geschichtsunterrichtes ist fortan nur der Begriff der historischen Bildung ins Auge zu fassen. Es kann sich also nur darum handeln, den Schüler zu befähigen, das Objekt der Geschichte, die sittliche Entwicklung des Menschengeschlechtes, zu verstehen. Die Schule freilich kann nicht mehr thun, als dieses Verständnis vorbereiten. Es genügt, wenn der Schüler an der Hand des Geschichtslehrers lernt, überall eine Entwicklung zu suchen und jedes dargestellte Ereignis nach Ursache und Wirkung zu begreifen. Das ist der Schlüssel zum Verständnis der Aufgaben der Gegenwart. Daraus entwickelt sich in reiferen Jahren echte politische Bildung; diese besitzt, wer sich selbständig die Frage beantworten kann: Auf welchem Punkte der Entwicklung unseres Staates sind wir angelangt, wie verhält sich das Ergebnis unserer Geschichte zu den politischen Zielen, die wir anstreben? Nur auf diesem Wege wird der Schüler den Staat als etwas Gewordenes begreifen, und volle Klarheit darüber gewinnen, daß Staaten nicht nach politischen Theorien aufgebaut werden, sondern das Ergebnis einer konkreten Entwicklung sind. Nur auf diesem Wege wird er verstehen lernen, daß der Mensch ein *ζῷον πολιτικόν*<sup>1)</sup> ist, daß er seine Vollendung erst im Staate erreicht und die Auflösung der staatlichen Bande zur Gesetzlosigkeit zurückführt. In diesem Sinne ist der Geschichtsunterricht hervorragend geeignet, Staatsbewußtsein zu erzeugen. Damit sei aber nicht zugegeben<sup>1)</sup>, daß derselbe Unterricht als solcher ein Gefühl der Verantwortung hervorrufen kann. Eine nationale Gesinnung,

<sup>1)</sup> Vgl. R. Martens, Neugestaltung des Geschichtsunterrichtes, S. 13 fg.



wie sie 1870/71 zu den glorreichen Siegen über die Franzosen führte, ist eher der Niederschlag der Einwirkung, die der Gang ihrer ganzen Geschichte auf unsere Nation ausgeübt hat, sie steht aber ebenso sehr unter dem Einflusse der mächtigen Strömung, die das Jahrhundert beherrscht und von einem gewaltigen Staatsmanne zur rechten Zeit für seine Pläne benutzt wurde. Hat der Schüler erst die wichtigsten Thatfachen der Geschichte nach Ursache und Wirkung begriffen und für die Aufgaben der Gegenwart das richtige Verständnis gewonnen, dann wird es an dem Willen nicht fehlen, an der Lösung dieser Aufgaben nach Kräften mitzuarbeiten. Die Weckung und Belebung der Vaterlandsliebe hat der historische Unterricht mit dem deutschen gemeinsam.

Bei den veränderten Aufgaben des Geschichtsunterrichtes versteht es sich von selbst, daß aus dem Lernstoff noch manche Einzelheit ausgeschieden werden muß. Wozu die eingehende Schilderung von Schlachten, die Entwirrung vielfach verschlungener Fäden diplomatischer Verhandlungen, wozu alle Regentenamen, alle Samniter- und Sachsenkriege, Römer- und Kreuzzüge? Auch denke man an Herbars Wort: „Perioden, die kein Meister beschrieb, deren Geist auch kein Dichter atmet, sind der Erziehung nicht wert“.

Die Richtigkeit dieser Säge ist unbestreitbar, und viele Anstalten haben sich der Mühe unterzogen, im einzelnen festzustellen, wo eine quantitative Beschränkung des Stoffes, namentlich Verkürzung der Kriegsgeschichte, eintreten kann. Aber ganz verfehlt wäre es, die äußere politische Geschichte derart zu beschneiden, daß eine der formalen Wirkungen dieser Disziplin, die Bildung des Gefühls für sittliche Größe und damit des eigenen Willens und die ideale Gesinnung beeinträchtigt werde, was unausbleiblich ist, wenn der Jugend immer wieder das Materielle, die äußere Wohlfahrt als Angel- und Zielpunkt der menschlichen Bestrebungen hingestellt wird, zumal in einer Zeit, wie die unsere, die an Überschätzung materieller Werte krankt. Namentlich für die deutschen Verhältnisse gilt der Satz, daß die Grundzüge auch der äußeren Geschichte in solcher Vollständigkeit zu bieten sind, daß auf keinem Punkte das Verständnis darunter leidet.

Noch eins! Gewiß muß die Fähigkeit zum Begreifen der Gegenwart aus der Vergangenheit geweckt werden, aber ebenso gut lassen sich frühere Erscheinungen mit dem Lichte der Gegenwart be-



leuchten. Denn die Erkenntnis räumlich und zeitlich entfernter Gegenstände geht unter steter Beziehung auf Selbstgesehenes und Selbsterlebtes vor sich. Es giebt eben ein reziprokes Verhältnis historischer Thatfachen.

Die Methode des Geschichtsunterrichts ist durch seine Verinnerlichung nicht berührt worden. Nach wie vor ist das lebendige Wort sein Nerv und die gedächtnismäßig einzuprägenden Daten der Rahmen, den der Vortrag des Lehrers auszufüllen hat. Diesem die Lösung seiner hohen Aufgabe zu erleichtern, sind die folgenden Ausführungen bestimmt.

## Umfang und Verteilung.

### Allgemeine Gesichtspunkte.

Wenn die Lehrpläne bestimmen, daß die Belehrungen über unsere volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Unter-Sekunda und Ober-Prima im Anschluß an die vaterländische Geschichte und die Lebensbilder der betreffenden Herrscher einzutreten haben, und die Durchnahme der sozialpolitischen Maßnahmen auf die beiden letzten Jahrhunderte beschränken, so läßt die Deutlichkeit dieser Bestimmung eins zu wünschen übrig; wir vermissen eine Äußerung, ob und wie weit in der älteren vaterländischen Geschichte sozialpolitische Thatfachen zu berücksichtigen sind. Sollen aber Staat und Kultur der Gegenwart als etwas Gewordenes erfaßt werden, so ist unerläßlich, über den westfälischen Frieden zurückzugehen, dann muß auch die Herausbildung der um 1648 herrschenden Zustände aus den Verhältnissen des Mittelalters nachgewiesen werden. Eine Einführung in medias res wäre mit dem Charakter historischer Betrachtungsweise unvereinbar. Je breiter die Grundlage, desto leichter wird das Verständnis der verwickelteren und schwierigeren Zustände der neueren Zeit sein. Auch aus der in den Lehrplänen ausdrücklich gestellten Forderung der vergleichenden Berücksichtigung der vaterländischen Geschichte läßt sich entnehmen, daß die entsprechenden Verhältnisse früherer Zeiten ebenso wie diejenigen anderer Völker zu erklären sind. Natürlich wird nach beiden Richtungen hin nur der Zweck verfolgt, durch ähnliche Erscheinungen der Vergangenheit auf das Verständnis der neuesten Geschichte unseres Volkes, hinzuwirken.



Zweifellos beginnt „unsere Entwicklung“ mit dem ersten Auftreten der Germanen, und daher sind auch die entsprechenden Zustände des Mittelalters in den Kreis der Betrachtung zu ziehen. Ja wir gehen so weit, es für unerlässlich zu erklären, daß auch die alte Geschichte für die politische Bildung des Schülers verwertet werde. Sein Interesse für die in Frage stehenden Stoffe kann gewiß auch in den drei unteren Klassen geweckt werden; nur bleibt zu ermitteln, wie mit dem anekdotenhaft-biographischen Charakter des auf dieser Stufe zu erteilenden Unterrichts derartige Belehrungen zu verbinden sind, ohne jenen zu beeinträchtigen.

Was wir hier bieten, soll einen wesentlichen Bestandteil des Geschichtsunterrichts bilden. An welcher Stelle werden aber die einzelnen Erscheinungen erörtert? Dort, wo ihrer Entstehung gedacht wird und dann wieder, wo sie in eine neue Phase eintreten? Sollen an passende Stellen im Geschichtsunterricht denselben Gegenstand betreffende Exkurse angeknüpft werden? Dies Verfahren mag nahe liegen, aber es leuchtet ein, daß es zur Verzettelung und Zersplitterung des Lehrstoffes führen muß. Soll dieser wirklich fruchtbar werden, so wird man besser nur an besonders wichtigen Punkten Halt machen, die Summe der Einzelheiten einer oder mehrerer Entwicklungsreihen zusammenfassen und dem Schüler ein fest in sich geschlossenes übersichtliches Bild bieten. Dies wird ihm vorgeführt, wenn die betreffenden Erscheinungen in ein entscheidendes Stadium ihrer Entwicklung treten. So wird die Kolonisation des slawischen Ostens, die unter den Ottonen beginnt, zur Zeit ihrer größten Entfaltung unter den staufischen Kaisern dargestellt. Die Entwicklung der deutschen Städte, deren Anfänge ebenfalls in das 10. Jahrhundert zurückgehen, kommt erst im 13. Jahrhundert zur Sprache, weil dieses durch das mächtige Emporstreben der populären Elemente gekennzeichnet ist. Es bleibt unbenommen, in späteren Perioden auf früher Dagewesenes zurückzugreifen.

Für die einzelnen Gruppen dürfen nur solche Thatfachen ausgewählt werden, die zur Veranschaulichung allgemeiner Gesichtspunkte dienen und für das Verständnis der Folgezeit grundlegend sind. Dies Verfahren gewährt auch den Vorteil, daß die Bilder untereinander in Verbindung stehen und am Schlusse des Kurses der



Schüler eine Übersicht über die gesamte sozialpolitische Geschichte der Kulturvölker und insbesondere unseres Vaterlandes gewonnen hat.

Bei der Auswahl der mitzuteilenden Thatfachen wird der Entwicklung der Stände besondere Aufmerksamkeit gewidmet, auf die stetigen Fortschritte zum Besseren, sowie auf die Verderblichkeit gewaltsamen Umsturzes sozialer Ordnungen hingewiesen werden. Mit Beginn der neueren Zeit tritt die Berücksichtigung der sozialpolitischen Maßnahmen der europäischen Kulturstaaten und der Verdienste der Hohenzollernherrscher um das materielle Wohl ihrer Unterthanen in den Vordergrund.

Wie die übrigen verschiedenen Richtungen der inneren Geschichte, so hat der Lehrer in seinem Vortrage auch diese Dinge in ihrer lebendigen Wechselwirkung untereinander darzustellen und mit der äußeren Geschichte zu verslechten. Letztere bleibt der Rahmen, in den das übrige Völkerleben eingefügt wird.

Den Gruppen, die im folgenden dargestellt werden, ist, soweit es möglich war, dieselbe Anordnung zugrunde gelegt. Nach einer allgemeineren Charakteristik der Lage von Staat und Volk, der Rechts- und Finanzverhältnisse werden die verschiedenen Seiten der wirtschaftlichen Thätigkeit nach den 3 Arten des Erwerbs: Urproduktion, Gewerbe und Handel betrachtet und mit einer Darlegung der sozialen Verhältnisse geschlossen.

Auf gewisse Grundbegriffe kann von vornherein hingedeutet werden, erst im Verlaufe der Darstellung gelangen sie zu völliger Klarheit. Solche sind:

#### I. Kulturstufen:

1. Jäger;
2. Hirten;
3. Ackerbauer.

#### II. Wirtschaftsstufen:

1. Naturalwirtschaft;
2. Geldwirtschaft;
3. Kreditwirtschaft.

#### III. Entwicklungsstufen des Grundeigentums:

1. Gemeinbesitz und Gemeingenuß;

2. Gemeinbesitz und Privatgenuß;
3. Privatbesitz und Privatgenuß.

#### IV. Betriebssysteme:

1. Feldgraswirtschaft;
2. Dreifelderwirtschaft;
3. Fruchtwechselwirtschaft;
4. Freie Wirtschaft.

Von den ethischen Beziehungen der Menschen zu einander absehend, deren Betrachtung in erster Linie dem Religionsunterricht zufällt, werden wir in folgendem den Versuch machen, sowohl wichtige Grundformen menschlichen Gemeinschaftslebens als auch die wichtigsten Thatfachen und Gesetze des Erwerbslebens in diesen Gemeinschaften an den konkreten Erscheinungen der Geschichte zu lehren.

In welchem Maße sich andere Unterrichtsfächer an der Lösung dieser Aufgabe beteiligen können, wird unten nachgewiesen werden.

Welche Belehrungen sind denn auf der Mittelstufe zu geben, und welche der Oberstufe vorzubehalten? Wenn sie auf jener mehr knapp und thatächlich, auf dieser ausgedehnter und mehr pragmatisch zu gestalten sind, so kann für die Verteilung des Stoffes lediglich der verschiedene Grad des Verständnisses maßgebend sein.

Nur vor reiferen Schülern können nach diesem Grundsatz zur Behandlung gelangen: 1. alle schwierigeren und verwickelteren Gegenstände wie Münzwesen, Finanzpolitik, Steuerverfassung und abstraktere Dinge, wie z. B. das Eindringen des römischen Rechts in Deutschland, 2. die pragmatische Vertiefung des Stoffes, namentlich die Ursachen und Wirkungen der wichtigsten sozialen Erscheinungen, z. B. das verhältnismäßig späte Entstehen des deutschen Bürgertums in seinem Zusammenhange mit der Richtung der Welthandelsstraßen, der Einfluß der Ideen Rousseaus auf den Verlauf der französischen Revolution oder die Beziehungen zwischen dem Smith'schen Industriesystem und den Reformen in Preußen, 3. die Aufstellung allgemeiner Gesetze und die Erhebung der Einzelheiten in die Sphäre



des Begrifflichen, 3. B. die Lehre von den verschiedenen Arten und dem Wesen des Staates, 4. eine eingehendere Behandlung der außerdeutschen Kulturländer.

Manche Dinge, die an sich schwierig sind, kann man auf der Mittelstufe klar machen, wenn sie der Lehrer ihrer fachwissenschaftlichen Form entkleidet und der Fassungskraft des Schülers entsprechend gestaltet. Zu bedenken ist, daß auf dieser Stufe ein größeres Maß von Zeit zu Gebote steht und dadurch das gereifere Verständnis des Primaners einigermaßen aufgewogen wird. Das rein Thatsächliche kann deshalb, soweit es die politische Geschichte der neuesten Zeit betrifft, auf der Mittelstufe mit größerer Ausführlichkeit als in Ober-Prima vorgetragen werden. Der Schritt von der Fülle des Thatsächlichen zu einfachen Begriffen und wichtigen Gesetzen des wirtschaftlichen Lebens ist schon auf der früheren Stufe unbedenklich.

Wenn in der neueren Zeit die vorgeschriebenen Belehrungen sich an die Lebensbilder der preussischen Herrscher anlehnen lassen, so kann dieses Verfahren für die Geschichte des Mittelalters nicht in gleicher Weise durchgeführt werden, weil in dieser Epoche die sozialpolitischen Umgestaltungen langsamer vor sich gehen und von dem Eingreifen der Regenten weniger abhängig sind.

Wenn irgend ein Gebiet für eine vergleichende Berücksichtigung „unserer Entwicklung“ fruchtbar werden kann, so ist es die Geschichte des Altertums. Gegenüber der häufig zu Tage tretenden Verkennung ihres Wertes wurde in der Bonner Konferenz an ein Wort A. Schaefers<sup>1)</sup> erinnert, das als der vollkommene Ausdruck einer gereiften wissenschaftlichen Überzeugung und einer reichen praktischen Erfahrung gelten darf.

„Die inneren Kämpfe wie sie Griechen und Römer zu bestehen hatten, kehren in allen späteren Perioden wieder; denn sie entspringen dem Wesen der menschlichen Gesellschaft. Aber nirgends sind sie mit gleicher Spannkraft auf einem so engen Raume, so an-

<sup>1)</sup> Historische Aufsätze und Festreden. Leipzig 1873 S. 13. Vgl. die Ausführungen in den Grenzboten in Heft Nr. 19 (1899) S. 121 (der Römerstaat).

schaulich und ich möchte sagen, so vorbildlich durchgefochten worden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Entwicklung des Gemeindelebens, Sklaverei und Hörigkeit, Geschlechterherrschaft und bürgerliche Gleichberechtigung, Tyrannei und Pöbelgewalt und militärische Autokratie, die Kleinstaaterie und die Bundesgenossenschaften, die Ausgestaltung des Großstaates und die Bildung von Weltreichen treten uns nach Ursprung, Wesen und Wirkung in hellem Lichte entgegen. Es giebt kein besseres Mittel, hohlen Doktrinen und überspannten Vorstellungen zu begegnen und eine echte politische Bildung zu erzeugen, als das Studium des Altertums. Denn wer dieses recht erkennt, bleibt frei von dem Banne willkürlich ausgeklügelter oder erborgter Formeln. Er hat sein Urteil geschärft für die Aufgabe unserer Zeit und unseres Volkes und hat gelernt, den Wert eines den Lebensbedingungen unserer Nation entsprechenden Rechtsstaates zu würdigen, wie Preußens Könige ihn zum Segen des deutschen Volkes geschaffen haben."

Schaefer führt auch treffend aus, daß diese Studien keineswegs dem praktischen Leben entfremden, sondern eben die Entwicklung der Neuzeit unmittelbar auf das klassische Altertum hinweist, daß auch die Männer, die die Methode der alten Geschichtsforschung zuerst ausgebildet haben, nicht durch Theorien, sondern durch die Schule des Lebens gebildet waren, und an den öffentlichen Angelegenheiten ihrer Zeit Anteil genommen und ihr Wissen für das Leben nutzbar gemacht hatten. So B. G. Niebuhr, der als Bankdirektor in Kopenhagen nach anstrengenden Finanzarbeiten in dem Studium des Altertums Erholung suchte und das Verständnis der agrarischen Fragen, die die römische Bürgerschaft bewegten, auf die Kenntnis der wirtschaftlichen Zustände seiner Heimat gründete. Der Engländer G. Grote, Teilhaber eines großen Bankgeschäftes und Vertreter der City von London, hat den Geist des griechischen Volkslebens so tief und allseitig erfaßt, daß sein Geschichtswerk bis auf den heutigen Tag unübertroffen ist.

Auch die Schule soll nicht nur die Gegenwart aus der Vergangenheit begreifen, sondern auch die Kenntnis der Vergangenheit durch Gegenwärtiges vermitteln, dann wird die Gegenwart im Lichte vergangener Erscheinungen um so klarer werden. Mit den wirtschaftlichen Zuständen des eigenen Volkes vertraut, wird der



Schüler mit tieferem Verständnis an die Einrichtungen, die das Altertum in Staat und Gesellschaft hervorgebracht hat, herantreten und aus den einfacheren Verhältnissen heraus mit geläutertem Verständnis zur Gegenwart zurückkehren.

Die Zeiten sind vorbei, daß der Schüler von den Agrargesetzen der Gracchen alle Einzelheiten erfuhr, ohne von dem Gegensatz der Geschlechter und Zünfte und von der kolonisationsartigen Thätigkeit der preussischen Könige das Notwendigste zu hören.

Bei dem außerordentlich reichen Bildungsgehalte der antiken Geschichte kann man das Bedauern verstehen, daß sie in den oberen Klassen auf ein Jahr beschränkt worden ist. Wir müssen uns jetzt in einem engeren Hause einrichten. Wenn man die Lektüre in das richtige Verhältnis zum Geschichtsunterricht bringt, vor allem das Griechische in die Hand des Geschichtslehrers legt und die Kriegsgeschichte schonungslos kürzt, so wird die Zeit auch fernerhin ausreichen, Verfassungs- und Kulturverhältnisse zum mindesten in derselben Ausdehnung wie bisher zu behandeln. Auf die wichtigsten Punkte sei kurz hingewiesen.

## Spezielle Ausführung.

### Das Altertum.

#### I. Der Orient.

Bei der Kürze der Zeit, die für die orientalische Geschichte zur Verfügung steht, können doch wichtige politische und wirtschaftliche Grundbegriffe auf der Oberstufe herausgearbeitet werden. Despotismus und Flächenstaat, Stadtrepublik und Handelsstaat sind Paare von Gegensätzen, die bei der Durchnahme des assyrisch-chaldäischen und medisch-persischen Weltreiches auf der einen, der phönizischen Städte auf der andern Seite dem Schüler entgegen treten. Wird die Bedeutung der Phöniker als des Volkes der Vermittelung zwischen Morgen- und Abendland gebührend hervorgehoben, so ist für das Verständnis der frühesten wirtschaftlichen Entwicklung der Griechen der Grund gelegt, die zunächst völlig abhängig

von der überlegenen Kultur des Orients, bald eigene Wege gehen und ihre Lehrmeister überflügeln. Der Schüler sieht, wie die ältesten Staaten in den Niederungen der Ströme entstehen, deren Fruchtbarkeit den Nomaden zur Ansiedelung lockte, im Nilthal, am unteren Euphrat, am Indus, Ganges und Hoangho. So lernt er den Zusammenhang von Land und Volk begreifen, der ihm später bei den Griechen und Römern von neuem entgegentritt. Das Kastenwesen der Ägyptier und Indier wird er mit größerem Interesse verfolgen, wenn ihm gesagt wird, daß das Mittelalter ähnliche Erscheinungen aufzuweisen hat.

Vor allem ist die israelitische Geschichte lehrreich, deren Theokratie aus dem Religionsunterricht bekannt ist. Jetzt werden ihre sozialen Gesetze vorgeführt. Alle sieben Jahre soll der Acker ruhen (Sabbatjahr); was von selbst wächst, soll der Armen sein, ihnen die letzte Garbe gehören; alle 7 mal 7 Jahre die ursprüngliche Erbteilung nach Geschlechtern wieder eintreten (Jubeljahr). Da alle Verkäufe und Verpachtungen nur auf höchstens 49 Jahre Giltigkeit hatten, so gab es eine Art Kommunismus des Grundbesitzes. Der zahlungsunfähige Schuldner konnte der Schuldknechtschaft nur bis zum nächsten Jubeljahr, nur ein Fremder der Sklaverei verfallen, nur von diesen Zins genommen werden. So waren die sozialen Verhältnisse hier wohlgeordnet, völlige Armut und dauernde Unfreiheit ausgeschlossen.

## II. Die Griechen.

Man leite die griechische Geschichte mit einer Darlegung der Bodenverhältnisse und ihrer Einwirkung auf die Bewohner des Landes ein. Der Zug der Gebirge hat zahlreiche Kantone geschaffen, während ein entwickeltes Flußsystem die geschiedenen Stämme zu verbinden nicht vorhanden ist, nur das Meer übernahm die Vermittelung von einem Lande zum andern und schützte die Glieder vor Vereinsamung und Erstarrung. Gebirge und Meer haben wie die politische Gestaltung so auch die wirtschaftliche Bethätigung der Hellenen bestimmt.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Reichen Stoff findet der Lehrer bei DeLoch, Griechische Geschichte, I, 1893, II 1897. Vgl. besonders I, Abschnitt VII, Die Umwälzung im Wirtschafts-



Darauf wird das Schema der griechischen Verfassungen nach Aristoteles, Politik III, 4, 7 erläutert:

## Grundformen:

1. Monarchie,
2. Aristokratie,
3. Demokratie,

## Ausartungen:

1. Tyrannis,
2. Oligarchie,
3. Ochlokratie.

Die Verfassungsformen folgen mit einer gewissen Regelmäßigkeit aufeinander, finden sich aber in den verschiedenen Staaten auch nebeneinander.

Im homerischen Zeitalter, in dem das patriarchalische Königtum die herrschende Staatsform ist, tritt uns ein Volk im Zustande vollkommener Naturalwirtschaft entgegen. Die Werte werden nach Rindern bestimmt. Es giebt noch wenig Sklaven. Die Arbeit ehrt den Mann, der König führt Axt und Pflug so gut wie Schwert und Ruder. Königstöchter gehen mit dem Krüge zum Brunnen und besorgen mit ihren Mägden am Gestade die Wäsche. Die Wanderungen und die koloniale Ausbreitung der griechischen Stämme führten in der Zeit der Adels Herrschaft zu einer neuen Wirtschaftsform. In den Küstenstädten, am frühesten in Kleinasien, entwickelten sich seit dem 8. Jahrhundert Handel, Industrie und Geldverkehr. Während sich die industrielle Emanzipierung vom Orient vollzieht, geht die Führung im Welthandel von den Phönikern auf die Griechen über. Mittelpunkt der Industrie und des Welthandels waren vor den Perserkriegen Milet, Chalkis, Korinth, nach ihnen Athen, das seine Bedeutung bis in die hellenistische Zeit behauptete und seine Drachme zur Weltmünze machte.<sup>1)</sup> Sparta und Theben blieben auf der Stufe der Naturalwirtschaft zurück. (Die Lombardei und Deutschland unter Friedrich I.)

Der spartanische Staat bietet das Bild einer kommunistisch organisierten Gesellschaft und ist mit allen seinen Einseitigkeiten und Härten dem Schüler vor Augen zu führen. Helotentum, Klientel, Leibe-

leben; Bd. II, Abschnitt VIII, Die wirtschaftliche Entwicklung seit dem peloponnesischen Krieg.

<sup>1)</sup> Auch der peloponnesische Krieg hat Athens wirtschaftliche Größe nicht vernichtet. Es blieb die erste Handelsstadt der Welt, bis Alexandrien empor kam.

Asbach.

2

eigenschaft, Erbunterthänigkeit sind wirtschaftliche Begriffe, die in diesem Zusammenhange zur Sprache kommen.

In der solonischen Verfassung erscheinen die politischen Rechte nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bürger abgestuft. Eine durchaus analoge Erscheinung ist die servianische Verfassung und das preussische Dreiklassen-Wahlssystem. Den besonderen Vorrechten, die den Bürgern der ersten Klasse, dem Großgrundbesitz, zustanden (Zutritt zum Archontat und zum Areopag; überwiegende Anzahl von Centurien für die erste Klasse in Rom) entspricht die Zusammensetzung des preussischen Herrenhauses und der Wahlverbände zu den Kreistagen. Auf die wirtschaftlichen Zustände der späteren Zeit wird der Lehrer im Anschlusse an Beloch eingehen (II, S. 336 ff.). Die Entfaltung eines industriellen Großbetriebes, die Bildung von Handelsgesellschaften, Preisrevolution, Steigen der Löhne und Besserung der Lebenshaltung sind Stadien der wirtschaftlichen Entwicklung, die auch andere Völker durchlaufen haben.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Sklaverei, auf der auch jeder Großbetrieb beruht, muß eingehend gewürdigt werden. Es ist dabei nachzuweisen, daß diese Einrichtung mit der Auffassung der körperlichen Arbeit als einer des freien Mannes unwürdigen Thätigkeit zusammenhängt und daß erst der Sieg des Christentums diesen Krebschaden der antiken Gesellschaft überwunden hat. Am Ende der griechischen Geschichte steht wie an ihrem Anfange eine neue großartige koloniale Ausbreitung über die Länder des Ostens, deren Ergebnis die Staatenbildungen und die Kultur des Hellenismus sind. Seine Ausgangs- und Stützpunkte sind die Städte, die nach dem Beispiele Alexanders von den Fürsten neu gebaut oder durch Zusammenziehung von Nachbarorten gegründet werden. Der Kern der Kolonisten waren griechische Veteranen; die Kolonien selbst Mittelpunkte des Welthandels, wie Alexandria, Antiochia, Seleukia, Nikäa und andere weltbekannten Namens.

### III. Die römische Republik.<sup>1)</sup>

Zahlreiche Anknüpfungspunkte für die Belehrung des Schülers bietet die Entwicklung Roms. Nachdem die Landeskunde im An-

<sup>1)</sup> R. W. Nischan, Geschichte der römischen Republik, hat noch immer eine



schlüsse an Nissen behandelt ist, tritt gleich die älteste Verfassung in den Vordergrund. Der Gegensatz zwischen den Patriziern und Plebejern ist ebenso sehr sozialer wie politischer Natur. Mitunter treten soziale Fragen als ausschlaggebend in den Vordergrund. Besondere Aufmerksamkeit ist deswegen den agrarischen Verhältnissen zu widmen.

Während in der Königszeit das Staatsland aufgeteilt worden war, wobei auch die ärmeren Bürger berücksichtigt wurden, trat nach dem Sturze der Königsherrschaft an die Stelle dieses Systems die sog. *Occupatio* d. h. die Überlassung der Domänengüter zur Sondernutzung auf Widerruf. Thatsächlich kam diese Änderung den Patriziern ausschließlich zugute, weil nur diese das nötige Gutsinventar und an ihren Klienten die erforderlichen Kräfte zur Urbarmachung besaßen. Die Landverteilung hörte auf, der Anteil an der Gemeindevende ging verloren; je häufiger die Kriege wurden, desto höher stiegen Steuerlast und Schuldennot. Unter dem Drucke dieser Mißstände erfolgte die *secessio in sacrum montem*, die Auswanderung der kleinen Bauern zum Zwecke der Gründung einer neuen Stadt. Dadurch wurde es offenbar, daß eine Reform des Domänenwesens und der Schuldverhältnisse unabweisbar war. Nachdem mehrere Versuche gescheitert waren (Sp. Cassius, Sp. Maelius, T. Manlius), kam es im Jahre 366 zu einem Ausgleich, dessen Ähnlichkeit mit der Seisachtheia Solons für den Unterricht zu verwerten ist.<sup>1)</sup> Soziale Fragen tauchen in der Folgezeit immer von neuem auf. Die *lex Poetelia* beseitigt (326) die Schuldknechtschaft. Ackerverteilungen und Gründung von Bürgerkolonien nach glücklich geführten Kriegen erhalten die Eintracht in der anwachsenden Bürgerschaft. Das eigentliche Kolonistenland Italiens wurde die Poebene (vergl. die Kolonisation der Wendenlande). Der Zusammenhang der Heeresverfassung mit der wirtschaftlichen Organisation Italiens wird zerrissen durch die Neuernung des Marius, der die *capite censi* in die Legionen aufnimmt.

grundlegende Bedeutung. Zu dem besten, was über die innere Entwicklung Roms geschrieben worden, gehören die oben erwähnten Aufsätze in den Grenzboten 1899 über den römischen Staat.

<sup>1)</sup> Ausgiebig ist die Entwicklung des römischen Münzwesens vom Vieh- zum Metallgelde.

Die Zustände in Italien nach dem Hannibalischen Kriege sind höchst lehrreich, wenn auch für die Darstellung schwierig. Hier nur weniges.

Die Notlage des (kleinen) Bauernstandes hatte sich infolge der Verwüstungen des großen Krieges und der orientalischen Feldzüge erheblich verschlimmert. Dazu kam ein anderes. Auf den Plantagen der römischen Kapitalisten in den Provinzen, namentlich in Sizilien und Afrika, verlegte man sich mit Vorliebe auf den Getreidebau. Der italische Bauer konnte den Wettbewerb mit dem ausländischen Getreide, von dem große Massen der Hauptstadt zugeführt wurden, nicht aufnehmen. Schutzzölle fehlten: Ein Hauptgrund, weshalb die Kleinwirtschaft auch in Italien dem Latifundienbetrieb wich. Dieser verwandte wie in den Provinzen unfreie Arbeiter und warf sich unter Einschränkung des Körnerbaues vorzugsweise auf Wein und Ölproduktion („Latifundia perdidere Italiam“). Große Strecken Landes lagen öde. In dem Maße, wie der freie Bauernstand dahinschwand, wuchs das hauptstädtische Proletariat an. Die Nobilität versäumte es, rechtzeitig zu Reformen zu schreiten. Eine gewaltsame Umwälzung wurde unabwendbar. Bei der Darstellung der Reformversuche der Gracchen, die nur unvollkommen zur Ausführung gelangten und sich doch als heilsam erwiesen, ist einerseits an die früheren agrarischen Bestrebungen anzuknüpfen, andererseits auf entsprechende moderne Verhältnisse wie die kolonialisatorischen Maßnahmen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II. hinzuweisen. Weiter dürfte mehr als bisher zu betonen sein, daß in der Zeit des Überganges zur Monarchie soziale Fragen (Ackeranweisungen, Gründung von Kolonien, Ausdehnung des Bürgerrechts über ganz Italien und die Poebene, die Besserung des Loses der Provinzialen), für die Neugestaltung Italiens und des Westens entscheidend geworden sind.

#### IV. Die Kaiserzeit.

Die wirtschaftliche Seite der Kaisergeschichte ist ebenso wichtig wie ihre politische Seite: In Betracht kommen namentlich 1. die Besserung der Lage der Provinzialen, 2. der Wohlstand Italiens, 3. das Übergewicht der städtischen Kultur, 4. das Freihandelsystem, 5. das soziale Verhalten der ältesten Christengemeinden,



6. die Ursachen des Niederganges seit der Mitte des 3. Jahrhunderts. Auf diese ist ungefähr in folgender Weise einzugehen:

a) Der Untergang des Mittelstandes wurde beschleunigt durch die fortschreitende Ausdehnung der Latifundien, (oft über 30 □-Meilen mit prächtigen Palästen und Parkanlagen, aber mit Sklaven bewirtschaftet). Dieser Betrieb dehnte sich auch auf die Provinzen aus. Eine Werte erzeugende Thätigkeit stand ihr nicht gegenüber.

b) Der Handel war vollkommen passiv. Während in den Schatzgewölben der Reichen Millionen unbenuzt lagen, gingen im Austausch gegen Luxusgegenstände die Edelmetalle (angeblich 200 Millionen jährlich) über die Grenze, von denen nichts zurückkam.<sup>1)</sup> Damit hängt die Verschlechterung des Geldes zusammen.

c) Die Landschaft verödete mehr und mehr, so daß man Tage lang reisen konnte, ohne menschliche Wohnungen zu sehen. Die Ursache dieser Erscheinung war teils der zunehmende Steuerdruck, teils die Entvölkerung infolge der Entartung der Rasse, teils die Barbarennot. Mit diesen Erscheinungen hängt die Vernachlässigung der Bodenkultur zusammen.

Von diesem Gegenstande geht die Darstellung zum Kolonat über. Kolonen sind die hörigen Bauern eines Grundherrn. Sie zahlen dem Staate eine Kopfsteuer, dem Gutsherrn einen Teil der Grundsteuer, sie sind zu Naturallieferungen und zur Stellung von Rekruten verpflichtet. In dies Verhältnis traten seit dem 2. Jahrhundert die Barbaren haufenweise ein.

Schon seit Cäsars Zeit war die Aufnahme von barbarischen Grenzvölkern und deren Ansiedelung auf römischem Gebiet häufig vorgekommen. In größerem Maßstabe erfolgte dieselbe während und nach dem Markomannenkriege, um die Lücken, die durch Seuchen und Verheerungen unter den Unterthanen gerissen worden, auszufüllen. So verfuhr man nicht allein an der Grenze, sondern auch

<sup>1)</sup> Vgl. Tac. Ann. 3,53: Lapidum causa pecuniae nostrae ad externas aut hostiles gentes transferuntur. Vgl. dazu Plin. n. h. 12, 18, 84.

in Italien und anderwärts. Kaiser Probus wies 100 000 Bastarnen in Thracien Wohnsitz an, Juthungen, Gepiden und Franken nahmen in friedlichem Einzuge von den öden Grenzlanden Besitz. Es war eine der letzten Thaten Konstantins, 300 000 Sarmaten in das Reich aufzunehmen.

Die große Mehrzahl der aufgenommenen Fremden werden mit dem Namen der *Laeti* und *Gentiles*<sup>1)</sup> bezeichnet. Sie zahlten keine Steuer, keine Pacht und waren nur dem Kaiser unterthan. Aber sie waren an das Gut, dessen Nutzung ihr Sold war, gebunden und unter Präfecten militärisch organisiert. Der Sohn hatte den Beruf des Vaters zu ergreifen: mit der Waffe die Grenze zu sichern. Aus ihren Reihen werden wohl Elitetruppen gebildet, die zur Ehre berufen sind, die Person des Kaisers zu schützen. Lebten die Aufgenommenen, wie in der Heimat, als besonderes Volk und erkannten sie den Kaiser als ihren Herrn an, so hießen sie *foederati*.

Was an Germanen in den drei ersten Jahrhunderten die Grenze überschritt, ist in dem Römertum aufgegangen. Die Niederlassungen im 4. und 5. Jahrhundert, die in größeren Massen erfolgten, bewahrten Sitte, Tracht und Sprache. Sie stellten die Männer, die im Heeresdienst emporstiegen und sich dann in der bürgerlichen Verwaltung bewährten. Immer zahlreicher werden die Namen germanischer Offiziere, sogar in den höchsten Kommandostellen, sowie der Beamten in der Verwaltung und am Hofe.

Aber mochten auch viele Germanen zu den höchsten Kommandos und einzelne zu angesehenen Verwaltungsposten aufsteigen, die große Masse der Kolonen war durch die *diocletianisch-konstantinische* Steuerordnung, besonders durch die Einführung der Naturalieferungen, furchtbar belastet, fiel einer stumpfen Gleichgültigkeit anheim und begrüßte die Germanen, die in das Reich in ganzen Völkern eindrangten, als ihre Befreier. Dies ist grundlegend für das Verständnis der Völkerwanderung.

<sup>1)</sup> Schiller, Röm. Kaisergeschichte II S. 89 und Kaufmann, Deutsche Geschichte I S. 250.



## Das Mittelalter.

### V. Die germanische Zeit.<sup>1)</sup>

Das staatliche Leben bei den alten Germanen war einfach und zeigt von Cäsar bis auf die Reichsgründungen im 5. und 6. Jahrhundert im wesentlichen die gleichen Grundzüge. Einfach war auch die Schichtung der Gesellschaft. Die Masse des Volkes waren die Freien, unter ihnen standen die Unfreien (Piten und Knechte), über ihnen die Adligen. Letztere genossen höhere Ehren, bisweilen einige Vorrechte. Die Gleichförmigkeit der Besitzverhältnisse wird als Gemeinfreiheit bezeichnet. Das Recht war nicht geschrieben, es vererbte sich von Geschlecht zu Geschlecht. Rechtens war auch die Blutrache. Aber dieser waren schon früh heilsame Schranken gesetzt, indem sie auf den Thäter beschränkt blieb und die verletzte Familie gezwungen wurde, die von dem Gegner angebotene Sühne entgegenzunehmen.

Im ersten Jahrhundert der christlichen Ära befanden sich die Germanen noch im Übergang vom Nomadenleben zur Sesshaftigkeit. Diese war bei den Westgermanen weiter fortgeschritten als jenseits der Elbe bei den Ostgermanen. Aus diesen Verhältnissen erklärt sich das Fehlen der Städte und das Überwiegen der Viehzucht. Noch ist die Herde das eigentliche Wertmaß.

Privatbesitz an Acker gab es ursprünglich nicht, sondern Grund und Boden gehörten als Volksland dem Staate, und jedem Gemeindeglied wurde von der Gesamtheit ein Anteil überlassen.

Caesar bezeugt,<sup>2)</sup> daß der Wechsel der Wohnsitze bei gänzlichem

<sup>1)</sup> Benutzt sind im folgenden besonders G. Waitz, Verfassungsgeschichte, R. W. Ritsch, Deutsche Geschichte I—III, R. Lamprecht, Deutsche Geschichte I—III und namentlich Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte. 3. Aufl.

<sup>2)</sup> Caesar, b. g. IV, 1: Privati ac separati agri apud eos (Suebos) nihil est, neque longius anno remanere uno in loco incolendi causa licet — id. VI, 22: Neque quisquam eorum (Germanorum) agri modum certum aut fines habet proprios; sed magistratus ac principes in annos singulos gentibus cognationibusque hominum, qui una colerunt, quantum et quo loco visum est agri attribuunt atque anno post alio transire cogunt.

Mangel des privaten Grundeigentums jährlich erfolgte, daß die Fürsten als Gauvorsteher Ackerüberweisungen nach Geschlechtern und Sippschaften vornahmen.

Auch zu Tacitus' Zeit<sup>1)</sup> war die Wirtschaft noch ganz extensiv; Obstpflanzungen, Garten- und Wiesenanlagen gab es nicht, der Körnerbau war auf die Sommerfaat beschränkt, das Ackerfeld noch nicht von Wald- und Weideland geschieden. Aber ein Fortschritt in letzterer Richtung hatte sich bereits vollzogen: während man zu Cäsars Zeit alljährlich ein neues Stück Wildland in Anbau nahm, dessen Größe nach dem Erntebedürfnisse eines Jahres bemessen wurde (also Waldwechselwirtschaft und wilde Feldgraswirtschaft rohesten Art), waren 100 Jahre später die in den Wald gerodeten Ackerfluren der einzelnen Gemeinden bereits auf einen periodischen Umtrieb berechnet, so daß sich der jährliche Wechsel nicht mehr zwischen Pflugland und Wildnis, sondern zwischen Pflugland und Dreeschland vollzog. Es war demnach schon eine Art geregelter Feldgraswirtschaft oder Egartenwirtschaft eingetreten und bedurfte nur noch der Einführung der Winterfaaten, um von diesem System zur Dreifelderwirtschaft zu gelangen. Bei diesem trugen zwei gleich große Teile des Ackerlandes abwechselnd Winter- und Sommerfaat und lagen im dritten Jahre brach. Wahrscheinlich hat sich dieser Uebergang zum Teil noch in der urgermanischen Periode vollzogen, jedenfalls aber geraume Zeit vor Karl dem Großen.

Außer dem jährlichen Wechsel innerhalb der einzelnen Ackerfluren fand nun aber noch ganz in alter Weise ein Wechsel der Ackerfluren selbst statt<sup>2)</sup> (*agri pro numero cultorum ab universis in vices occupantur Tac. Germ. c. 26*), ein Wechsel zwischen Ackerfeld und Wildnis, wie ihn Cäsar schildert, aber nicht mehr von Jahr zu Jahr, sondern in längeren Perioden. Je größer die Ackerflur im Verhältnisse zu der Einwohnerzahl genommen wurde, oder je fruchtbarer der Boden war, desto länger kam man damit aus. Hätte man die Kunst der Düngung befaßen, so hätte es eines Wechsels

<sup>1)</sup> *Germania* c. 26 vgl. Nisich, a. a. O. I, S. 67.

<sup>2)</sup> Schröder, *Rechts-Geschichte* S. 52 ff.



der Felder überhaupt nicht bedurft, man wäre eben mit dem Wechsel in der Bestellung ausgekommen.

In unregelmäßigen Zwischenräumen wurden also neue Ackerfluren von den Gemeinden unter den Pflug genommen, während die alte Flur in die Wildnis zurückkehrte, um erst nach Jahren, vielleicht aber auch nie, wieder urbar gemacht zu werden.

Was nicht den einzelnen Gemeinden von der Markgenossenschaft zu zeitweiliger Ackerntzung überwiesen wurde, diente als gemeine Mark oder Almende.

Die Art der Verteilung der den Gemeinden überwiesenen Ackerfluren läßt sich aus den späteren Zuständen erschließen.<sup>1)</sup>

Der Betrieb des Ackerbaues lag in den Händen von Sklaven. Der freie Germane lebte unthätig dahin als ein bald müßiger, bald thätiger Krieger.

Diese Dinge können unter Beziehung auf Caesar schon auf der Unterstufe zur Sprache kommen. Auf der Oberstufe ist weiterhin zu zeigen, wie im Laufe der Völkerwanderung an die Stelle des wechselnden Besitzes ein fester trat, indem dem einzelnen die einmal übertragene Quote belassen ward. Die Gründung eines Hofes erfolgte nicht eher, als bis ein anderer eingegangen war oder geteilt wurde oder ein Abschnitt des Gemeindewaldes zur Rodung kam.

In diesem Zusammenhang ist ein erneuter Hinweis auf die drei Arten des wirtschaftlichen Erwerbs am Platze. Neben dem Ackerbau als der Urproduktion stehen Gewerbe und Handel. Das Gewerbe blieb bei den Germanen Jahrhunderte lang auf der Stufe

<sup>1)</sup> Man teilte das ganze Feld nach Maßgabe der Bodenverschiedenheit in eine größere oder geringere Anzahl von Verlosungsbezirken (Gewannen) in der Form von Parallelogrammen, die nach der Zahl der Berechtigten durch Parallellinien in Teilstrecken zerlegt wurden. Die Verlosung der Teilstücke erfolgte für sämtliche Gewannen zugleich, so daß jeder Losende in jedem einzelnen Gewinn seinen Anteil, und zwar in derselben Reihenfolge wie in allen übrigen Gewannen erhielt. Sein Los (sors) bestand also aus einem der Zahl der Gewanne entsprechenden Zahl von Ackerbreiten, die je nach Lage der Gewanne über die ganze Feldmark zerstreut waren und sich mit den Ackern der übrigen Gemeinglieder (Nachbarn) in Gemenglage befanden. Die Verlosung selbst geschah nach dem Stande der Beteiligten.

der Hauswirtschaft, d. h. in jedem Haushalt werden die nötigen Dinge (in der Regel von Sklaven) verfertigt. Eigentlichen Handel, d. h. Warenumsatz des Gewinnes wegen haben die Germanen der Urzeit nur im Verkehr mit Fremden, Römern und Galliern, gekannt. (Passivhandel.) Hauptausfuhrartikel Bernstein, Einfuhrartikel Waffen und Geschmeide. Nur ausnahmsweise bediente man sich des römischen Geldes.

Zum Schlusse werden die früher gegebenen Belehrungen über die sozialen Verhältnisse vertieft. Die Gleichförmigkeit des Besitzes, die wirtschaftliche Selbständigkeit der Freien und Unfreien, die Bedeutung der Geschlechterverfassung und des Gefolgewesens sind aus der „Germania“ heraus zu lehren.

## VI. Die Zeit der Völkerwanderung.

Zu der Mitte des 3. Jahrhunderts beginnt die große Bewegung der germanischen Stämme, die sog. Völkerwanderung. Die Völker zwischen Elbe und Rhein, die Westgermanen, haben entweder, wie die Sachsen, ihr Land nicht verlassen oder allmählich ihre Hüfen vorgeschoben, so die Franken vom Rheindelta bis zur Maas und Schelde (um 350), die Alemanen bis zu den Rämmen der Alpen und Vogesen. Bei den Westgermanen kam der Prozeß der Bildung eines festen Grundeigentums, der früher begonnen hatte, nach der Wanderung zum Abschluß. Die römischen Provinzialen wurden von ihnen verdrängt oder vernichtet, den massenhaft an der Grenze angesiedelten Kolonen erschienen sie als Befreier aus einer unerträglichen wirtschaftlichen Lage.

Die Ansiedelung erfolgte bei den salischen Franken in altgermanischer Weise nach Dorfschaften. Das System der Einzelhöfe, deren jeder von seiner Ackerflur umgeben war, während Wald und Weide Almende blieb, beschränkte sich auf die niederrheinisch-westfälische Tiefebene, die Alpen und die oberdeutschen Gebirge. Das Volksrecht der salischen Franken läßt schon bedeutende Fortschritte auf dem Gebiete der Landwirtschaft erkennen; wir erfahren von Gemüse- und Flachsban, von umzäunten Feldern, von Wiesen und Weinbergen. Die extensive Feldgras- und Waldwechselwirtschaft mit zeitweilig wiederkehrenden Ackerverlosungen war überwunden, das



Kulturland von Wald und Weide nunmehr geschieden und in der durch die letzte Ackerverlosung begründeten Ausdehnung dauernd in Privatbesitz übergegangen. Die Dreifelderwirtschaft wurde mehr und mehr das vorherrschende Wirtschaftssystem. Jedes Feld umfaßte eine Anzahl von Gewannen, die möglichst durch Parallellinien in Ackerstreifen von gleicher Breite (daher „Breiten“ oder „Gebreiten“ genannt) geteilt waren, so daß in der Regel jeder Hof in jedem Gewanne seine Gebreite oder Ackerfläche besaß.<sup>1)</sup> Die Gesamtheit der zu einem Hofe gehörigen Ackerfelder bildeten eine Hufe („hoba“), deren durchschnittliche Größe 30 Tagwerk betrug. Unter Tagwerk (iurnale), Morgen [Joch, Zuchert (iugerum), Acker] verstand man so viel Ackerland, als man mit einem Pfluge in einem Vormittage zu bearbeiten vermochte.

Gegenüber den fortgeschrittenen Formen der bauerlichen Kultur im Westen dauerte auf den weiten Ebenen jenseits der Elbe das halbnomadische Wanderleben fort. Die ostgermanischen Stämme sind es, die mit Weib und Kind in fremde Länder auswandern, allen voran die Goten, dann Vandalen und Sueven.

Die Unterscheidung bauerlicher und kriegerischer Stämme wird dem Schüler keine Schwierigkeit machen. Schwieriger ist die Erörterung des Verhältnisses, in das die ostgermanischen Heerkönige zu den Kaisern in Konstantinopel und Rom treten und die Art der Ansiedelung unter den Provinzialen. „Man schloß sich den Bestimmungen des seit dem Jahre 388 im römischen Reich bestehenden Quartierreglements an, welches dem einquartierten Krieger die „Tertia“, den dritten Teil des von seinem Quartiergeber bewohnten Hauses, überließ; jedem gotischen Krieger wurden zwei Drittel des Grundbesitzes seines römischen Quartierherrn überwiesen.“<sup>2)</sup> Diese Art räumlicher Verteilung unter die Provinzialen beförderte die Bildung der romanischen Nationen. Die Langobarden behandelten das eroberte Land als Kriegsbeute und überließen es den früheren Besitzern gegen Abgabe eines bestimmten Teiles der Erträge (Teilbau). Die Langobarden waren auch die ersten, die den Gedanken der Anerkennung der römischen Oberhoheit fassen ließen.

<sup>1)</sup> S. Anmerkung S. 25.

<sup>2)</sup> K. W. Nitsch, a. a. O. I, S. 110.

Die Abneigung gegen das städtische Leben war allen germanischen Stämmen gemeinsam. Nicht einmal in den Mittelpunkten der Herrschaft ihrer Könige (Worms, Toulouse) entwickelte sich eine städtische Kultur. Die römische Bildung in den Provinzen hatte einen rein großstädtischen, das germanische Wesen einen rein bäuerlichen Charakter.

## VII. Die fränkische Zeit.

Von den Standes- und Besitzverhältnissen des 6. Jahrhunderts wird ausgegangen. Die Franken zerfallen in Freie und Unfreie, die Römer in Possessoren und Hintersassen. Ihren schärfsten Ausdruck finden die Standesunterschiede im Wergeld. Über allen Ständen steht der König. Die Hauptbestandteile der königlichen Gewalt sind Heer- und Gerichtsbann. Der König ist der größte Grundbesitzer im Reich. Die Einnahmen der Domäne werden an Ort und Stelle vom Hofe verzehrt. Schon deswegen konnte es eine feste Residenz nicht geben. Andere Einnahmequellen waren Tribute, Bann gelder und die Regalien, wichtige Begriffe, die einschließlich des Bodenregals an dieser Stelle zu erklären sind.<sup>1)</sup>

Alles angebaute Land ist bereits volles Privateigentum geworden, so daß die ursprüngliche Regelmäßigkeit der Hufenordnung vielfach durch Erbteilungen und Veräußerungen unterbrochen wurde.

Das nicht angebaute Land war entweder herrenlos oder als Almende der Nutzung der Gemeinden unterworfen. Alles herrenlose Land unterlag dem ausschließlichen Aneignungsrechte des Königs, ebenso wie Flüsse, Land- und Heerstraßen. Aber auch die Almenden befanden sich im Obereigentum des Königs. Wir bezeichnen dies allgemeine Obereigentum des Königs als Bodenregal, das hauptsächlich in Rodungs- und Niederlassungsprivilegien, in Almende- und Kottlandabgaben, sodann in dem Strom-, Straßen- und Strandregal und dem Forstbanne praktisch geworden ist.

Eine einschneidende Bedeutung gewannen die Landschenkungen des fränkischen Königs, teils unmittelbarer Kron Güter, teils herrenlosen Wildlandes. Da diese Schenkungen (zu beschränktem Eigentums-

<sup>1)</sup> R. Lamprecht, Deutsche Geschichte II, S. 68 Schröder, R. G., denen ich hier folge.



recht!) durch besondere königliche Verfügung, *praecepto* oder *testamento regis* („Königsbrief“), erfolgte, so nannte man sie „Briefland“. Derartige Verleihungen erfolgten stets zu „Herrenrecht“ im Gegensatz zu den bauerlichen Ansiedelungen zu „Nachbarrecht“, die den genossenschaftlichen Einrichtungen der Gemeinde mit Allmende und Flurzwang unterworfen waren. Damit treten den in den Dörfern auf ihrer Hufe sitzenden Bauern (*giburon*) oder Nachbarn (*nahkipuri*) die von den Gemeindeverbänden eximierten Gutsherren geistlichen oder weltlichen Standes gegenüber. Der bis dahin nur in den ehemals römischen Landesteilen bekannte Unterschied zwischen Groß- und Kleinbesitz gewann durch die königlichen Landschenkungen auch in Aufrasien zunehmende Bedeutung. Die Großgrundbesitzer unterschieden sich von den einfachen Hufenbesitzern der Dörfer auch darin, daß sie nicht wie diese ihr ganzes Besitztum selbst bewirtschafteten, sondern neben dem Herren- oder Fronhofe (*mansus indomnicatus*) mehr oder weniger zahlreiche Höfe besaßen, welche unfreien und hörigen Bauern gegen Abgaben und Frondienst zu eigener Wirtschaft (*mansi serviles*, *mansi litiles*) verliehen wurden. So bildeten sich eigene Hofgemeinden, denen nicht selten seitens der Herren auch Wälder und Weiden zu markgenossenschaftlicher Nutzung überwiesen wurden. Eine weitere Entwicklung wurde durch die zuerst von den geistlichen Grundherrschaften geübte Praxis angebahnt, Teile ihres Grundbesitzes auch an Freie zu Präkarien- oder Benefizienrecht zu verleihen, so daß mehr und mehr auch die freien „Landsassen“, deren Hufen man als „*mansi ingenuiles*“ zu bezeichnen pflegte, in die Hofgemeinden hineingezogen wurden. So setzten sich die herrschaftlichen Güter aus dem Herrenhofe (Salhofe) und dem in den Händen von freien, hörigen oder unfreien Hintersassen befindlichen Zinslande zusammen.

Schon in der ersten Hälfte des 7. Jahrhunderts stand das Ergebnis der neuen Bewegung fest. Es war in Gallien und einem Teile des germanischen Ostens ein neuer, gesicherter Großgrundbesitz entstanden. Und noch immer dauerte die Bewegung an. Die Besitzer rodeten seit den Karolingern planmäßig weite Landstrecken im Urwalde, bauten ganze Dörfer aus und richteten eine energische, scharf gegliederte Verwaltung ein. Zu eigentlicher Patifundienbildung

kam es in Aufrasien nicht. Es überwog der Streubefiz. Dieser ließ eine verständige Nutzung nur im Einzelbau zu. Die Güter wurden an kleine Leute in den Formen von rechtlich mannigfach verschiedenen Leihverhältnissen ausgethan. Wir stehen vor der erstmaligen wirtschaftlichen Organisation des Standes der Unfreien. Damit parallel geht die Entstehung des Lehnswesens.

Sein Ursprung hängt mit einer von Karl Martell begonnenen und von seinen Söhnen zum Zwecke der Gewinnung einer zahlreichen Reiterei durchgeführten großen Reorganisation des fränkischen Heerwesens zusammen. Die Arabereinfälle hatten zu der Erkenntnis geführt, daß man sich der Überwältigung durch ein Reitervolk mit einem nur aus Fußtruppen bestehenden Heere auf die Dauer nicht würde erwehren können.<sup>1)</sup> Da nämlich der gewöhnliche Heerdienst der eigentlichen Franken wie der Römer zu Fuß geleistet wurde, und nur die Mitglieder des königlichen Gefolges für ihre Person zum Reiterdienst verpflichtet waren, so gingen die Hausmeier darauf aus, einerseits die Zahl der königlichen Gefolgsleute zu vermehren, anderseits diesen die Stellung einer weiteren Anzahl von Reitern zur Pflicht zu machen. Ihren Bestrebungen leisteten bedeutenden Vorschub zwei den gallisch-römischen Zuständen eigentümliche Abhängigkeitsverhältnisse von privatrechtlichem Charakter, der Vassallität und das Benefizialwesen.

Die gallische oder lehnslose Vassallität war ein Schutzvertrag zwischen einem Herrn (senior) und einer Anzahl freier Leute (amici, suscepti, sperantes, vassi), die freiwillig unter einer bestimmten Form, dem symbolischen Akte der commendatio, zu ersterem in das Verhältnis freien Hofgesindes traten. Der Herr gewährt den vassi seinen Schutz, die vassi verpflichten sich zu Diensten verschiedener Art, insbesondere zur Waffenpflicht im Kriege; das Verhältnis, das sich mit der altgermanischen Gefolgschaft vergleichen läßt, heißt obsequium und ist in der Regel lebenslanglich.

Das Benefizialwesen oder die Prefarie war besonders von der Kirche ausgebildet worden. Man verstand darunter die Beleihung

<sup>1)</sup> Auch dieser mit Rücksicht auf die Bedeutung des Gegenstandes ausführlicher gehaltene Abschnitt ist nach der neuesten Darstellung in Schröders Rechtsgeschichte S. 155 ff. bearbeitet.



mit Land gegen Zins, in der Regel zu lebenslänglichem Nießbrauch. Dies Leihverhältnis hieß später meist *beneficium*, wie auch die Beleihung und das Leihgut selbst.

Es ist nun das Verdienst Karl Martells, diese beiden bis dahin von einander ganz unabhängigen, rein privatrechtlichen Abhängigkeitsverhältnisse, das persönliche der Vassallität und das dingliche des Benefizialwesens, so mit einander verschmolzen zu haben, daß sie die Elemente wurden einer über das ganze Reich ausgedehnten staatsrechtlichen Einrichtung, d. i. des Lehnswesens, die in einer Zeit der Naturalwirtschaft allein geeignet war, die Wehrkraft des Landes auf neue, den Bedürfnissen der Zeit entsprechende Grundlagen zu stellen. Sehen wir, wie das geschah.

Das notwendige Material von Mannschaften gewann man durch eine Reform der Vassallität, indem die Herren (*seniores*) in ein vertragsmäßiges Verhältnis zum Könige traten und sich verpflichteten, von ihren Vassallen diejenigen, die sich dazu eigneten, rittermäßig auszurüsten und für die Reichsheerfahrt jederzeit bereit zu halten. Ebenso wurden auch die zahlreichen zu dem Hofe des Königs gehörigen *vassi*, die bisher neben den Antrustionen ein Kriegsgefolge zweiter Klasse gebildet hatten, jetzt größtenteils zum Reiterdienste verwendet und dadurch in ihrer Rangstellung so gehoben, daß der seitherige Unterschied zwischen ihnen und den Antrustionen sich bald ganz verwischte.<sup>1)</sup> Sie bildeten jetzt zusammen eine einzige ritterliche Klasse der Kronvassallen und traten auf eine Stufe mit den Senioren; sie werden wie diese *vassi regis* genannt (oder *homines Franci*) und als solche von den übrigen Vassallen, den Privatvassallen, unterschieden.

Da auch die Kronvassallen ihrerseits vielfach wieder Privatvassallen hatten, so wurden letztere als des Reiches Astervassallen bezeichnet. Über der gesamten Vassallität steht der König als der oberste Senior (*monseigneur*).

„Der Eintritt in die Vassallität (königliche wie private) erfolgte unter denselben Formen wie seither der Eintritt in die *trustis regis*: durch Kommendation mit Treueid und Handreichung seitens des Mannes, durch Waffenreichung (Schwert, Speer,

<sup>1)</sup> Der besondere Titel der letzteren geriet bald ganz in Vergessenheit.

Fahne) seitens des Herrn. Der letztere hatte dem Vassallen die rittermäßige Ausrüstung und, wenn dieser nicht dauernd an dem Hofe des Herrn leben sollte, statt des Lebensunterhaltes ein Benefizium zu geben.<sup>1)</sup>

Das war die eine, die persönliche Seite des ganzen Reformwerkes. Die notwendige Voraussetzung dazu bildete die Vermehrung oder die bessere Ausstattung der Grundbesitzer. Die Mittel hierzu gewann Karl Martell zunächst durch eine umfassende Einziehung kirchlicher Güter (divisio). Von dem hierdurch verfügbar gewordenen Grundbesitz wurden zur Unterstützung der zum Reiterdienste sich verpflichtenden Personen Verleihungen oder Benefizien gewährt, wobei man die Grundsätze der kirchlichen Prefarien fortbestehen ließ. „Die vom Könige mit Kirchengut Beliehenen sollten einen Zins an die Kirche, welcher das betreffende Besitztum gehörte, entrichten; der Kirche wurde das Heimfallsrecht nach dem Tode des Beliehenen, dem Könige aber das Recht anderweitiger Verleihung vorbehalten.“<sup>1)</sup>

Weitere Mittel wurden dadurch für die Krone verfügbar gemacht, daß man die Verleihung kirchlicher Güter fürderhin auch für die Gewährung königlicher Benefizien zum Vorbild nahm. Die früheren königlichen Landschenkungen zu unveräußerlichem Eigentum, mit denen keine besonderen Verpflichtungen für den Empfänger verbunden waren, hörten damit so gut wie auf, und nur wer sich zu vassallischer Kommendation verpflichtete, konnte fürderhin noch Landgut vom König empfangen.

Auch die Großen des Reiches nahmen ihrerseits wieder Verleihungen eigener Güter oder Afterverleihungen empfangener königlicher oder kirchlicher Benefizien vor.

Schließlich sei noch bemerkt, daß auch die reichen Allodialbesitzer, die keine Benefizien nahmen, fortan den Heerdienst zu Pferde leisteten. —

Eine Reorganisation des fränkischen Heerwesens, die den Schwerpunkt in die Reiterei verlegte, war der nächste Anlaß zur Einführung des Lehnswesens geworden. Der tiefere Grund aber war, wie wir sahen, die geringe wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Diese zwang die Könige zu einer Maßregel, die in ihren späteren

<sup>1)</sup> Schröder, a. a. D.



Stadien zunächst zur Lockerung und endlich zur Auflösung des Unterthanenverbandes führen mußte. Fürs erste war eine derartige Uebertragung der Wehrorganisation auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zweifellos im Interesse der Landesverteidigung.

Als ihre nächste Folge ist eine Zerlegung der alten Ständegliederung zu verzeichnen. Der Geburtsadel war im Frankenreich schon unter den älteren Merowingern untergegangen. An seiner Stelle erhebt sich über den Gemeinfreien ein neuer Adel, der sich aus den Großgrundbesitzern und den hohen Beamten des Königs, namentlich dem Dienstadel und den Grafen zusammensetzt. Der Großgrundbesitz in Verbindung mit einer geistlichen Würde schuf eine geistliche Aristokratie. „Unter dieser war eine einzige Klasse der Grundholden am Werden. . . . In ihr unterschied man noch nach Herkunft, Freie, Hörige, Unfreie. Die neue Klasse war wohl das wichtigste Ergebnis der sozialen Verschiebungen, die durch die Entstehung der Grundherrschaft veranlaßt worden ist. In der Verschmelzung ihrer Bestandteile ging die Sklaverei der Urzeit zu Grunde. Ihrer Mitte entloß die so reich gesegnete wirtschaftliche Arbeit der deutschen Kaiserzeit. Diese Errungenschaften erst scheiden unsere Entwicklung endgültig und zu ihrem Vorteil von derjenigen der alten Völker mit ihrem Sklaventum.“<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Lamprecht II. S. 96. Vgl. auch Jastrow und Winter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Hohenstaufen I, Seite 142: „Mit der zunehmenden Eßhaftigkeit und der Ausbildung individuellen Eigentums von Grund und Boden, wird die Verteilung des Besitzes ungleicher. In der Karolingerzeit ist die ungleiche Verteilung des Grund und Bodens bereits ebenso der hervorstechende Charakterzug wie die annähernd gleiche Verteilung unter gleichberechtigten Volksmassen beim Eintreten der Germanen in die Weltgeschichte das den Römern in die Augen fallende Merkmal ihres Kulturstandes gewesen war. Karl d. Gr. selbst war der größte Grundbesitzer in seinem Reiche. Daneben standen die einzelnen großen Kirchen seines Reiches, die erzbischöfliche und bischöfliche, so wie die Klöster. Endlich trat eine dritte Gruppe weltlicher Großgrundbesitzer hinzu, welche am Schlusse der Karolingerzeit auf deutschem Boden in Gestalt der neuen Herzogsgeschlechter sogar politisch maßgebend hervortraten. Zwischen und neben diesen Anballungen großer Gütermassen in einzelnen Händen dauerte überall noch der altgermanische Kleinbesitz fort.“

Die soziale Schichtung in der Karolingischen Zeit ist demgemäß die folgende:

1. geistlicher und weltlicher Adel (Großgrundbesitzer, Bischöfe, Grafen).
2. Überreste der Gemeinfreien.
3. Grundholden (Freie, Hörige und unfreie Hintersassen).

Vergebens suchte Karl d. Gr. durch Beschränkung der persönlichen Heerespflicht und Veränderungen auf dem Gebiete des Gerichtswezens (Schöffenverfassung) den freien Grundbesitz zu stützen. Unter seiner Regierung machte die Ausbildung des Fendalstaates reißende Fortschritte und die Auflösung des Heerbannes kündete sich unzweideutig an.

Im Betrieb des Ackerbaues ist jetzt allgemein an die Stelle der Feldgraswirtschaft die Dreifelderwirtschaft getreten. Karl selbst organisierte den Großgrundbesitz (*capitulare de villis*) und machte die königlichen Güter zu Musterwirtschaften.

Nach Karls Domänenordnung „sind von dem Betriebe ausgeschieden alle Ländereien, die als Lehen weggegeben sind. Der übrig gebliebene königliche Besitz ist in Domänen eingeteilt. An der Spitze einer Domäne, *Viskus* genannt, steht ein Amtmann (*iudex*), der seine Meier unter sich hat. Diese Wirtschaftsbeamte verwalten einen Teil der Hufen unmittelbar für ihren königlichen Herrn, andere Hufen sind gegen Zinszahlung ausgethan. Jene werden *Salland* (Herrenland), diese *Zinsland* genannt. Aber *Salland* und *Zinsland* bilden zusammen eine einheitlich verwaltete Domäne. Zur Bedienung des *Sallandes* werden die eigenen *Dominalknechte*, sowie die *Fronleistungen* der *Zinsbauern* verwendet. Einige Domänen, auf denen sich königliche Pfälzen befinden, sind als *Oberhöfe* für die anderen eingerichtet und nehmen die Überschüsse der Verwaltung in Empfang. Die Zentralstelle am Hofe bilden dann der *Kämmerer*, bezw. der *Mundschenk*; über ihnen stehen an der Spitze des Ganzen der König und die Königin, welche für Wirtschaftsangelegenheiten amtliche Person ist.“<sup>1)</sup>

Infolge der auf den Gütern nötig gewordenen Arbeitsteilung schreitet die Ausbildung der Gewerbe voran. Luxusgegenstände lieferten Italien und das byzantinische Reich.

In dem System des europäischen Handels nahm Deutschland noch keine Stelle ein. Von den Hauptstraßen, deren Knotenpunkte

<sup>1)</sup> Jastrow a. a. O. I S. 142 f.



im Südosten Konstantinopel, im Nordwesten die Märkte Englands waren, wurde unser Vaterland kaum berührt. Die Führung auf dem Gebiete des Welthandels hatten damals Griechen und Araber. Erst durch die Kreuzzüge gewannen Italien und weiterhin Deutschland Anteil daran.

„Das gewaltige Dreieck zwischen Alpen, Jura und Ardennen, Elbe und Nordsee bildete ein in sich abgeschlossenes Gebiet, dessen wirtschaftliche Grundlage der einfache und festorganisierte Ackerbau der Dreifelderwirtschaft in engster Verbindung mit Wald-, Moor- und Heidenutzung war. Erst allmählich gewann hier das geprägte Geld, das die Märkte des Kontinents schon beherrschte, den übrigen Tauschwerten gegenüber Anerkennung und Bedeutung und dementsprechend bildete die Naturlieferung und Naturalwirtschaft überwiegend die Grundlage der gesamten Verfassung und Verwaltung.“ So hat Nitzsch diese Verhältnisse charakterisiert. Mit ihnen hängt es zusammen, daß das städtische Leben sich hier später und weniger mächtig als im Westen und Süden Europas entwickelt hat.

Wie diese Ausführung über Lebensweisen und den Handel, so wird die wirtschaftliche Lage der Kirche der Oberstufe vorbehalten. Diese hat, wie sie sich in der Karolingischen Zeit entwickelte, ihre Stellung für das ganze Mittelalter bestimmt. Die christliche Gemeinde hatte ursprünglich ihren Mittelpunkt in der Stadt, dort wo der Sitz des Bischofs war. Im fränkischen Reiche, in dem überhaupt der Schwerpunkt der Verwaltung auf das Land verlegt ward (der Malberg Mittelpunkt der Hundertschaft), verlor auch die christliche Gemeinde ihren städtischen Charakter, wenn die Stadt auch nach wie vor der Sitz des Bischofs blieb. Infolge reicher Schenkungen kam es dahin, daß der Kirche schon im 7. Jahrhundert ein Drittel alles Grund und Bodens gehörte. Was sie durch die Säkularisation Karl Martells verloren, hat sie unter seinen Nachfolgern reichlich ersetzt.

### VIII. Die Zeit der sächsischen Kaiser.

Anarchie im Innern und die Angriffe der äußeren Feinde wirkten zusammen, um die Auflösung des fränkischen Weltreichs zu beschleunigen; diese Wirren benutzte der Laienadel, sich der Gerecht-

same des Königtums zu bemächtigen (die Markgrafschaften). Aus der markgräflichen Gewalt erwuchs das deutsche Herzogtum, das Konrad I. im Bunde mit der vergewaltigten Kirche vergeblich niederzukämpfen suchte. Sein Nachfolger richtete unter Anerkennung der herzoglichen Gewalt das Reich auf den alten Grundlagen von neuem auf. Die Grundlagen der Reichsgewalt bildeten wie im fränkischen Reiche die königlichen Domänen und die Güter der Kirche, mit der Otto I. eine lebensvolle Verbindung eingegangen war. Auf dieser Verbindung beruhte die Sicherheit der unteren Schichten der Nation, auf die die kirchlichen Musterwirtschaften eine erziehlche Einwirkung ausübten.

Die weitere Ausbildung des Lehenswesens, dessen Darstellung die Erbllichkeit der kleineren Lehen seit Konrad II. besonders betonen muß, führt zur völligen Auflösung des Beamten- und Untertanenverbandes. Der König steht an der Spitze der Lehensordnung.

Die ersten Anfänge des städtischen Lebens fallen unter die Ottonen, sind aber ohne Bedeutung für das Wirtschaftsleben der Nation. Der Bauernstand befand sich in günstiger Lage. Sein Verhältnis zu den Grundherren war durch die Hofverfassung geregelt. Nach dieser unterschied man Ober- und Untereigentum. Der Bauer zahlte einen geringfügigen Zins. Alle die Wirtschaft betreffenden Streitigkeiten zwischen Grundherren und Bauern, sowie dieser untereinander wurden im Hofgericht ausgetragen, in welchem der Grundherr (bzw. der Meier) der vorsitzende Richter war und die Hofgenossen den „Umstand“ bildeten.<sup>1)</sup> Gewerbe und Handel blieben gegen die vorhergehende Periode unverändert.

Auf der Oberstufe wird der Unterschied des mittelalterlichen vom antiken und modernen Staate hervorzuheben sein. Der antike Staat machte sich alle Gebiete des Lebens unterthan und zog den ganzen Menschen in seinen Bereich (Sparta). Nach deutscher Auffassung muß „der Staat dem Menschen freie Bewegung lassen. Die Staaten zerfielen in Teilstaaten, die Teilstaaten in Gemeinden, die gleichfalls dem Staate ähnlich organisiert waren und sich wie kleine Staaten fühlten“.<sup>2)</sup> Die Heereslast ruhte auf den persönlichen

<sup>1)</sup> Lamprecht a. a. D. II, S. 95.

<sup>2)</sup> Vergl. G. Kaufmann, Deutsche Gesch. I, S. 13.



Leistungen des einzelnen, ebenso die Gerichtspflicht, zum Teil auch die Friedensbewahrung. Andere Aufgaben, wie Unterrichts-, Armen- und Krankenwesen fielen der Kirche zu, wieder andere der Sippe, manche bestanden gar nicht (Post). Der moderne Staat ist aus dem absoluten Staate erwachsen, der sich seit dem 16. Jahrhundert unter dem Einflusse römischer Staatsanschauungen entwickelte.

### IX. Die Zeit des Investiturstreites.

Das Fürstentum ist während des Investiturstreites selbständiger geworden, und Heinrich V. mußte ihm, ehe es den Frieden mit der Kirche vermittelte, nicht unwesentliche Zugeständnisse machen. Aber trotzdem blieb dem Königtum eine gebietende Stellung. Das Wormser Konkordat hatte zwar das freie Ernennungsrecht aufgehoben, aber der entscheidende Einfluß auf die Besetzung der Stifter und die Verfügung über die kirchlichen Mittel war dem Kaiser geblieben. Er behauptete die oberste Gerichtsgewalt, blieb oberster Lehensherr, und die Verminderung des Königsgutes wurde durch Konfiskation ausgeglichen.

In denselben Jahrzehnten war eine große Umwälzung weniger auf wirtschaftlichem als auf sozialem Gebiete vor sich gegangen. Bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts hatten die Deutschen nur dem Berufe des Ackerbaues gelebt, nunmehr schied sich der kriegerische Beruf von bauerlicher Thätigkeit. In dem Bürgerkriege war es klar geworden, daß die Entscheidung auf der Stärke der ritterlichen Vasallenheere beruhte. Diese Wahrnehmung drängte nach K. W. Nisich die Fürsten zu einer möglichst großen Vermehrung ihrer Lehensaufgebote. Die kriegerischen Gesichtspunkte wurden maßgebend für die Hofverwaltung. In diesem Zusammenhange ist der Begriff der Ministerialität und der Unterschied zwischen Dienst- und Mannlehen zu erklären. Ministerialen sind Unfreie im Heeresdienste; ursprünglich ohne Besitz, waren sie im 11. Jahrhundert vielfach zu Dienstlehen gelangt. Im 12. Jahrhundert wurden die Dienstlehen mehr und mehr als echte Lehen erkannt. Vasallen und Ministerialen sind die zum schweren Reiterdienste verpflichteten Krieger. Aus beiden ist zur Stauferzeit ein neuer Adel, der Ritterstand, erwachsen (Burgbau, Benennung der Ritter nach der Burg, Entstehung der Wappen).

Die Masse der Bauern, vom Kriegsdienst ausgeschlossen, meist zur Zinsentrichtung verpflichtet, lebt der Wirtschaft und dem Erwerb. Ihre Teilnahme am öffentlichen Leben beschränkt sich auf ihre Thätigkeit im Volksgericht.

Neben dem Adel sind, von den salischen Königen begünstigt, die Städte emporgekommen. Im Anschluß an das Königtum suchten sie sich der bischöflichen Gewalt zu entziehen und sich Privilegien (Marktrecht, Immunität) zu sichern. Aus den Privilegien erwächst später die Selbstverwaltung der Städte unter einem gewählten Stadtrat. Neben den ritterlichen Geschlechtern kommen schon damals der Kaufmann- und Handwerkerstand zur Bedeutung, indem seine Glieder meist aus dem Zustande der Unfreiheit emporstiegen.

Die soziale Schichtung hat sich seit dem 12. Jahrhundert folgendermaßen gestaltet:

1. Hohe Adel (Pfaffen- und Laienfürsten);
2. der niedere Adel (freie Herren, freie Vasallen und Ministerialen);
3. Bürger (ursprünglich unfreie Ministerialen und Zensualen);
4. Bauern (gemeinfrei oder hörig = Grundholden).

#### X. Das Zeitalter der früheren Staufer (Rodungen und Kolonisationen).

Großartige Stellung des Königtums unter Friedrich I. und Heinrich VI. Seine Grundlage der staufische Hausbesitz in Schwaben, Burgund und der oberrheinischen Tiefebene. Diesem Hausbesitz soll die Lombardei mit ihren vielen Einkünften hinzugefügt werden.

Auf der Oberstufe ist Friedrichs italienische Politik unter wirtschaftlichem Gesichtspunkte zu betrachten. Auf dem ronalischen Reichstage war der Kaiser zum absoluten Herrscher der Lombardei erklärt und ihm die Verfügung über die lombardischen Volksregalien zugesprochen worden. Da sich seine fiskalischen Pläne, die ihm ein Jahreseinkommen von 15 000 Talenten gesichert hätten, als nicht ausführbar erwiesen, wollte er die germanische Naturalwirtschaft in der Lombardei im größten Maßstab wiederherstellen. Es war eine Konsequenz der auf Otto I. zurückgreifenden restaurierenden



Politik Friedrichs; ihr Höhepunkt die Zerstörung Mailands; ihre Katastrophen 1167 und 1176.

Die Zertrümmerung des Welfenreichs, die Zersplitterung Sachsens und Teilung Bayerns, hatten die Befestigung der staufischen Macht und die Bildung des jüngeren Reichsfürstenstandes zur Folge. Der bisherige fürstliche Adel schied sich nämlich um das Jahr 1180 in eine untere und obere Klasse. Zu dieser gehörten etwa 50 geistliche und 16 Laienfürsten, die wie jene ihr Lehen unmittelbar aus der Hand des Kaisers empfingen. Zur anderen gehörte der größte Teil des weltlichen Adels, der sein Land von fürstlichen Genossen zu Lehen empfingen.

Den niederen Adel bezeichnen wir schlechtthin als den Ritterstand. Zu diesem sind auch die kriegerischen Dienstmannen (Ministerialen) aufgegangen, ihre Dienstlehen zu wirklichen Lehen erwachsen. Diese Ministerialen werden von Friedrich I. zu Trägern der Reichsverwaltung gemacht. Die sechs Stufen der Heerschildordnung d. i. der vollen Lehnfähigkeit: 1. König, 2. geistliche, 3. weltliche Fürsten, 4. freie Herren, 5. ursprüngliche Ministerialen, 6. unfreie Ritter. Die unterste Stufe konnte nur Lehen empfangen, aber nicht verleihen, sie war nur „einschildig“. Man durfte Lehen nur von einem, der im Heerschild übergeordnet war, empfangen. Diese Ordnung geriet erst im 14. Jahrhundert in Verfall.

Die geistigen Führer der deutschen Nation waren die ritterlichen Kreise. Wie die Kaiser ihren Waffen die großen Erfolge in den Wendenlanden und in Italien zu danken hatten, so waren ihre Sitte und Auffassung entscheidend für den Ausdruck des nationalen Bewußtseins.<sup>1)</sup>

Seit der Mitte des 12. Jahrhunderts bewegt sich die Weiterentwicklung der agrarischen Verhältnisse zunächst um die Rodungen und Neugründungen von Klöstern, Dörfern und Städten. In der Lichtung der großen Waldbestände der mitteldeutschen Gebirge und in der Kultivierung des Bodens ging die Thätigkeit der Cisterzienser (Altenkamp, Walkenried, Pforta, Himmerode, Heisterbad) und der Prämonstratenser auf. In derselben Zeit wurde die Kolonisation der Wendenlande wieder aufgenommen, die erst im 14. Jahr-

<sup>1)</sup> Vergl. R. Lamprecht, a. a. O. III, S. 100 ff.

hundert zum Stillstande kommt. Es ist Lothars Ruhm, daß er das Werk der Ottonen weitergeführt hat.

Diese weltgeschichtliche Aufgabe wurde durch den Wendenkreuzzug von 1147 und den Zug Friedrichs I. nach Polen mächtig gefördert. Nachdem der Lehrer auf die Pflanzungen der Ottonen zurückgegriffen, werden Norbert von Xanten, Erzbischof von Magdeburg, und die beiden neuen Orden im Dienste der Germanisierung (Lehnin in der Mark, Leubus in Schlesien, Oliva bei Danzig), die Schanenburger und Welfen an der Niederelbe, die Askazier an der Mittellelbe, die deutschen Ansiedlungen in Pommern und Schlesien, in Böhmen, Ungarn und Siebenbürgen, und endlich die Ordensritter in Preußen vorgeführt.

Das dünnbevölkerte slawische Land war überreich an herrenlosen Sumpf, Moordistrikten und Urwäldern. Die Verfügung hierüber stand zunächst dem Reiche oder dem deutschen Orden, sodann den Fürsten auf Grund ihrer Belehnung und den von ihnen oder unmittelbar vom Reiche ausgestatteten geistlichen und weltlichen Grundherren zu. Die Kolonisation erfolgte nach dem Dorfsystem mit Reihenhufen, d. h. hinter den die Dorfstraße unmittelbar berührenden Höfen lagen die dazu gehörigen Hufen in langgestreckter Gestalt neben einander; sie hatten etwa die doppelte Größe der germanischen Hufe.

Die Kolonisation, auch der schon angebauten Gebiete, erfolgte in der Weise, daß der Landes- oder Grundherr die zu besiedelnde Fläche einem Unternehmer (locator) zur Einteilung und demnächstigen Besetzung mit Kolonisten übergab. Nur freie Leute wurden als Kolonisten zugelassen. Der einzelne Ansiedler erhielt seine Hufe zu vererblichem und veräußerlichem Rechte gegen einen festen Geldzins, meist auch noch gegen eine feste Naturalabgabe an Stelle des Zehnten.

Wie für die Kirche einige Freihufen ausgeworfen wurden, so erhielt der Unternehmer mehrere Hufen zu Eigentum oder Lehen, außerdem für sich und seine Erben das Schultheißenamt, womit regelmäßig noch andere Gerechtsame verbunden waren.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Schröder, S. 427 ff.



Nächst der größeren Hufe war es das Erbzinsrecht, das aus dem Mutterlande Ansiedler in Masse herbeizog; so daß der ganze Osten von der Adria bis zur Ostsee durch germanische Wanderungen überflutet und bedeckt wurde. Zu verschweigen ist nicht, daß neben dem Krieger und Kaufmann der Priester als Träger der Kunst und höheren Gesittung wirkte.

Ebenfalls nur auf der Oberstufe ist der Zusammenhang der Rodungen und Kolonisationen mit der Erhaltung der Hufe vorzuführen; die jüngeren Söhne der Bauern fanden in eben jenen wirtschaftlichen Arbeiten Beschäftigung und Existenz.

Deutschland machte im 12. Jahrhundert nach einer Bemerkung von R. W. Nizsch auf seine Nachbarn den Eindruck von Macht, Lebendigkeit und Blüte, eines Wohlbefindens ohne Gleichen.

Die wirtschaftlichen Folgen der Kreuzzüge sind mit Bezug auf unser Vaterland eingehender darzustellen, etwa in dem Umfange, wie dies in den Historischen Darstellungen von W. Pütz Bd. II 2. Aufl. S. 460 ff. geschehen ist.

## XI. Das Zeitalter der späteren Staufer, der Wahlkönige und der Blüte der Städte.

Dem neuen Reichsfürstenstande fiel als wichtigste Prerogative die Wahl und Beratung des Königs zu. Seit der Krönung der ausländischen Könige verengte sich dieser Fürstenrat zum Kurfürstensenat. Es bedeutete einen weiteren Sieg der partikularen Gewalten, eine weitere Schwächung des Königtums. Diesem war durch das Zusammensinken der Domänen, von denen eine nicht geringe Anzahl den Fürsten als erbliches Eigen zugefallen war, eine Hauptgrundlage seiner Macht entzogen. Der Verfall der Centralgewalt wurde beschleunigt, weil die stauferischen Könige die Regalien nicht zusammenhielten, obgleich diese mit dem im 12. Jahrhundert beginnenden Aufblühen der Geldwirtschaft einen von Jahr zu Jahr steigenden Ertrag versprachen. Die Zölle, das Geleitsrecht, die volle Markt- und Münzhoheit wurden so dem Reiche geraubt und kamen in die Hände der Fürsten, die vielfache Verkehrserleichterungen gewährten.

Diese Ausführung gehört auch auf die Unterstufe, nur für die höhere Stufe eignet sich ein Hinweis auf die entsprechende Entwicklung in Frankreich und England. Die französischen Könige haben es verstanden, ihr Eigengut zusammenzuhalten und zu vermehren, in England, wo der König die Ernennung des Sheriffs nie aus der Hand gab, blieben die Grundlagen der Grafschaftsverfassung erhalten (das „domesdaybook“).<sup>1)</sup>

Trotz des Verfalles der Centralgewalt im deutschen Reiche erhielt sich die Kraft des Bauern- und Bürgerstandes ungebrochen und sicherte den Fortgang der Kolonisation des Ostens. Erst als um das Jahr 1300 das Werk der Ansiedlung zu erlahmen begann, wurde der Landmann zur Teilung seines Familienbesitzes gezwungen, und die Hufe, die noch im Anfange des 13. Jahrhunderts das Normalgut ist, sinkt bis zum Ende des 15. Jahrhunderts auf die Viertelhufe herab.

Die wachsende Bedeutung des Bürgertums für das Leben der Nation zeigt sich in der Bildung von Städtebündnissen zur Aufrechterhaltung des Landfriedens, (am 29. Juni 1254 hielten mehr als 70 Städte einen Tag in Mainz ab) und in der Blüte von Gewerbe und Handel in der Stadt. (Königs-, Bischofs-, Territorial-Städte, Reichs- und Landstädte).

Die Entwicklung des städtischen Gewerbes ist geknüpft an die mittelalterliche Zunft. Diese bezweckt den Ausschluß fremder Konkurrenz. Zunftzwang (Gegensatz: Gewerbefreiheit). Die Zunft übt Gewerbepolizei und Gewerbegerichtsbarkeit, um bei dem Mangel an Konkurrenz das Interesse der Käufer zu wahren. Sie regelt den Umfang der Produktion des einzelnen, widmet sich der Heranbildung tüchtiger Gesellen und Meister, umspannt das sittliche und religiöse Leben ihrer Genossen (eigene Heiligen, Siegel und Wappen). Die ärmeren Zunftbrüder warfen sich entweder auf den Kleinhandel oder wurden Gesellen, die sich ebenfalls gemeinschaftlich zusammenschließen.

Die Städte die Mittelpunkte des Handels. Zwei große Handelsgebiete: Norddeutsche Städte vereinigen sich zur Hanza, die den Verkehr mit den wirtschaftlich zurückgebliebenen Nationen

<sup>1)</sup> G. Wendt, England. Seine Geschichte, Verfassung und staatlichen Einrichtungen. 2. Aufl. Leipzig, Reissland 1898.



des Nordens vermittelte. Demgegenüber beruhte die Bedeutung des oberdeutschen Städtebundes auf der Verbindung mit Italien. Geleit und Zölle werden neu geregelt und an drei Stellen der Versuch gemacht, eine einheitliche Münze einzuführen (das Hellerstystem im Südwesten, die rheinische und österreichische Guldenprägung). Wichtigkeit der Rheinstraße. In den Städten begegnen die Anfänge der Manufaktur infolge Ausnützung des Kapitals und die früheste Entwicklung des Kreditwesens. Mehrere kaufmännische Betriebe werden in einer Hand vereinigt, und öffentliche Handelsgesellschaften gebildet.

In diesen mächtig emporstrebenden Gemeinwesen kommt neben den alten Ministerialen (den Geschlechtern, Patriziern), das plebejische Element (die Handwerker) empor, und dies tritt in den Kampf um die städtischen Ämter und den Zutritt zum Räte ein. Allenthalben erlangten die Zünfte mehr oder weniger Anteil am Stadtreger. Nur in den Hansestädten behaupteten die Geschlechter im allgemeinen den Vorrang. Begriff des Pfahlbürgertums.

Das aus diesen Verfassungskämpfen verjüngt hervorgehende Bürgertum befindet sich im heftigsten Gegensatz gegen Ritter und Fürsten, der auf beiden Seiten zu Versuchen führte, sich in immer erweiterten Kreisen zu kraftvollen Einungen zu verbinden. Bündnisse des Adels und der Städte umspannten im 14. Jahrhundert das ganze Reich. Nur fehlte die starke Hand, die auf dieser Grundlage und einer den neuen Verhältnissen Rechnung tragenden Steuer- verfassung eine neue Einheit der Nation hätte herstellen können. Nach der Schlacht bei Döffingen war es sicher, daß ihre Zukunft in den Territorien lag. (Hier ist ein Hinweis auf die parlamentarische Verfassung in England geboten, wo die Städte mit dem niederen Adel (gentry) vereinigt das Unterhaus bildeten.)

Selbstverständlich nur auf dieser Stufe kann auf die Entwicklung der Territorialhoheit eingegangen werden. Diese hängt mit der Auflösung des Gauverbandes und der Entstehung eines Gerichtes für Ritterbürtige unter dem Vorsitze eines Grafen, und für Nichtritterbürtige unter einem Ministerial zusammen. Jene erstreckten sich auf eine Grafschaft, diese auf kleinere Gebiete, mit denen Verwaltungsbezirke oder Ämter zusammenfielen. In diesen Ämtern wurden auch die landesherrlichen Einkünfte erhoben. Die ordent-

lichen Einkünfte reichten längst nicht mehr aus für die vermehrten Bedürfnisse, und der Landesherr war auf die „Beden“, d. i. außerordentliche Beihilfen angewiesen. In der Regel wurden diese nur gegen bestimmte Gegenleistungen bewilligt, die die Rechte der Körperschaften auf die Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten bestraften. Damit hängt die Entstehung der Landstände zusammen. Sie nehmen vor allem das Steuerbewilligungsrecht in Anspruch.

Sehr wichtig, aber für die Mittelstufe zu schwierig, ist der Verfall der Großgrundherrschaften und die Entstehung des Raubrittertums.

Der Großgrundbesitz erfuhr eine schwere Schädigung, weil mit den erblich gewordenen Leihverhältnissen auch Abgaben und Lasten sich vererbten. Diese blieben auf der Höhe, wie sie im 9. und 10. Jahrhundert normiert worden waren.

Sodann trat neben die Naturalwirtschaft immer entschiedener die Geldwirtschaft. Von den Städten aus verbreitete sie sich auf das Land, wo allmählich auch die bäuerlichen Abgaben in Geld abgelöst wurden.

Dies bedeutete einen erneuten Verlust, da mit der zunehmenden Geldwirtschaft der Wert des Geldes sank und der Warenpreis stieg. Bei der Unergiebigkeit der Urproduktion<sup>1)</sup> verarmten Adel und Kirche, während die Ansprüche an das Leben in Burgbau, Waffen und Kleidung stiegen und die großen militärischen Aufgaben der Stauferzeit (Kreuzzüge, Römerzüge, Kolonisationen) gelöst waren. Die mißliche wirtschaftliche Lage des niederen Adels erklärt die Entstehung des Raubrittertums, das sich an den Mitteln des Handel und Gewerbe treibenden Bürgers schadlos zu halten suchte.

Den Abschluß dieses Bildes macht eine Darlegung des aristokratischen Charakters der Reichsverfassung, in deren Mitte die goldene Bulle steht. Die Überzeugung von der Notwendigkeit einer Stärkung der centralen Gewalt führt schon im 15. Jahrhundert zu wiederholten Anläufen zu einer neuen Ordnung des Reichs.

<sup>1)</sup> Ergiebig war sie noch für den, der sein Land selbst bewirtschaftete, wie der kleine oder der Zinsbauer.



## XII. Die Epoche des Übergangs zur neueren Zeit (das Zeitalter der Entdeckungen und der Bildung des modernen Staates).

Zu 15. und 16. Jahrhundert traten Ereignisse ein, die für die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens von einschneidender Bedeutung waren: die Entdeckungen, das Aufkommen der Feuerwaffen, der Siegeszug des römischen Rechts.

Die Auffindung des Seeweges nach Ostindien und die Entdeckung der neuen Welt hatten neben anderen Veränderungen im Welthandel eine Verschiebung der Handelswege zur Folge. Die Städte am Mittelmeer (Venedig, Genua) und in Oberdeutschland, weiterhin die Hanse sanken von ihrer Höhe herab. Große Emporien am atlantischen Ozean kamen empor. Die Führung im Welthandel fällt den entdeckenden Nationen zu. Neue Handelsartikel: Hölzer, Kakao, Vanille, Tabak, Edelmetalle. Bildung größerer Handelsgesellschaften, Gründung von Banken.

Im Zusammenhange mit der Entdeckung Amerikas steht insbesondere die Vermehrung der Edelmetalle und der europäischen Zahlungsmittel. Nach einer Berechnung Humboldts betrug der gesamte europäische Münzschatz um das Jahr 1492 rund 170 Millionen Pfaster (à 6 M.). Dieser war um das Jahr 1600 auf 624 Millionen oder das Vierfache angeschwollen. Die Folge war eine wirkliche Preisrevolution. Man berechnete, daß im Jahre 1574 in Frankreich die Preise der Waren auf den 10- bis 12fachen Betrag, diejenigen der Liegenschaften auf den 6fachen gegen früher gestiegen waren.

Gleichzeitig wurde das Kriegswesen durch das Aufkommen der Feuerwaffen umgestaltet. Die schwere Reiterei des Vasallenheeres wird durch geworbenes Fußvolk ersetzt (Landsknechte, Infanterie). Der Adel wendet sich der Wirtschaft zu.

Eine ähnliche Bedeutung hatte für die Gestaltung der staatlichen Verhältnisse die Rezeption des römischen Rechts.

Auf der oberen Stufe ist zu betrachten, wie alle diese Erscheinungen im allgemeinen auf die europäischen Staaten eingewirkt haben.

Mit Hilfe des Geldes konnte ein neuer abhängiger Kriegs- und Beamtenstand gebildet werden. Der mittelalterliche Beamte

(Krieger) wurde mit Land, der moderne Beamte wird mit Geld besoldet. An die Stelle des Vertragsverhältnisses der Vasallen tritt die völlige Abhängigkeit vom Landesherrn.

Das Grund- und Dominialwesen tritt zurück, je mehr sich eine organisierte Finanzwirtschaft als unentbehrlich erweist. Das Geld wird zum sprichwörtlichen *nervus rerum gerendarum*.

Die große Stellung Spaniens im 15. und 16. Jahrhundert beruhte auf dieser Grundlage. Seine Könige verfügten über das stärkste Söldnerheer und einen geordneten Beamtenstaat und schufen innerhalb der Beamtenstufen eine straffe Unterordnung (Beamtenhierarchie). Geschulte Juristen treten allenthalben in die Verwaltung und die Gerichte ein, vor denen die unstudierten Vertreter des heimischen Rechts weichen müssen.

Der im 15. Jahrhundert beginnende Prozeß der Erstarkung der königlichen Gewalt setzt sich im 16. Jahrhundert fort. In Frankreich hatte Karl VII. ein starkes Königtum auf eine stehende Söldnertruppe (die Ordonanzkompagnien) und eine feste Steuer (*la taille*) gegründet. In England und Spanien erhebt sich die Macht der Tudors und der „katholischen Könige“, gestützt auf das kräftig emporgewachsene Bürgertum und von der Krone abhängige Ausnahmegerichte (Sternkammer in England, die spanische Inquisition).

Daran schließt sich eine Betrachtung der Zustände im deutschen Reiche an, die sich nur zum Teil auch für die Mittelstufe eignen.

1. Kaiser und Reichsstände suchen durch Verfassungsreformen das Auseinanderfallen des Reichs zu verhüten. Dreifaches Ziel:

- a) Stärkung der Centralgewalt;
- b) Aufrechterhaltung des Landfriedens;
- c) Erhöhung der Wehrfähigkeit.

An dem Gegensatz zwischen Kaiser und Ständen scheiterte eine durchgreifende Reform. Was gelang, blieb Stückwerk. Auf den dritten Punkt ist wegen seiner wirtschaftlichen Bedeutung näher einzugehen. Die neue Art der Kriegsführung durch Söldner machte eine neue Steuerverfassung nötig. Die schon 1427 eingeführte Reichsteuer (der sog. „gemeine Pfennig“) wurde 1507 wieder abgeschafft und durch „Matrikularumlagen“ (Beiträge der einzelnen Stände) ersetzt.



2. Der mittlere und kleinere Adel verliert seine Bedeutung durch die veränderte Kriegsweise, seinen Wohlstand durch häufige Erbteilungen und erhöhte Ansprüche an das Leben, in denen er es den reichen Bürgergeschlechtern gleich thun wollte. Nachdem Burgen und Reiterdienst ihre Bedeutung verloren, widmet sich der Ritter der Landwirtschaft. Der Kriegerstand wird zur Landaristokratie.

3. Die erwerbenden Klassen in den Städten hatten unter den Folgen der Versperrung der orientalischen Handelsstraßen namentlich seit dem Falle Konstantinopels zu leiden. Auch die Ritter wurden in Mitleidenchaft gezogen.

4. Die steigende Notlage des Bauernstandes erklärt sich aus den fortgesetzten Teilungen der Hufe und der Anwendung des römischen Rechts auf die bäuerlichen Verhältnisse.<sup>1)</sup>

Für die Oberstufe: Schon im 13. Jahrhundert begann das römische Recht in Deutschland einzudringen, energischer im 14. und 15. Jahrhundert. Unter seinem Einflusse stehen die planmäßig ausgearbeiteten „Stadt- und Landrechte“ und die Umgestaltung der Gerichtsverfassung. An die Stelle des mündlichen und öffentlichen Verfahrens trat das schriftliche und geheime Verfahren unter Leitung gelehrter Richter. Geradezu verhängnisvoll wurde die Übertragung römischer Rechtsbegriffe auf deutsche Verhältnisse, für die sie nicht passend waren.

a) Das römische Recht kennt kein Ober- und Untereigentum, auf dessen Unterscheidung alle Leihverhältnisse beruhten. Indem nach römischen Begriffen das Untereigentum als Zeitpacht angesehen ward, wurde dem Obereigentümer die Möglichkeit gegeben, den Untereigentümer zu entfernen.

<sup>1)</sup> Die wirtschaftliche Lage zu Beginn der Neuzeit wird treffend von M. Ritter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation, I, S. 7, charakterisiert: „Noch mehr als vom Gutsherrn hing der Bauer von der Ordnung der Genossenschaft ab, an die er sich überall gebunden sah. Wurde doch die tägliche Arbeit des Landmannes geleitet durch die Dorfgemeinde, welche die Regeln einer gleichmäßigen Bewirtschaftung der Dorfstur aufstellte. Seine Nutzung von Wald, Wasser und Weide stand in vielen Gebieten des Westens unter der Aufsicht der Markgenossenschaft. Seine Pflicht gegen den Herrenhof wurde kontrolliert durch die Hofgenossenschaft.“ — Die Bauern vereinigten sich in Waffen zu größeren und kleineren Versammlungen. Hinsichtlich der gutherrlichen Abhängigkeit selbst gab es eine kaum übersehbare Fülle von Verschiedenheiten. Freibauern bildeten eine kleine Minorität.

b) Die hofrechtliche Verfassung, nach der sich Abgaben und Fronen richteten, wurde beseitigt und auf den Hinterlassen der römische Begriff der Leibeigenschaft angewandt (servitus). Fronen und Zinsen konnten fortan vom Grundherrs (dominus) beliebig gesteigert werden.

c) Die gemeine Mark, d. h. das Benutzungsrecht an der im Gemeindebesitz gebliebenen Dorfflur wurde dem Grundherrs zugesprochen.

Mit der wirtschaftlichen Notlage des Bauernstandes stieg die Hebung seines Selbstgefühles infolge des Landsknechtsdienstes, in dem seit Max I. zahlreiche jüngere Söhne Verwendung fanden. Die wachsende Verstimmung zeigten erst vereinzelte Erhebungen, später weitverzweigte Geheimbünde („Bundschuh“), endlich der große Aufstand von 1525. Die „zwölf Artikel“ wurden das gemeinsame Programm der Bauernschaften fast durch ganz Deutschland. Nach heutigem Maßstab gemessen, erscheint ein großer Teil der in diesen Artikeln enthaltenen Forderungen keineswegs als ausschweifend; für die damalige Zeit freilich wären sie nicht ohne eine tiefgehende Umwälzung der ganzen Gesellschaftsordnung erfüllbar gewesen.<sup>1)</sup> Die Klagen der Bauern bezogen sich hauptsächlich auf die durch das römische Recht verursachten Mißstände. Der unglückliche Ausgang dieses Krieges, das Schicksal der Wiedertäufer in Thüringen und Münster sind lehrreiche Beispiele der Verderblichkeit gewaltsamer sozialer Änderungen.

Der deutsche Bauer versank in den Zustand der Leibeigenschaft. An die Stelle der Leihverhältnisse tritt Selbstbewirtschaftung. An die Stelle des mittelalterlichen Streubesitzes treten ausgedehnte Güterkomplexe, deren Bildung infolge der durch den dreißigjährigen Krieg eintretenden Entvölkerung gefördert wurde. Latifundienbetrieb namentlich im deutschen Osten.

5. Die Entstehung des modernen Beamtenstaates und die Erstarkung der fürstlichen Gewalt ist auch für Deutschland nachzuweisen. „Das Fürstentum, ursprünglich eine obrigkeitliche Gewalt, welche die Befugnis verlieh, im Namen des Kaisers Recht zu sprechen, den Heerbann des Landes aufzubieten und zu befehligen

<sup>1)</sup> K. Biedermann, Deutsche Volks- und Kulturgeschichte II, S. 21.



und gewisse nutzbare Rechte, wie Münzprägung und Zollerhebung zu handhaben, war seit dem 13. Jahrhundert in der Entwicklung zu einem wirklichen Staat begriffen. Es bedeutete einen großen Schritt auf dem betretenen Wege, als der Landesfürst die ihm zugesprochene Kirchenhoheit benützte, die geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Interessen seiner Unterthanen in den Kreis seiner Einwirkung zu ziehen. Die Verwaltung der Kirchengüter, die Beaufsichtigung des Unterrichtswesens, die Leitung der Armen- und Krankenpflege, die Handhabung einer Sitten- und Arbeitspolizei wurden seit der Mitte des 16. Jahrhunderts erst in evangelischen, dann in katholischen Territorien als Befugnisse der fürstlichen Gewalt betrachtet. Um das Jahr 1560 war das Fürstentum auf dem Wege zur Souveränität, das Kaisertum unheilbar geschwächt."

So habe ich an anderer Stelle die Grundlinien dieser Entwicklung festgelegt.<sup>1)</sup>

### XIII. Zustände in unserem Vaterlande am Ende des großen Krieges.

Das Ende des dreißigjährigen Krieges ist der Ausgangspunkt jener politischen Entwicklung, die zur Erhebung des preußischen Staates und zur Begründung des neuen deutschen Reiches führt, zugleich aber der Anfang einer neuen sozialen Epoche.

Die den Zustand der Verödung und Entvölkerung charakterisierenden Einzelheiten werden am besten nach den „Bildern“ von G. Freytag vorgetragen. Die Hauptsache wird treffend von R. W. Nisßch III (S. 452) zusammengefaßt: „Deutschland war gewissermaßen auf das Stadium seiner ersten wirtschaftlichen Periode zurückgeworfen worden. Es war im eminenten Sinne des Wortes ein Ackerbauland, ein Land leibeigener an die Scholle gebundener Bauern. Die einzige lebensfähige Gewalt über diesen leibeigenen Bauernschaften war die fürstliche Aristokratie, die Städte versielen dem Prozeß der Versteinernng, der niedere ständische Adel hatte sich während des Krieges mattgekämpft.“

<sup>1)</sup> Partikularismus und Einheit der deutschen Nation. Köln, Du Mont-Schauberg. 1890. S. 20.

Dem Fürstentum wurde im westfälischen Frieden die volle Souveränität zugesprochen. An die Stelle der alten Selbstverwaltung tritt die landesherrliche Verwaltung. Aus dem Elend des Krieges arbeiten sich langsam die Residenzstädte empor und überflügeln die freien Reichsstädte. Was von den Organen des Reichs bestehen blieb, waren Formen ohne Inhalt. Die Verfassung des Reichs ein „Monstrum“ (v. Pufendorf). In den Territorien lag die Zukunft der deutschen Nation. Das junge Territorium, das deutsche Ritter und Ansiedler in gemeinsamer harter Arbeit für die deutsche Kultur gewonnen hatten, steht fortan im Vordergrund des Interesses.



## Die neuere Zeit.

Nach den Lehrplänen sollen die Verdienste der Hohenzollern um die Hebung des Bauern-, Bürger- und Arbeiterstandes eine besondere Hervorhebung erfahren aber jede Tendenz durchaus vermieden werden.

Man darf also diese Verdienste nicht systematisch hervorheben, sondern muß sie geschichtlich in ihrem natürlichen Zusammenhange und Verlauf vorführen. Aber nicht frei von Tendenz würde es sein, wenn bei der Aufzählung der Maßnahmen der preussischen Regenten, auf denen die Besserung der wirtschaftlichen Zustände ihres Staatswesens beruht, Anregungen, die von anderen Nationen ausgingen, verschwiegen oder weltgeschichtliche Ideen und Erscheinungen, die in außerdeutschen Ländern ins Leben getreten sind und von dort aus mehr oder weniger alle Staaten Europas beeinflusst haben, nicht ohne Gewalt in den Gang der preussisch-deutschen Geschichte eingefügt werden. Es ist vielmehr eine Forderung der historischen Gerechtigkeit, daß das Zeitalter Ludwigs XIV. und die Schöpfungen der absoluten Monarchie, Entstehung, Verlauf und Folgen der französischen Revolution und die moderne Entwicklung Englands in selbständigen Bildern behandelt werden.<sup>1)</sup>

In der Auswahl des Stoffes wird auch im folgenden mit Bewußtsein darauf ausgegangen, die grundlegenden Begriffe des

<sup>1)</sup> S. 43: „An der Hand der Geschichte sollen die sozialpolitischen Maßnahmen der europäischen Kulturstaaten in den beiden letzten Jahrhunderten vor Augen geführt werden.“

wirtschaftlichen Lebens an den konkreteren Erscheinungen der Geschichte klarzustellen, was ebenso wichtig ist, wie die richtige Auswahl der Thatfachen.<sup>1)</sup>

#### XIV. Das Zeitalter Ludwigs XIV.

Die Anfänge des Absolutismus sind dem Schüler aus der Periode seiner Entstehung bekannt. In England scheiterte die von den Stuarts versuchte Vollendung der Unumschränktheit der königlichen Gewalt an dem Widerstande des Parlaments. Am vollkommensten entwickelte sich diese in Frankreich. Die Thätigkeit der großen Kardinäle, die in einzelnen Zügen typisch ist (Hugenotten, Fronde, Parlamente), wird eingehender behandelt. Nach dem Scheitern der Bewegung der Fronde giebt es in Frankreich nur einen Willen, nur eine Quelle des Rechtes und der Macht in weltlichen und religiösen Angelegenheiten. „Die Fürsten“, so schreibt Bossuet zur Belehrung des Dauphins, „sind Götter nach dem Zeugnis der Schrift und haben in gewisser Weise an der göttlichen Unabhängigkeit teil. Der königliche Thron ist nicht der Thron eines Menschen, sondern der Thron Gottes selbst. Der ganze Staat ist in dem Fürsten beschlossen.“ — „Der, welcher Könige den Menschen gegeben, hat gewollt, daß man sie als seine Statthalter achte. Sein Wille ist, daß, wer als Unterthan geboren ist, ohne Unterscheidung gehorche.“ Im Einklange mit solchen Ansichten steht die Ludwig XIV. beigelegte Äußerung: *l'État c'est moi*. Mazarins centralisierte Verwaltung. Bürgerliche Intendanten für Finanzen, Steuern und Polizei an der Spitze der Provinzen, daneben die adeligen Gouverneure ohne Einfluß. Der Adel auf den „Hof“ angewiesen.

In der Entwicklung der europäischen Staaten bezeichnet der Absolutismus einen Fortschritt. Er hat den Feudalstaat des Mittelalters überwunden und wie die Tyrannei im Alter-

<sup>1)</sup> Recht brauchbare Hilfsmittel sind E. Wolff, Grundriß der preussisch-deutschen sozialpolitischen und Volkswirtschafts-Geschichte vom Ende des 30 jährigen Krieges bis zur Gegenwart. Berlin, Weidmann 1899 und Theo Sommerlad, die soziale Wirksamkeit der Hohenzollern. Leipzig, T. F. Weber 1899.



tum die Kräfte des noch unmündigen Volkes entfesselt. Handel und Industrie, Kunst und Wissenschaft haben sich unter seiner helfenden Hand entfaltet.

In diesem Zusammenhange wird nochmals nachgewiesen, daß mit der Entwicklung der Geldwirtschaft das Aufkommen eines neuen Betriebes zusammenhängt, der weiterhin zu einer Scheidung von Kapital und Arbeit führt. Bei fortschreitender Arbeitsteilung beginnt die Manufaktur. Der Rohstoff geht durch viele Hände, bis er als Ware in den Handel kommt. Der einzelne Arbeiter liefert nur Teilarbeit. Bei dieser Gliederung der Arbeit gewinnt das Kapital des Unternehmers an Bedeutung. Diesem steht die freie, aber kapitallose Arbeit gegenüber.<sup>1)</sup>

Der Manufaktur kommen in erster Linie die Maßnahmen des Absolutismus zugute.

Seit der Mitte des 17. Jahrhunderts war das Ziel der Wirtschaftspolitik die Gewinnung einer günstigen Bilanz im auswärtigen Handel, d. h. man ging darauf aus, dem Auslande in fremden oder eigenen Produkten einen größeren Wert zuzuführen, als von ihm zurückgenommen ward, und durch Begünstigung von Handel und Gewerbe den Wohlstand der Bürgerschaft zu mehren. Diesem Zwecke dienten auch die Navigationsakte und die nationale Wirtschaftspolitik Cromwells. Das System heißt gewöhnlich Merkantilismus und seine konsequente Durchführung der Colbertismus. Seine wichtigsten Maßnahmen:

1. Anlage von Manufakturen und Fabriken mit exportfähigen Artikeln und Unterstützung selbständiger Unternehmer.
2. Einführung von Schutzzöllen (Ermäßigung der Ausfuhrzölle für inländische Fabrikate, Steigerung der Einfuhrzölle für fremde, Steigerung der Ausfuhrzölle auf inländische Rohstoffe und Lebensartikel, Ermäßigung der Einfuhrzölle für fremde).
3. Alle inneren Zolllinien (Binnenzölle) werden aufgehoben und an die Grenze verlegt, Kunststraßen, Kanäle und Häfen erbaut, Einheit der Maße und Gewichte durchgeföhrt.

<sup>1)</sup> Schon im 14. Jahrhundert waren in der Wollweberei die Hilfsgewerbe Wäjsche, Färberei, Walkerei, Woll- und Tuchhandel vollständig entwickelt, also die Wollweberei zu einer arbeitsteilenden Industrie ausgebildet.

4. Die gesamte Industrie ist bis in die technischen Betriebsformen der Kontrolle des Staates unterworfen, desgleichen das Zunftwesen (Staatspolizei).

5. Der Handel gefördert durch Gründung monopolisierter Gesellschaften, Anlegung von Kolonien, Förderung des überseeischen Verkehrs.

Im 17. Jahrhundert war Frankreich das mächtigste und reichste Land des Kontinents. Die anderen Staaten sahen sich gezwungen, um ihre wirtschaftliche Selbständigkeit zu behaupten, sich Colberts System anzueignen. Nach Österreich wird es durch Leopold I., nach Brandenburg durch den Gr. Kurfürsten verpflanzt. Seine einseitige Handhabung, namentlich die Vernachlässigung des Ackerbaues wurde Frankreich im Anfange des 18. Jahrhunderts verderblich. — Laws Finanzsystem: „Die edeln Metalle vertreten nur mißbräuchlich die Stelle des Geldes, es liegt in der Hand des Fürsten, sie durch Papiere zu ersetzen. Er wird den Handel wieder beleben und zugleich die Regierung aus ihrer Verlegenheit reißen, wenn er sich das Monopol seiner Ausgabe vorbehält.“ Gründung einer Bank und einer Handelskompagnie zur Ausbeutung des Mississippilandes. Der große Staatsbankerott.<sup>1)</sup> Unfähigkeit und Unwürdigkeit der französischen Regierung.

## XV. Wirtschaftliche und politische Zustände in den Marken unter den älteren Kurfürsten.

Die wirtschaftlichen Maßnahmen des großen Kurfürsten und seiner Nachfolger werden in dem rechten Lichte erscheinen, wenn die Zustände, die jener vorfand, klar vor den Augen des Schülers liegen.

Dabei ist zurückzugehen auf die Eroberung der Länder an der Elbe und Weichsel und auf die für beide in der Hauptsache gleiche Art der Kolonisation. Weiterhin ist die Geschichte der Markgrafen und Kurfürsten nach politisch-ökonomischen Gesichtspunkten etwa an

<sup>1)</sup> Das Nähere bei W. Ocken, Das Zeitalter Friedrichs d. Großen I. S. 59 ff.



der Hand von E. Bornhak, preußisches Staatsrecht I vorzutragen.<sup>1)</sup> Dies dürfte für beide Stufen gelten.

Alle Hoheitsrechte des Markgrafen sind als Ausfluß seines militärischen Oberbefehls über den kolonisierenden Heerbann zu betrachten. In dieser Stellung mußte er dem Kaiser gegenüber eine größere Selbständigkeit, nach unten eine größere Machtfülle als die übrigen Reichsfürsten besitzen. In beiden Kolonialgebieten waren Geistlichkeit, Ritterschaft und Städte „landsässig“, sämtlicher Besitz in privatrechtlicher Abhängigkeit von Landesherrn, die Bauern (Ansiedler) persönlich frei und erbliche Inhaber ihrer Hufen, aber zins- und zehentpflichtig. Die Eroberungen, die das junge Staatswesen im Laufe des 12. und 13. Jahrhunderts machte, waren nur bei den Machtmitteln und den reichen Einkünften möglich, wie sie die askanischen Markgrafen in ihren Händen vereinigten.

Gegen Ende des 13. Jahrhunderts beginnt eine Umgestaltung der Besitzverhältnisse, die eine Verschiebung der Gewalten im Staatswesen zur Folge hat.

Die Vermehrung des kirchlichen Besitzes, die Veräußerung landesherrlicher Regierungsrechte zu gunsten der Städte und Grundbesitzer, die mehrfach erneuten Landesteilungen haben die markgräfliche Gewalt so weit geschwächt, daß ihr außer der obersten Gerichtsbarkeit nur die Aufsicht über die Lokalgewalten blieb. Aber auch dieser wußten die märkischen Stände unter Benutzung der finanziellen Bedrängnis ihres Landesherrn sich zu entziehen und Einfluß auf die Verwaltung der Territorien zu gewinnen.

Erst mit dem Einzuge der Hohenzollern beginnt ein Rückschlag. Die drei ersten Kurfürsten waren erfolgreich bemüht, durch Demütigung des Raubadels den Landfrieden zu sichern, die städtische Autonomie der kurfürstlichen Aufsicht zu unterwerfen und die Unsitte der Erbteilungen abzustellen (Achillea dispositio).

Aber nach wie vor blieb der größte Teil des Landes dem Kurfürsten nur mittelbar unterworfen. Die landesherrlichen Be-

<sup>1)</sup> Wohlgedichteten Stoff bietet auch Jastrow, Geschichte des deutschen Einheitsraumes und seiner Erfüllung.

fehle wurden in den Städten durch die Zwischeninstanz des Magistrats, auf dem Lande durch die Grundherren den Unterthanen übermittelt. Das Heerwesen war nichts weniger als einheitlich. Noch bestand das alte Lehensheer, daneben das Defensionswerk, das im Falle eines Angriffskrieges zur Landesverteidigung aufgeboten wurde. Endlich stand dem Landesherrn das Recht zu, selbst Truppen in Sold zu nehmen.

Eine Stärkung der Gewalt des Landesherrn war dauernd nur auf einem Wege zu erreichen, wenn es gelang, ihn durch eine Neugestaltung der Finanzen von den Ständen unabhängig zu machen. Dieser Weg wurde unter Joachim I. betreten. Grundgesetz für die städtische Verwaltung, Einführung des römischen Rechts, Erlaß der Kammergerichtsordnung, Erweiterung des Domänenbesitzes (Säkularisationen), Begründung der „Bierzieße“ sind Momente der Erstärkung der landesherrlichen Gewalt.

Aber die Bedürfnisse der Hofhaltung, die sich infolge der Entwertung der Edelmetalle und einer schlechten Wirtschaft (Joachim II.) gesteigert hatten, nötigten die Kurfürsten, sich wieder an die Stände zu wenden, die zwar neue Steuern, eine direkte „den Hufenschuß“, und einen „Zuschlag zur Bierzieße“ bewilligten, diese jedoch in eigene Verwaltung nahmen. Teuer genug war die Beihilfe der Stände erkaufte worden. Dem Adel werden seine gutherrlichen Rechte über die Bauern durch Landtagsbeschlüsse bestätigt und erweitert (1572). Auch sollte in allen Sachen „darin des Landes Gedeih und Verderben gelegen“ ihr Rat eingeholt werden.

Die Einheit des Staatswesens stellte sich lediglich in der Person des Kurfürsten dar. Es bedeutete einen entscheidenden Schritt zum Bruche mit dem ständischen System, daß durch die Gründung „des Geheimen Staatsrates“ (1605) dem Bedürfnis nach einer gemeinsamen Staatsbehörde abgeholfen wurde.

## XVI. Der Große Kurfürst.

Ausgangspunkt der Darstellung sei der Aufenthalt des jugendlichen Prinzen in den Niederlanden, dem dieser die Kenntnis eines hochentwickelten Ackerbaues, einer blühenden Industrie und eines die Welt umfassenden Handels zu danken hatte. Die Schüler müssen



die Staatskunst und Energie bewundern lernen, mit der er die weit auseinanderliegenden, bisher nur durch Personalunion vereinigten Territorien zu einem einheitlichen Staate verband, den Feudalismus beseitigte oder doch brach und den Adel der fürstlichen Souveränität dienstbar machte.

Das Werkzeug, dem er seine Erfolge zu danken hatte, war das stehende Heer („miles perpetuus“), wie der Staat selbst, die eigenste Schöpfung des großen Kurfürsten. Die erforderlichen Mittel zur Anwerbung und Besoldung des Heeres gewährte eine feste Steuer.<sup>1)</sup> Die bisherige Steuer war die Kontribution (Grundsteuer und Vermögenssteuer). Diese blieb auf dem platten Lande, in den Städten wurde sie durch die „Accise“ ersetzt, ein System indirekter Steuern, das sich bald bewährte, und das neben den Domänen die feste Basis des Staatswesens bildete. Steuern und Armee wurden die Grundlage der absoluten Monarchie. „Die Bedeutung der Stände war gebrochen. Sie wurden nicht abgeschafft, aber sie kamen außer Gebrauch und wurden allmählich vergessen. Der Kurfürst war jetzt Herr und Souverän ohne ständische Schranken.“ — Nicht gutwillig hatten die Stände nachgegeben. Hier und da mußte ihr Widerstand gewaltsam niedergeschlagen werden, und auf sozialem Gebiete räumte ihnen Friedrich Wilhelm die wichtigsten Rechte ein: „Der Landadel erhielt nach unten hin eine fast vollständige Herrschaft über den Bauernstand.“<sup>2)</sup>

Der Gr. Kurfürst hatte einen scharfen Blick für die wirtschaftlichen Aufgaben des Staates. Seine Bemühungen sind von der Absicht geleitet, die natürlichen Hilfsquellen des Landes zu erschließen und seine Ertragsfähigkeit zu steigern. In der Überzeugung, daß der Ackerbau eine Quelle des Wohlstandes sei, wandte er seine Aufmerksamkeit der Bodenkultur zu. Infolge der Verheerungen des Krieges lagen viele Äcker wüst. Die Entvölkerung des Landes nötigte ihn, Kolonisten aus Holland heranzuziehen. Anpflanzung

<sup>1)</sup> L. v. Ranke, Zwölf Bücher preuß. Gesch. I, S. 280, dem lehrreiche Einzelheiten auch über das holländische Vorbild zu entnehmen sind. Die Unterscheidung der doppelten Verwaltung der Steuer in Generalkommissariat und Domänendirektorium werden zweckmäßiger mit der Neuordnung der Verwaltung unter Friedrich Wilhelm I. in Verbindung gebracht.

<sup>2)</sup> Maurenbrecher, Königtum und Verfassung in Preußen S. 9. 10.

von Obstbäumen, Anbau der Tabakpflanze, Verbesserung der Viehrasse. Schutz gegen die Versuche der Großgrundbesitzer, den kleinen Bauernstand zu „legen“.

Auf dem Gebiete des Gewerbes und Kunstfleißes entfaltete der Kurfürst eine durchgreifende Thätigkeit. Da der Krieg allen selbständigen Unternehmungsgeist gelähmt hatte, war allenthalben staatliche Anregung und Hilfe notwendig. Diese erfolgte durchaus im Sinne des Merkantilismus. Anlegung von Fabriken, Einführung fremder Industrien, Herbeiziehung ausländischer Gewerbetreibenden, Verteilung von Prämien an fleißige und geschickte Handwerker und insbesondere das Edikt von Potsdam und die Aufnahme der französischen Hugenotten sind unter diesem Gesichtspunkte zu betrachten. Das Aufblühen der Städte wurde auch durch die Einführung der Aecise gefördert, die die Befreiung des städtischen Grundbesitzes und Entfesselung der Bauhätigkeit zur Folge hatte.

Dem Handel kam die Erleichterung des Verkehrs zugute. Diese betraf einmal den binnenländischen Verkehr, indem Friedrich Wilhelm Lippe und Ruhr schiffbar machte, das Oder- und Elbe-Gebiet durch den Friedrich-Wilhelm-Kanal verband und eine Posteinrichtung zwischen Cleve und Königsberg traf, sodann den Seeverkehr, indem er durch Stiftung von Handelsgesellschaften, durch Begründung einer Marine, durch Erwerbung von Kolonien dem preußischen Volke Anteil am Welthandel zu verschaffen suchte.

„Pro populo et deo war die Devise seines Lebens.“<sup>1)</sup>

## XVII. Friedrich Wilhelm I.

Der wirtschaftliche Niedergang Preußens unter seinem ersten Könige wird passend beleuchtet durch seines Sohnes eigene Worte „über den Zustand des Staates, wie er ihn übernommen“. (Mauke, a. a. O. II, S. 160.)

Die Schöpfung des Gr. Kurfürsten hat sein Enkel vollendet. Sein Hauptverdienst liegt auf dem Gebiete militärisch-administrativer Reformen, die in ihren Grundlinien schon auf der

<sup>1)</sup> Vgl. Zurbonsen, Quellenbuch n. 134, „des Gr. Kurfürsten Verdienste um den Staat“.



Unterstufe zu zeichnen sind. Durch das Edikt vom 19. Januar 1723 wurden das Generalkommissariat und das Domänen-Direktorium in einer neuen Behörde, dem General-Ober-Finanz-Kriegs- und Domänen-Direktorium vereinigt und auch in den Provinzen die Kriegskommissariate mit den Amtskammern verbunden. Den Kammern wurden die Landräte und Amtleute, die Steuerräte und Magistrate der Städte untergeordnet. Damit war der bisherige Dualismus der Finanzverwaltung beseitigt. Ranke bemerkt, daß die Idee der Gesamtheit hiermit eine Art von Repräsentation bekam. Die Domänen, die unter Friedrich I. in Erbpacht gegeben waren, wurden fortan nur in Zeitpacht auf 6 Jahre vergeben und zu Musterwirtschaften gemacht.

Zur Steuerpflicht wurde auch der Adel herangezogen. Bis dahin waren die Lehnsgüter von allen Lasten frei, die Stellung des Lehnspferdes längst bedeutungslos. Jetzt wurden die Lehen gegen eine jährliche Grundsteuer in Allodien verwandelt (40 Thaler für jedes Lehnspferd), während gleichzeitig eine Hufensteuer in Ostpreußen eingeführt wurde.<sup>1)</sup>

Gegenüber der Landwirtschaft, die das wirtschaftliche Fundament des Staates bildete, setzte Friedrich Wilhelm die Politik seines Großvaters fort. Preußen und noch mehr Litthauen waren zu Beginn seiner Regierung ein nahezu ausgestorbenes Land. Großartige Kolonisation: Ansiedlung von 37 000 Kolonisten (20 000 evangelische Salzburger). An 60 000 Hufen, 12 Städte, 332 Dörfer und 49 Domänen angebaut. Weite Moorstrecken in den Marken wurden entwässert und brachten reiche Erträge. Für den Oderbruch waren die gleichen Arbeiten vorbereitet. Ein Gegenstand besonderer Sorge war ihm die Erhaltung des kleinen Bauernstandes. Er ließ die Kataster aus der Zeit vor den Verwüstungen des 30 jährigen Krieges (Normaljahr 1624) nachsehen, die Zahl der Hufen und Bauernstellen aufzeichnen und veranlaßte ihre ungesäumte Besetzung. Sein Wunsch, die Erbunterthänigkeit ganz zu beseitigen, scheiterte an der Ungiltigkeit des Bauernstandes und dem leidenschaftlichen Widerspruch

<sup>1)</sup> „Grundgesetz über die Einrichtung der Verwaltung und Kundentscheid gegen die Vorstellung der ostpreussischen Ritterschaft“ dürfte nach Burbonen, a. a. O. n. 147 und 152, mitzuteilen sein.

des Adels. Aber wenigstens in den Amtsdörfern befreite er die Bauern von der Hörigkeit und schützte die Gutsunterthanen durch strenge Edikte vor roher Vergewaltigung seitens der Beamten und Grundherren. In den Hungerjahren ließ er seine Magazine öffnen, um den Dürftigen billiges Brot und zur Ausfaat Korn zu schaffen. Den Preisschwankungen suchte er durch Festsetzung eines Minimal- und Maximalpreises zu steuern. „Es waren Anfänge zu dem größten Werke des Jahrhunderts; nach dem Drucke und der Nacht von Jahrhunderten begann es für die ländliche Bevölkerung zu tagen. An der Hand des Königtums begann sich der Bauernstand aufzurichten.“<sup>1)</sup>

Seine Gewerbepolitik ist merkantilistisch. Er förderte auf alle Weise die Anlegung von Manufakturen („Sie seien ein rechtes Bergwerk“) mit der Begründung, daß dadurch viele armen Leute ihr Brod haben könnten. Die Wollausfuhr war sogar unter Umständen mit dem Tode bedroht, damit nicht dem einheimischen Gewerbe das Schlechteste übrig bleibe. Aus demselben Grunde waren Beamte und Offiziere streng gehalten, nur einheimische Stoffe zu tragen. „Wenn die Armee außer Landes geht, so wird das Gewerbe und die Erträge der Städte merklich verlieren.“ Organisation und Kontrolle der gewerblichen Arbeit durch den Staat, wie in Frankreich unter Colbert. „Tuch-, Zeugmacher- und Schauordnung vom Jahre 1723.“ Regelung der Niederlassung der Handwerker auf dem Lande. Die Manufakturen gewannen immer größeren Absatz auch nach dem Auslande und „brachten Geld ins Land.“<sup>2)</sup> Ergebnis: Die Werte der Güter waren unter dieser Regierung stetig gestiegen, die städtische Bevölkerung war stetig gewachsen. Hatte diese in den Marken im Jahre 1713 gegen 100 000 Seelen gezählt, so war sie bis 1739 auf 206 000 gestiegen (Droysen).

Dem Handel kam die Verbesserung des Postwesens, die Einführung eines einheitlichen Maß-, Münz- und Gewichtssystems sowie die Gewinnung der Odermündung zugute. Dagegen verzichtete er mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage seines Staates auf die Durchführung der überseeischen Pläne seines Großvaters.

<sup>1)</sup> J. G. Droysen, Geschichte der preussischen Politik. IV, 2, S. 418.

<sup>2)</sup> Der Unterschied von Geld und Kapital könnte auch bei dieser Gelegenheit erörtert werden.



„Der König, der den Hungernden seine Magazine öffnen ließ, hat nicht gezweifelt, daß er ebenso die Kinder seiner kleinen Leute geistig nicht dürfe verhungern lassen“ (Dr.). Durch eine generelle Verordnung vom 23. Oktober 1717 wurde der Schulzwang eingeführt und durch spätere Edikte verschärft. Seinem Staate ein „beständiges und ewiges Landrecht“ zu geben, war ein Lieblingsgedanke seiner letzten Jahre. Er hat das große Werk begonnen, das unter der folgenden Regierung zum Abschluß gelangte.

Friedrich Wilhelm, der Schöpfer der preußischen Verwaltung, ist auch der Erzieher des preußischen Beamtenstandes. Hatte der Gr. Kurfürst den Landadel in den Dienst des Staates gezwungen, so hat sein Enkel in ähnlicher Weise Angehörige des Mittelstandes zur Thätigkeit für das öffentliche Wohl gewonnen und zur Pflichttreue nicht zum wenigsten durch sein eigenes Beispiel erzogen.

Mit dem Gedanken des Schulzwanges hat er denjenigen der allgemeinen Wehrpflicht seinem Staatswesen eingepflanzt. Das Kantonalreglement des Jahres 1733 verkündete den Grundsatz der allgemeinen Dienstpflicht. Aber thatsächlich blieb sie (infolge der gemachten Einschränkungen) auf das platte Land beschränkt, und die Hälfte der jährlichen Rekrutierungen wurden durch Werbungen außerhalb Preußens beschafft. Dem Adel wurde der Eintritt in das Offizierkorps zur Pflicht gemacht. Derselbe Gutsherr, dem der Bauernsohn daheim gehorchte, war in der Garnison und im Kriege sein Vorgesetzter.

So bildete sich ein festes, fast traditionelles Verhältniß der Stände aus.

Die heutige Forschung hält Friedrich Wilhelm I. für den aufgeklärtesten Volkswirt seiner Zeit. Weil er das beste Verständniß für alle wirtschaftlichen Fragen besaß, konnte er das wirtschaftliche Leben seiner Unterthanen zu reicher Entfaltung bringen. Die Gewaltsamkeit, mit der er in die Rechte der Einzelnen eingriff, entsprang nicht nur seinem Wesen. Unumschränkter Herr zu sein, hielt er für eine Pflicht, für deren Erfüllung er Gott verantwortlich sei: „Ich bin König und kann thun, was ich will“. Für ihn verstand es sich aber von selbst, daß er nur das wollen dürfe, was mit dem Wohle des Volkes zusammenfiel. Einige Beispiele! (Zurbonsen n. 145.) „Die Spuren, die die Weisheit seiner Regierung im Staate hinter-

lassen hat, werden dauern, solange Preußen als nationaler Körper besteht. Wenn es wahr ist, daß man den Schatten der Eiche, unter der man ruht, der edelen Eichel dankt, aus der sie erwachsen ist, so wird jeder zugestehen, daß in dem arbeitsamen Leben, dem weisen Walten dieses Fürsten sich die Grundlage der Blüte finde, deren sich das königliche Haus nach seinem Tode erfreut hat.“ So urteilte der Sohn über die Regententhätigkeit des Vaters.

### XVIII. Friedrich II.

Friedrich II. tritt die Regierung an, erfüllt von den Ideen der Aufklärung. Diese sieht das Ziel aller Regententhätigkeit in der humanen Pflege des Volkswohles („Alles für das Volk, nichts durch das Volk“). Seine Maxime: „Le prince n'est que le premier serviteur de l'État obligé d'agir avec probité, avec sagesse et avec un entier désintéressement comme si à chaque moment il devait rendre compte de son administration à ses citoyens.“ Er hat sich wie sein Vorgänger als den ersten und thätigsten Arbeiter im Dienste des Gemeinwohls bewährt.

Es empfiehlt sich zunächst, die äußere Geschichte dieses Zeitalters bis auf die erste polnische Teilung herabzuführen und dann nach den angegebenen sachlichen Gesichtspunkten den Lehrstoff zu gliedern.

Verfassung und Verwaltung im Staate Friedrichs d. Gr. bleiben im wesentlichen, wie sie sein Vorgänger geschaffen hat. Die einschneidendsten Reformen, die er auf diesem Gebiete vornahm, hatten nur den Zweck, zur Heilung der Wunden des Krieges und zur Aufrechthaltung des bewaffneten Friedens neue Geldquellen zu erschließen. Aus dem Patent vom 14. April 1766 über die Neuordnung des Zoll- und Acciswesens und dem Accisetarif vom 4. Juli 1769 sind auf der Oberstufe folgende Gesichtspunkte mitzuteilen:

1. Errichtung staatlicher Grenzzölle mit vielen Einfuhrverboten;
2. die Accise, die bisher blos Fleisch, Brot, Bier, Wein und Branntwein betroffen hatte, wurde auf eine Menge von Fremd- und Luxuswaren ausgedehnt;
3. Tabak, Kaffee und Salz wurden Gegenstand eines Staatsmonopols;



4. im Interesse der armen Leute blieben das Getreide, Schweinefleisch und Nachbier steuerfrei.

Die Ausführung der Reform und die Verwaltung der neuen Erträge wurden einer eigenen Behörde der „Generaladministration der Königlichen Gefälle“ (Regie) übertragen, die vom Generaldirektorium durchaus unabhängig war. Da der König in die höheren Stellen dieser Behörde lauter Franzosen (etwa 200) berief, so wurde die neue Einrichtung von dem Hasse des Volkes verfolgt, was der Sache selbst schädlich geworden ist. Trotz der Unvollkommenheit, die seinem Steuersystem anhaftete, war Friedrich mit dem Gesamtergebnis zufrieden. Die Besteuerungsmittel, die er anwandte, waren zu jener Zeit allgemein im Gebrauch. Sie entsprachen den Grundsätzen des Merkantilsystems. Nur in Preußen war die Durchführung streng und stetig, nur hier wurden ihre Erträge ausschließlich im Interesse des Staates verwandt.

Beschützung und Förderung des Bauernstandes war eine der überkommenen Aufgaben des preussischen Staates. Bestimmungen über Jagd und Wildschaden, Verminderung der Fronen, das Verbot des „Bauernlegens“ waren Maßnahmen, die dem kleinen Besitz zugute kamen. Im Einklang mit den philosophischen Theorien seiner Zeit hätte er am liebsten das Abhängigkeitsverhältnis der Bauern von den Gutsherren völlig aufgehoben. Er nahm aber doch von so einschneidenden agrarischen Reformen Abstand, als er sich überzeugte, eine wie gewaltige materielle Schädigung dem durch den Krieg erschöpften Adel daraus erwachsen werde.

Nach dem Hubertusburger Frieden befanden sich die Provinzen in einem Zustande der Verwüstung, wie Brandenburg am Ende des dreißigjährigen Krieges.<sup>1)</sup> Das Werk „des Neubaus“, das der König ohne Verzug in die Hand nahm, ist eingehend vorzuführen. Mit den Fonds der Kriegskassen wurden Dörfer und Städte wieder aufgebaut, aus den Magazinen Massen von Getreide entnommen, um das Volk zu ernähren und die Saaten zu bestellen. Die Bespannung der Geschütze, der Pack- und Proviantwagen fanden Verwendung beim Ackerbau. Schlessien wurde auf 6 Monate, Pommern

<sup>1)</sup> Aus Duden, a. a. O. II. S. 20, dem ich hier gefolgt bin, ist die „Brachstelle“ aus den Denkwürdigkeiten des Königs mitzuteilen.

und die Neumark auf 2 Jahre von der Kontribution befreit. Im ganzen wurde eine Summe von 20 389 000 Thaler zur Entlastung der Provinzen flüssig gemacht.

Auf dem Gebiete der Landeskultur hat Friedrich eine wahre Riesearbeit verrichtet. „Waldnisse zu roden, Sümpfe zu trocknen, Sandwüsten in Saatsfelder, Brüche in fruchtbares Ackerland zu verwandeln, auf neugeschaffenem Erdreich fleißige Menschen anzusiedeln und armen Leuten Arbeit und Wohlstand zu verschaffen, das war seine Lieblingsbeschäftigung in den Friedensjahren gewesen, die dem siebenjährigen Krieg vorangegangen waren; eben diese Thätigkeit hat er 1763 mit gesteigertem Eifer wieder aufgenommen und im Jahre 1772 war ihm mit der Erwerbung von Westpreußen ein Arbeitsfeld eröffnet, das mit der Fülle seiner Aufgaben und dem Chaos seiner Schwierigkeiten wohl geeignet war, selbst seinem Schöpferdrang genug zu thun“ (Ducken, S. 529.)

Die außerordentlichen Hülfeleistungen, die der Neumark und Hinterpommern zuteil wurden, die Entwässerung des Warthe- und Netzebruchs, die großartige Kolonisation von Westpreußen und nicht zu vergessen die Thätigkeit des Geheimen Finanzrates von Brenkenhof dürften in der Ausführlichkeit, in der Ducken (S. 532 ff.) sich darüber verbreitet, auch auf der Schule darzustellen sein. Lehrreich ist der Bericht der Bromberger Regierung vom Jahre 1773 „über den Zustand, in dem Preußen das Land überkam“ (Ducken a. a. O.). Man hat berechnet, daß bis zum Jahre 1786 an 300 000 Neubürger angesiedelt, gegen 900 Dörfer gegründet und etwa 70 Quadratmeilen urbar gemacht wurden. Diese gewaltige Arbeit hatte eine Aufwendung von 20 Millionen Thaler erfordert. — Einführung neuer Kulturen. Anbau der Kartoffel und des Maulbeerbaums.

Auch die Industrie hat dem Eingreifen des Königs viel zu danken. Einer neu gegründeten Abteilung des Gewerbe direktoriums stellte er die Aufgabe, die bereits bestehenden Manufakturen zu verbessern und noch fehlende Zweige einzubürgern. Departement für Post-, Kommerzien- und Manufaktur sachen (1768) als Realdepartement für den ganzen Staat eingerichtet; ebenso ein Bergwerks- und Hüttendepartement. Schutzzölle und Einfuhrverbote. Unterstützung von Fabrikanten und Einführung neuer Industrie-



zweige. Herbeiziehung ausländischer Arbeiter (für Sammet, Seide) und Erlaß technischer Vorschriften für die Weberei. Als typisches Beispiel der Staatshilfe kann die Gründung der ersten Sammetfabrik in Berlin nach Genueser Art durch J. E. Gogfowsky nach Dncken II. S. 517 etwas eingehender behandelt werden. Die Erleichterung des Binnenverkehrs durch den Ausbau eines großen Kanalsystems zwischen Elbe, Oder und Weichsel, die Regulierung der Odermündung, die Gründung einer asiatischen Handelskompagnie (Emden), die Einrichtung der Bank zu Berlin und von acht Zweigbanken in den größten Städten sind unter dem Gesichtspunkte einer durchgreifenden Staatshilfe zu betrachten.

Auf dem Gebiete des Rechtes knüpfte Friedrich an die Reformen, die sein Vorgänger eingeleitet hatte, gleich nach seinem Regierungsantritt an. Schon 1740 schaffte er die Folter ab, 1748 erschien der codex Fridericianus, der die neue Gerichtsordnung enthielt (Cocceji). Die Rechtspflege ward völlig von der Verwaltung getrennt und nur wissenschaftlich befähigten Männern übertragen. Friedrich II. ist der Schöpfer des preussischen Richterstandes. Die Rechtseinheit brachte er der Verwirklichung nahe. Das „preussische Landrecht“ (1784 fertig, 1794 veröffentlicht) sollte ein einheitliches Recht an die Stelle der Rechtszersplitterung setzen. In vielen einzelnen Gesetzen waltete der Geist einer humaneren Auffassung, wie sie von den Theoretikern der Aufklärung vertreten wurde. Gleichheit der Unterthanen vor dem Gesetz. Der König unter dem Gesetz. Preußen ein Rechtsstaat. Der König der Anwalt der Armen und Gedrückten.

Die Pflege der Volksbildung lag ihm um so mehr am Herzen, als er von dem Zusammenhange von Bildung und Wohlstand überzeugt war.<sup>1)</sup> Höheres Schulwesen (Minister v. Zedlitz. General-Land-Schulreglement vom 12. August 1763.)

An der überlieferten Gliederung der Stände hat Friedrich II. nichts geändert. Am wenigsten dachte er daran, das vom großen Kurfürsten geschaffene Verhältnis des Adels zum Staate zu beseitigen. „Ich brauche ihn“ äußerte er, „für meine

<sup>1)</sup> Wie bei Rämmele, Grundzüge der neuen Geschichte S. 174.

Armee und Staatsverwaltung". Die Armee auf 200 000 Mann gebracht, meist geworbene Leute, blieb der Grundpfeiler des Staates.

Der König verwaltete den Staat wie ein ihm gehörendes Gut. Seine Unterthanen hatten sich gewöhnt, alles fertig aus seiner Hand entgegenzunehmen. Zur Weckung ihrer Selbständigkeit that er nichts. Die Vorzüge und Schwächen der preussischen Monarchie hat niemand klarer erkannt als Mirabeau; aus seinem Buche „de la monarchie Prussienne“ werden geeignete Abschnitte mitgeteilt (vgl. Zurbonjen, a. a. O.) Er forderte für den preussischen Staat eine neue wirtschaftliche Grundlage, Abschaffung der Reste der Feudalität, Aufgeben des Merkantilsystems, Erleichterung der Last des stehenden Heeres, das zum großen Teil aus Fremden gebildet, eine unzuverlässige Stütze geworden war.<sup>1)</sup>

Friedrich II. ist ein Vorbild für andere deutsche Herrscher. Das Nähere bleibt der Oberstufe vorbehalten. In den außerpreussischen Territorien geschah in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mehr, als man gewöhnlich annimmt. In Sachsen regierte im Sinne des aufgeklärten Absolutismus Friedrich August der Gerechte, in Hessen-Kassel Friedrich II., in Baden Karl Friedrich, in den rheinischen Erzstiften die letzten Kurfürsten, namentlich Clemens Wenzel in Trier und Max Franz, Josephs II. Bruder in Bonn. Emmerich Joseph und Karl Joseph von Erthal in Mainz, Franz Ludwig von Erthal in Würzburg und Bamberg. An vielen Stellen Deutschlands waren segensreiche Keime ausgestreut, die in den Wirren der französischen Revolution zerstört oder durch andere ersetzt wurden.

### XIX. Maria Theresia und Joseph II.<sup>2)</sup>

Die Berücksichtigung der Förderung des Volkswohlstandes in Österreich unter Maria Theresia und Joseph II. darf auf der Oberstufe ziemlich eingehend sein. Die Lehrpläne fordern ja die Durchnahme der sozialpolitischen Maßnahmen der europäischen

<sup>1)</sup> Vgl. L. Häusser, Geschichte der französischen Revolution. Herausg. von Ouden. 2. Aufl. Berlin 1877. S. 105.

<sup>2)</sup> In der Allgemeinen Deutschen Biographie Bd. XX. S. 340 ff.



Kulturstaaen während der beiden letzten Jahrhunderte. Maria Theresias staatskluges Walten, insbesondere die Ordnung der Verwaltung, der Rechtspflege und der Finanzen, wird am besten nach v. Arneth dargestellt. Im Gegensatz zur Mäßigung seiner Mutter verfuhr Joseph II. hastig und übereilt, verletzte hergebrachte Rechte von Ständen und Nationalitäten und rief dadurch große Verwirrung hervor. Dazu kam, daß für so einschneidende Reformen die Zustände in Österreich zu wenig vorbereitet waren.

Der Unterricht kann hier zeigen, „daß der Monarch, dessen Ziele die edelsten waren, diese nicht erreichte, weil er sich der ewigen Wahrheit verschloß, daß man einen Staat nicht nach philosophischen Ideen konstruieren kann, daß selbst die vernünftigsten und wohlthätigsten Reformen ihr Ziel verfehlen, wenn sie nicht in Übereinstimmung mit dem Volke zustande kommen, dem sie frommen sollen. Zu seiner redlichen Absicht, Übeln zu steuern, hat er es außer Acht gelassen, daß die Willkür, mit der es geschah, selbst als ein Übel empfunden wurde.“<sup>1)</sup> Friedrich d. Gr. hat einmal von ihm gesagt, er pflege den zweiten Schritt zu thun, ehe der erste gethan sei.

Im einzelnen kommen jedenfalls die Herstellung einer größeren Einheit der Verwaltung, die Regelung des Verhältnisses der Grundherren zu den Bauern, die Säuberung des Beamtenstandes, die Aufhebung der Folter, das Toleranzpatent und die Pflege der Künste (Musik) zur Sprache.

Auch das verdient hervorgehoben zu werden, daß seine wirtschaftlichen Anschauungen nicht mehr ausschließlich merkantilistisch waren, sondern die Förderung des Ackerbaues, die Freiebung des Verkehrs im Innern, den Einfluß der neuen Wirtschaftslehre (den Physiokratismus) zeigten.

## XX. Die französische Revolution.

Die französische Revolution ist wegen des gewaltigen Einflusses, den sie auf die ganze geschichtliche Entwicklung der Folgezeit gehabt hat, mit aller auf der Schule statthafter Genauigkeit zu behandeln. Die Grundlinien ihres Verlaufs sind schon in der

<sup>1)</sup> A. Journer, in der Allgemeinen deutschen Biographie. Bd. XIV. S. 542 ff.

Untersekunda festzulegen. Wie ihre Kenntnis grundlegend ist für das Verständnis der politischen Schöpfungen der Neuzeit, so kann sie eine reiche Fundgrube gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Belehrungen werden, wenn der Lehrer an die Ergebnisse der Forschung H. Taines anknüpft, wie sie in dem epochemachenden Werke „les origines de la France contemporaine“ niedergelegt sind.

Von der vaterländischen Geschichte kann mit der Bemerkung ausgegangen werden, daß einige der politischen Gedanken, die durch die Revolution Gemeingut der europäischen Staaten geworden sind, in Preußen und einigen anderen deutschen Staaten teils durchgeführt, teils der Verwirklichung nahe waren. Für Preußen kommen namentlich in Betracht die Rechtsgleichheit und die Beschränkung der Herrenrechte des Adels.

Bei Betrachtung der Zustände unter dem „ancien régime“ ergeben sich von selbst vier Hauptgesichtspunkte:

1. Das Verhältnis der Stände.
2. Die Zerrüttung der Finanzen.
3. Die Opposition der Litteratur.
4. Die Schwäche der Regierung.

Die privilegierten Stände (Adel und Geistlichkeit) zählten ca. 300 000 Köpfe von 24 Millionen. Diese genossen Rechte und Vorteile, der dritte Stand hatte nur Lasten und Pflichten. Die Privilegierten zahlten an Steuern mindestens ein Fünftel weniger, als eine gerechte Verteilung erfordert hätte. Sie besaßen zwei Drittel von Grund und Boden des Landes und übten die Gerichts- und Polizeigewalt über die Gutsunterthanen aus.

Die Bauern setzten sich aus Leibeigenen, gedrückten Pächtern und freien Besitzern winziger Parzellen zusammen, die etwa ein Drittel des Bodens ausmachten. Nach Taines Untersuchungen blieb den Bauern, wenn Staat, Kirchen und Grundherren ihre Quote empfangen hatten, von dem Ertrage ihrer Äcker niemals mehr als die Hälfte und oft stiegen die Abgaben bis zu 80 pCt. ihres Einkommens. Der ganze Stand versank in Noheit, Schmutz und dumpfe Gleichgiltigkeit. Am meisten hatte er unter dem Drucke der Taille zu leiden, die auf dem Lande willkürlich und nur in den Städten nach einem Tarif erhoben wurde. Wie diese wurden die Waren



gefälle (les traites), die Tranksteuer (les aides) und die Salzsteuer (les gabelles) an den Meistbietenden verpachtet und durch die Beamten der Pächter gewaltsam eingetrieben. Die Gabelle war wegen der Ungleichheit der Belastung und der Willkür der Erhebung geradezu eine Landplage. In den Provinzen, wo es keine Salinen gab, herrschte die große Gabelle, d. h. die Verpflichtung, jährlich für jede über 7 Jahre alte Person Salz zu einem übermäßigen Preise zu kaufen. Dieses Salz durfte nur zum Kochen und bei Tisch gebraucht werden. Täglich wurden Leute, die zu arm waren, Brot zu kaufen, gepöndelt, weil sie kein Salz kauften. In den Ländern, wo es Salinen gab, war das Salz sehr wohlfeil, aber hier war es streng verboten, mehr zu kaufen, als man für den eigenen Bedarf nötig hatte. An 23 000 Bedienstete sorgten dafür, die Quälereien durchzuführen, die mit den Aides und Gabelles verbunden waren, und ein Drittel sämtlicher Sträflinge des Reichs waren Salzfreier. Adel, Klerus und Magistrate waren auch von der Salzsteuer frei. Der kleine Mann war „das Saumtier der Gesellschaft.“<sup>1)</sup>

Die höheren Kreise des Bürgerstandes waren auch vom Merkantilismus begünstigt. Der Mittelstand war mit Steuern schwer belastet und in seiner freien Bewegung durch ein erstarrtes Zunftwesen gehindert: „Frankreich zerfiel in zwei Welten, die ohne gemeinsame Interessen, durch Verachtung und Haß geschieden, nebeneinander dahinlebten, eine kleinere des Reichtums und Genusses, der Bildung und des Geschmacks und vor allem des glänzenden Müßigganges, eine größere der Armut und des Elendes, der Unwissenheit und Rohheit, und vor allem der immer tiefer um sich fressenden Erbitterung. Ein Zustand, wie er bei keiner Nation des christlichen Europa bis dahin vorgekommen war.“<sup>2)</sup> Von wenigen Ausnahmen abgesehen, fehlte es durchaus an einer thätigen Sorge der höheren Klassen für die niederen.

Die Litteratur war seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts

<sup>1)</sup> Vgl. Duden, a. a. O., der recht ausgiebig und lehrreich die Schriften von Bauban, über den Königszehnten und von Boisguillebert, *Détail de la France* verwerthet. Auch R. Mahrenholz, *Geschichte der ersten französischen Revolution*, Leipzig, C. Wigand, 1888. (I. Das alte Régime) wird dem Lehrer gute Dienste thun.

<sup>2)</sup> H. v. Sybel, *Kleine historische Schriften*, III, S. 239.

oppositionell, sie war beherrscht von den Grundsätzen der Aufklärung, sie vertrat die Ideen von den allgemeinen Menschenrechten, von der Freiheit des Individuums in Leben, Staat und Kirche, zerstörte die Überlieferung und nährte den Geist der Unzufriedenheit. Montesquieu, Voltaire (die Encyclopädisten) und Rousseau sind ihre Wortführer. Allenthalben in Europa hatten ihre Lehren zu gunsten des Volkes auf das Staatsleben Einfluß gewonnen, zum wenigsten in dem Lande, von dem sie ausgegangen waren, und dessen Adel und Bürgertum sich mit ihrem Geiste erfüllt hatte. Von den Theorien, die die Aufklärer predigten, gewann eine den größten Einfluß auf die Massen: die Lehre von der Volkssouveränität, wie sie J. J. Rousseau entwickelte.

Das Wesentlichste dürfte nach Taine das folgende sein: Nachdem die Aufklärung die Tradition zerstört hatte, ergriff Rousseaus Idee von den leeren Köpfen Besitz. Ausgehend von der Ansicht, daß alle Menschen von Natur gut und gleich seien und nur die Gesellschaft sie verdorben habe, kam man zu der Schlußfolgerung, daß eine Besserung der Zustände möglich sei durch Rückkehr zur Natur, durch Auflösung des Gesellschaftsvertrages und Neuorganisation des Eigentums. Aus der Gleichheit der Menschen folgten ihre unveräußerlichen Rechte: Freiheit, Gleichheit, Vernunft, Gesellschaftsvertrag. Der dritte Stand sei das Ganze des Staates. Ihm komme alle Gewalt zu. „Er, der nichts ist, wird alles sein.“ — „Diese Gesamtheit ist allmächtig. Kein Gesetz bindet ihren Willen, denn dieser Wille ist der Quell aller Gesetze. Kein König, keine Behörde, kein Vornehmer steht über ihr; jeder einzelne ist nur berechtigt, soweit und solange er eine Vollmacht von der souveränen Masse erhält. Nicht die Obrigkeit befiehlt dem Volke, sondern das Volk fordert Gehorsam von jedem seiner Beamten und wirft ihn hinweg, wenn er ihm nicht mehr gefällt.“<sup>1)</sup>

Die Schäden des Staatswesens lagen seit Jahrzehnten offen zu tage. Was that das Königtum, sie zu heilen? Es war verächtlich, entartet, schwach unter Ludwig XV., sein Nachfolger zeigte guten Willen und lenkte in die Bahn der Reformen ein. Längst hatte sich gegen die Einseitigkeiten des Colbertismus zu gunsten der

<sup>1)</sup> H. Sybel, a. a. D., III, S. 255.



ackerbautreibenden Klassen eine Gegenströmung erhoben. Man glaubte nämlich für das Wohl des Volkes besser zu sorgen durch vollständige Freigebung der Produktion und des Verkehrs als durch Beibehaltung der Beschränkungen des Merkantilsystems, das durch seine Ausfuhrprämien die Steuerzahler schädigte und durch seine Einfuhrverbote zum Schaden des Konsumenten die Preise verteuerte. Von seiner Vorliebe für die Naturgesetze heißt das neue System der Physiokratismus. Seine Anschauungen vertrat zuerst François Quesnay, der Leibarzt Ludwigs XV. („Pauvres paysans, pauvre royaume“). Zu den Physiokraten gehörten zahlreiche Mitglieder der Bureaucratie, die aus den wohlhabenden Familien des Bürgerstandes hervorgingen. Turgot, Intendant von Limoges, im August 1774 von Ludwig XVI. zur Ordnung der Finanzen berufen, hat die Grundsätze der Physiokratie zu verwirklichen versucht. Er begann sein Werk mit der Aufhebung der Leibeigenschaft auf den königlichen Gütern, der Beseitigung der Wegefronden und Getreidezölle. Aber ehe der große Minister die Hand an die Wurzel legen konnte, mußte er den Intriguen der Privilegierten weichen: „Dahin sind wir gekommen“, schrieb Turgot vor seiner Entlassung an den König, „ein Ministerium ohne Kraft und Einsicht, alle Geister in Gärung, die Parlamente verschworen mit allen Rabalen, ermutigt durch offenkundige Schwäche, die Einnahmen unter den Ausgaben, der heftigste Widerstand gegen eine unabweisbare Sparsamkeit“.<sup>1)</sup> Durch die Vereitelung der Reform wurde die Revolution heraufbeschworen.

Von der größten Bedeutung für die historische Bildung des Schülers ist die richtige Beantwortung der Frage, ob eine Reform überhaupt noch möglich war.<sup>2)</sup> Gewiß war sie möglich. Soziale Gebrechen gab es mehr oder weniger überall in Europa, auch in Deutschland befanden sich Bürger und Bauern in gedrückter Stellung. Aber die Überreste des Feudalismus sind hier ohne Revolution, ohne Bruch mit der Vergangenheit durch die Arbeit von Generationen überwunden worden. Auf diesem Wege war die soziale Frage auch

<sup>1)</sup> Duden, a. a. O. II, S. 610.

<sup>2)</sup> So pflegte A. Schaefer in seinen Vorlesungen über neuere Geschichte diese Frage zu stellen und zu beantworten.

in Frankreich zu lösen. Wie stand es mit der sittlichen Tüchtigkeit der Nation? Allerdings waren weite Kreise dem Atheismus oder der Bigotterie verfallen. Aber in den Provinzen und unter der niederen Geistlichkeit gab es genug fromme und ehrenwerte Leute. Der Opposition, die in der Litteratur alles Bestehende angriff, kann man, einige Ausnahmefälle abgerechnet, wahren Patriotismus nicht absprechen. Und wie warme Vaterlandsliebe in Frankreich vorhanden war, zeigt der Verlauf der Revolution. Auch waren nicht alle Adeligen so engherzig, ihre Privilegien um jeden Preis retten zu wollen; es gab noch Männer, auf die gestützt, eine weise und kräftige Regierung eine Reform hätte durchführen können. Der Not und Verarmung des Bauernstandes und der riesigen Schuldenlast müssen wir die unermesslichen Hilfsquellen Frankreichs entgegenhalten. Frankreich ist so reich und gesegnet, daß es nur der Befreiung des Bodens und der Gewerbe bedurfte, um bei billiger Verteilung des Landes eine neue Zeit des Wohlstandes herbeizuführen.

Aber der Regierung fehlte Einsicht und Festigkeit, und alle jene Übelstände wirkten ungebrochen zusammen, eine allgemeine Umwälzung herbeizuführen. Dazu kam, daß durch den Ausgang des nordamerikanischen Krieges den demokratischen Ideen mächtig Vorschub geleistet wurde, und der Hof infolge der berühmten Halsbandgeschichte den Rest seines Ansehens verlor. Als die Krone in der unheilbaren Finanznot den dritten Stand zur Teilnahme an der Reformarbeit aufrief, waren die Klassen erschöpft, die Regimenter unzuverlässig und zuchtlos, das Volk durch eine Hungersnot und durch die Reichstagswahlen in eine beispiellose Aufregung versetzt. In diesem Zusammenhang werden noch einmal die Theorien der Aufklärung und besonders die Lehre von der Volkssouveränität (Rousseau) charakterisiert.

Bei der Darstellung des Ganges der Revolution bleibt die Berücksichtigung ihrer sozialen Seite eine Hauptaufgabe für den Unter-richt. Der 4. August 1790 bezeichnet für Frankreich den Anfang einer neuen wirtschaftlichen Entwicklung. Gesetzlich aufgehoben wurden die Leibeigenschaft und alle bäuerlichen Lasten, die von der Leibeigenschaft herrührten, und zwar ohne Entschädigung der früheren Besitzer. Zwei Jahre später erfolgte das Verbot der Zünfte und aller korporativen Verbände. Der dritte Stand hatte den Staat



zum Herrn über das Eigentum erklärt, den Adel und die Geistlichkeit ohne Ersatz ihres Besitzes beraubt. An die Stelle eines faulen und morschen Staatsbaues trat die Herrschaft der Klubs und des Pöbels, an die Stelle der Kirche ein roher Atheismus, an die Stelle der Befestigung des öffentlichen Credits die Proklamierung des Staatsbankerotts.<sup>1)</sup> In der Verfassung des Jahres 1793 wurde der Versuch gemacht, nach Rousseaus Grundsätzen die herrschende Ungleichheit völlig zu beseitigen und „alle persönlichen Sonderleben zu gunsten des unumschränkten Gemeinwillens der Gesellschaft und seiner Organe zu unterdrücken“. Die Ueberspannung des Prinzips führte schon nach Jahresfrist einen Umschlag herbei. Robespierres Sturz am 9. Thermidor 1794 war ein Sieg der Besitzenden über die Besitzlosen, die Ausbeutung der Revolution zu gunsten des städtischen Proletariats auf Kosten der großen Grundbesitzer und der kleinen Bauern erreichte ihr Ende. Aber volle Sicherheit für Person und Eigentum, eine durchgreifende Organisation der Verwaltung, das Gleichgewicht der Finanzen, hat erst der Despotismus Bonapartes begründet. In einem Stücke ist die Aufgabe der Revolution unter Strömen von Blut, auf Kosten des Glückes von Tausenden gelöst worden: die „liberté civile“ hat das französische Volk errungen (Gleichheit des Rechts, Freiheit des Gewerbes und Handels, der Religion, der Presse und der öffentlichen Meinung). Für die „liberté politique“ war in der Monarchie Bonapartes kein Raum. Eine neue Gesellschaft war in den Stürmen der Revolution emporgekommen, ein ungeheurer Besitzwechsel hatte sich vollzogen, ein großer Teil der Ideen der Aufklärung hatte sich verwirklicht.

Diese Erwägungen werden nur auf der oberen Stufe verstanden werden. Dasselbe gilt von einer der wichtigsten und lehrreichsten Episoden der Revolution, der Verschwörung des Gracchus Babeuf. Dieser hatte nach dem Fall Robespierres „die Gesell-

<sup>1)</sup> H. Taine weist unwiderleglich nach, daß von „schönen Tagen“ (les joyeuses journées) der Revolution in Wahrheit keine Rede sein kann. „In derselben Stunde, in der die absolute Monarchie zusammenbrach, bedeckte eine wüste, rohe und grausame Anarchie das Land, um ein Jahrzehnt hindurch Frankreich mit Gewaltthat und Frevel aller Art zu erfüllen.“ (v. S.)

schaft der Gleichen“ mit dem Organ „der Volkstribun“ gegründet. Den Kern seines sozialistischen Programms bilden folgende Sätze: „Alle Güter gehören dem Volke. Dieses allein ist Eigentümer. Jeder hat ein Recht auf glückliche Existenz, aber darum doch die Pflicht der Arbeit, welche nicht mehr der Willkür des einzelnen überlassen, sondern gesetzlich geregelt wird, so daß die Lust an ihr und der Wettstreit in ihr gefördert wird. In Übernahme der unangenehmen Arbeiten wechseln die Bürger ab. Allen steht ein Recht auf alles zu, und die vollkommenste Gleichheit der Genüsse wird eingeführt. Die oberste Gewalt wird um so leichter dafür sorgen können, daß jeder in einem mäßigen Wohlstande leben kann, als infolge der Arbeit aller Überfluß herrscht.“ Babeufs System kommt auf eine Regelung der Produktion durch den Staat hinaus. Er selbst endete unter der Guillotine am 26. Mai 1796. Der Lehrer wird nicht unterlassen, darzuthun, daß Babeufs soziale Pläne die kommunistischen Utopien des Thomas Morus und Morelly wiedergeben,<sup>1)</sup> deren Büchern die Verschworenen ihre Lehre entnahmen und daß im Falle einer Verwirklichung der neuen sozialen Organisation sich die Greuel des wiedertäuferischen Münster in Paris wiederholt hätten. Auch kann schon bei dieser Gelegenheit an Beispielen gezeigt werden, daß Ungleichheit Naturprinzip ist und daß es eine Brüderlichkeit im Sinne der Revolution nicht geben kann.

Nachdem die gewalttätige Durchführung der Utopie gescheitert war, entwickelt sich diese zum wissenschaftlichen System. Seine Begründer sind der Engländer Owen, die Franzosen Saint-Simon und Fourier († 1837), ihr Ziel die Gemeinschaft der Lebensweise, der Arbeit und des Vergnügens.<sup>2)</sup>

## XXI. Reformen in Preußen unter Friedrich Wilhelm III.

Nur ein Heros wie Friedrich II. war der riesenhaften Aufgabe, die das preußische Staatswesen seinem Regenten stellte, gewachsen gewesen. Als dann Menschen mit gewöhnlichen Gaben den

<sup>1)</sup> Nach dem trefflichen Buche „Schlaraffia Politica“, Geschichte der Dichtungen vom besten Staat. Leipzig, Grunow 1892. Morellys Gesetzbuch der Natur wird eingehend charakterisiert, S. 195.

<sup>2)</sup> Schlaraffia politica S. 231 fg.



Thron bestiegen, wurde es klar, daß zu der bisher von dem Königtum allein getragenen Arbeit noch andere Kräfte herangezogen werden mußten.

Der eingehenden Darlegung, wie auch in Preußen „durch eine Revolution von oben“ eine neue Gesellschaft entstanden ist, ist eine nochmalige Zusammenfassung der ständischen Verhältnisse als Einleitung voranzuschicken.

Während sich in Frankreich und in den von ihm eroberten Ländern eine völlige Umgestaltung der Dinge vollzog und die neuen Ideen von den politischen Rechten auch die deutsche Nation in ihren Tiefen aufregten, verharrte der Staat Friedrichs des Großen in dem Zustande ständischer Erstarrung. Mit den Ideen des allgemeinen Staatsbürgertums, die auch bei dem preußischen Bürgertum begeisterten Wiederhall fanden, drang eine neue wirtschaftliche Theorie von England siegreich nach dem Kontinent vor. Der Schotte Adam Smith hatte in seinem 1776 erschienenen Buche „Untersuchungen über die Natur und die Ursachen des Reichtums der Nationen“ die Lehren der französischen Physiokraten weitergebildet. Mit diesen übereinstimmend betonte er den Grundsatz möglicher Freiheit auf wirtschaftlichem Gebiete. Während die Physiokraten dabei einseitig den Ackerbau bevorzugten, sieht Smith in der Arbeit schlechtthin die Quelle des Reichtums. Um die Arbeit zu entfesseln, verlangt er volle Freiheit des Individuums, freien Wettbewerb im Innern und im Verkehr mit dem Ausland, Gewerbe- und Handelsfreiheit, also Abschaffung der Leibeigenschaft, der Zünfte, der Monopole, der Handelskompagnien, der Beschränkungen des internationalen Verkehrs. Diese Wirtschaftslehre fand auch in Deutschland Eingang und Anhänger in den Kreisen der Staatsmänner, die mit der Durchführung der Reform des preußischen Staates beauftragt wurden.

Die wichtigsten Thatsachen der Reformgesetzgebung müssen dem Untersekundaner geläufig sein. Der Nachweis des Zusammenhanges der verschiedenen Strömungen gehört auf die Oberstufe.

Nach dem Zusammenbruch der altpreußischen Macht gelangte Friedrich Wilhelm III. mit seinen Räten zu der Überzeugung, daß nur durch eine organische Umgestaltung des ganzen Staatswesens Preußen aus tiefem Falle emporgerichtet werden könne. Es lag nahe, bei denjenigen Punkten einzusetzen, bei denen an alte

Überlieferungen angeknüpft werden konnte. Im Interesse der Wehrkraft des Landes war die Befreiung von Grund und Boden, die Schaffung eines lebenskräftigen Bauernstandes, dem ja die preussischen Könige von jeher ihre Teilnahme zugewandt hatten. Der König selbst hatte durch eine Kabinettsordre vom 25. Juli 1797 die Aufhebung der erblichen Unterthänigkeit für den gesamten Staat als notwendig bezeichnet.<sup>1)</sup> Waren in dieser Richtung schon vorbereitende Schritte geschehen, so wurden umfassende Vorschläge dem Könige erst 1807 von dem Provinzialminister v. Schrötter und der Immediatkommission unterbreitet. Der Gesetzentwurf war in der Hauptsache fertig, als der Freiherr von Stein zur Leitung der Geschäfte berufen, in Memel anlangte. Stein nahm den Entwurf an, und am 9. Oktober erschien „das Edikt, den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums betreffend“. Nach Aufhebung der Erbunterthänigkeit konnten nun Adlige ohne Beeinträchtigung ihres Standes bürgerliche Gewerbe treiben, Bürger und Bauern nach Belieben ihren Stand vertauschen, bürgerliche, bäuerliche und adlige Grundstücke von jedem ohne Unterschied des Standes erworben werden. Von Martini 1810 an sollte überall, auf den königlichen Domänen schon vom 1. Januar 1808 an, jede Eigenhörigkeit und Erbunterthänigkeit aufhören. Die ständische Ordnung des Friedericianischen Staates war mit einem Schlage beseitigt. — Durch die neue Städteordnung, die zum Teil Stein selbst ausarbeitete, wurde den Bürgern die Selbstverwaltung verliehen und damit eine notwendige Vorbedingung der Entfesselung des wirtschaftlichen Unternehmungsgeistes erfüllt.<sup>2)</sup> Dem dritten Stande war schon durch diese Maßnahmen der Krone eine maßvolle Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten gesichert. Zur vollen Entfaltung seiner Kräfte wäre er gelangt, wenn die von Stein geplante aus den besitzenden und gebildeten Klassen hervorgegangene Volksvertretung schon damals Verwirklichung gefunden hätte. „Stein wünschte die ganze Masse der in der Nation vorhandenen Kräfte auf die Beforgung ihrer An-

<sup>1)</sup> Ich folge hier der Darstellung, die H. Hüffer in seinem Werke J. W. Lombard und die Kabinettsregierung in Preußen (1891) S. 401–407 entworfen hat.

<sup>2)</sup> Das Programm der leitenden Männer wird am besten im Anschluß an ihre eigenen Denkschriften entwickelt.



gelegenheiten zu lenken, weil sie mit ihrer Lage und ihren Bedürfnissen am besten bekannt sei.“<sup>1)</sup>

Steins Meisterwerk ist die neue Gestaltung der obersten Verwaltungsbehörde „eine wahre Erneuerung der preussischen Verfassung“. Dies Werk war durch seine Denkschrift (vom April 1806) vorbereitet worden und wurde unter den größten Schwierigkeiten zustande gebracht. Infolge der planmäßigen Verzögerung der Räumung des Landes mußten bis zum Dezember 1808 150 000 Mann französischer Truppen verpflegt werden. Auch nachher blieben Glogau, Stettin, Küstrin besetzt. Trotzdem förderte Stein die Abzahlung der Kriegsschuld und suchte der Finanznot abzuhelfen (Verkauf der meisten Domänen, Säkularisation von geistlichen Gütern, Anleihen, Papiergeld, neue Steuern). Bei dem Reformwerk wurde seine rücksichtslose Thatkraft von der Absicht geleitet „die möglichste Einheit und Kraft in der obersten Leitung zu vereinigen.“<sup>2)</sup> Mittelpunkt des Staatsorganismus sollte der Staatsrat sein, dem die Anordnung sämtlicher Verwaltungsgrundsätze und zugleich die oberste Leitung und Kontrolle der Verwaltung zusteht, der über alle Gegenstände der Gesetzgebung, die Besetzung und Dotierung gewisser höherer Stellen entscheidet. Den Vorsitz führt der König; die Beratungen erfolgen in kollegialischer Form. Die einzelnen Hauptzweige der Verwaltung werden dem geheimen Staatsrat als Abteilungen eingegliedert, als Kabinet, als Ministerium des Innern, der Finanzen, des Auswärtigen, des Krieges und der Justiz. Alle Abteilungen stehen mit dem Könige dadurch in engster Verbindung, daß sie ihm im Staatsrat oder Kabinet Vortrag halten. Ehe Steins Entwurf in vollem Umfange zur Durchführung gelangte, mußte er sich aus dem Staatsdienste entfernen. Statt der Steinschen Vorlage veröffentlichte man am 16. Dezember 1808 ein Publikandum, das zum erstenmal die vollständige Durchführung des Realsystems verkündete, die Einführung der 5 Fachministerien öffentlich in gesetzlicher Form aussprach. Grundsätzlich war der Staatsrat als

<sup>1)</sup> „Steins Testament“, Zurbonsen n. 209. An anderer Stelle ist zu zeigen, daß die Regierung Wilhelms I. in der Kreisordnung auf die Ideen Steins zurückgriff.

<sup>2)</sup> Benutzt ist die Darstellung Hüffers, S. 426 ff.

„die oberste allgemeine Leitung“ anerkannt. Thatsächlich angeordnet wurde er durch die Verordnung vom 27. Oktober 1810, aber nicht mehr als eine verwaltende und eine regierende, sondern ausschließlich beratende Behörde. Der Staatskanzler sollte die Oberaufsicht und Kontrolle über alle Zweige der Verwaltung haben, jede Behörde zur Rechenschaft ziehen können. Er war der Vorsitzende im Staatsrate und der erste Rat im königlichen Kabinet. Durch die Berufung dieses höchsten Beamten „kam nach langem Zwischenraume wieder Einheit und Festigkeit in den Gang der Verwaltung. Man fand Mittel, die Forderungen der Franzosen, wenn nicht zu erfüllen, doch zu befriedigen und die Existenz des Staates selbst in den Drangsalen der Jahre 1811 und 1812 zu behaupten bis zu jenen Märztagen von 1813, wo der König die wieder gesammelte Kraft und die lange verhaltene Begeisterung des Volkes zum Befreiungskampfe aufrufen konnte . . . Die Verordnung vom 27. Oktober 1810 hat die Umwälzung des Staates überdauert; in den Grundzügen ist sie in unserem heutigen Staatswesen noch erkennbar . . . auch der Staatsrat (1817 in Thätigkeit gesetzt) bewährte sich als ein wirksames Glied in der Entwicklung des Staatswesens.“<sup>1)</sup>

Nur einen Teil seiner Entwürfe hatte Stein, der große Organisator, ausführen können. Es fehlten außer der ständischen Vertretung, die den Schlußstein des Ganzen bilden sollte, eine der Städteordnung entsprechende Ordnung der Landgemeinden sowie die Aufhebung der gutherrlichen Polizei und Patrimonialgerichtsbarkeit. Erst die folgende Regierung hat diese Aufgaben gelöst.

Hardenberg hat als Staatskanzler 1810 das Werk der Befreiung des ländlichen Besitzes zum Abschluß geführt durch zwei Edikte vom 14. September 1811 über Regulierung der bäuerlichen Verhältnisse und über Förderung der Landeskultur. Schon am 7. September war das Gesetz über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe veröffentlicht und damit vollständige Gewerbefreiheit verliehen worden. Fortan konnte jeder, der einen Gewerbebeschein löste, Lehrlinge und Gesellen halten, jede Zunft konnte durch Mehrheitsbeschluß oder auf Befehl der Behörde aufgelöst werden.

Wie überhaupt Freiheit und Heerespflicht einander bedingen,

<sup>1)</sup> H. Hüffer, S. 446 ff.



so ging Hand in Hand mit den neuen Rechten die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die Offizierstellen werden auch Bürgerlichen zugänglich gemacht (Reglement vom 6. August 1808). Gestaltung des Heerwesens (Linie, Reserve, Landwehr).

Nach den Freiheitskriegen<sup>1)</sup> werden die Verwaltungsbehörden in Kreis, Regierungsbezirk und Provinz unter Zugrundelegung einer vollständigen Neueinteilung des Staatsgebietes einheitlich organisiert (1815). Seitdem trat auf politischem Gebiete ein Stillstand ein; auf wirtschaftlichem Gebiete werden die Reformideen Steins wieder aufgenommen. Dieser hatte die Befreiung von Handel und Gewerbe im Prinzip als notwendig anerkannt. Aber erst am 26. Mai 1818 kam das Zoll- und Freihandelsgesetz zustande, das sich vornehmlich an die Namen von W. v. Humboldt und G. R. Maßen knüpft, „ein weiteres glänzendes Ruhmesdenkmal der zur Rüste gehenden Zeit der absoluten Monarchie und ihres Beamtentums“. Dies Gesetz hob alle Binnenzölle auf und stellte die Handelsfreiheit als Grundsatz hin, nach welchem auch die Beziehungen zu anderen Staaten geregelt werden sollten. Auf der unteren Stufe ist seine Bedeutung an konkreten Beispielen zu zeigen, auf der oberen sind die drei Aufgaben der preußischen Zoll- und Handelspolitik klarzustellen:

1. Das einheimische Gewerbe soll gegen die Konkurrenz der englischen Fabrikate geschützt (s. u.),
2. in der gesamten Monarchie soll durch Befreiung des inneren Verkehrs eine lebendige Gemeinschaft der Interessen begründet,
3. dem Staate sollen neue Einnahmequellen erschlossen werden.

Erneute Erklärung von Finanz- und Schutzzöllen, Ausfuhr-, Einfuhr-, Durchfuhrzöllen. Im Anschluß an das Gesetz vom 8. Februar 1819, das den Konsum inländischer Erzeugnisse (Wein, Bier, Brauntwein, Tabakblätter) besteuerte (die Steuern von dem Produzenten erhoben), werden die verschiedenen Arten der Besteuerung

<sup>1)</sup> Die umfangreichere Behandlung der wirtschaftlichen Seite unserer Volksgeschichte darf nicht dazu verleiten, die ideale Seite, insbesondere die Begeisterung der Freiheitskriege zurückzustellen.

erklärt. Die Ordnung des Finanzwesens war Hardenbergs letztes Werk († 1822).

Die Hauptstadien der Gründung des Zollvereins müssen schon in Untersekunda dem Schüler vorgeführt werden. Nachdem schon am 17. Februar 1828 der Finanzminister von Moß Hessen-Darmstadt den Eintritt in den preussischen Zollverein gewährt hatte, vereinigten sich dank der Bemühungen des Finanzministers Maßen am 22. März 1833 der preussisch-hessische und bayerisch-württembergische Verein zu einem einheitlichen Zoll- und Handelssystem, dem bald nachher Sachsen und die thüringische Landesgruppe beitrug. Mit dem 1. Januar 1834 traten die Bestimmungen dieses „Deutschen Zollvereins“ in Kraft, der nach dem Beitritt von Baden und Nassau ein Gebiet von 7719 Quadratmeilen umfaßte. Zudem der Zollverein gemeinsame Einrichtungen, z. B. ein gemeinsames Zollgewicht schuf, wurde dem nationalen Einheitsgedanken mächtig Vorschub geleistet, um so mehr als durch den planmäßigen Ausbau eines Eisenbahnnetzes die deutschen Stämme einander näher gebracht wurden. In dem Geburtsjahre des Zollvereins wurde die erste größere Eisenbahn (Leipzig-Dresden) gebaut, drei Jahre später die Berlin-Potsdamer Bahn und 1840 die Magdeburg-Leipziger Linie eröffnet. Friedrich List († 1846), der größte deutsche Nationalökonom, bekämpfte damals die Lehren von A. Smith, insbesondere die Verwechslung von Tauschwerten und produktiven Kräften, setzte seiner Theorie die Grundzüge einer nationalen Volkswirtschaftslehre entgegen und verfolgte den Gedanken eines Eisenbahnnetzes als Grundlage einer nationalen Wirtschaftslehre.<sup>1)</sup>

Auch in den Jahren des Stillstandes der Entwicklung der Verfassung ist der preussische Staat auf dem Gebiete der Verwaltung seinen überkommenen Aufgaben treu geblieben. Unter der Regierung Friedrich Wilhelms III. richtete sich die große Masse des Volkes aus dem Elend der Kriegszeit wieder auf, und die neu erworbenen Landesteile verwuchsen immer fester mit dem alten Staatskörper.

Von den außerdeutschen Verhältnissen sind namentlich die Folgen der Kontinental Sperre zu erörtern, die für das Festland nachteiliger waren als für England, dessen Handel sie vernichteten

<sup>1)</sup> Nationales System der politischen Ökonomie, Bd. I, Stuttgart 1841.



folgte. Im Gegensatz zu Englands Aufschwung steht Spaniens Niedergang, dessen Gründe nach Endemann<sup>1)</sup> vorgetragen werden können.

## XXII. Die großen Erfindungen und ihre Einwirkungen auf Verkehr und Handel besonders in Deutschland.<sup>2)</sup>

Die von Frankreich ausgehenden Ideen haben im 19. Jahrhundert das politische Leben der Völker umgestaltet, während große Erfindungen die Naturkräfte in den Dienst des Menschen stellten, die menschliche Thätigkeit durch die Naturkraft ersetzen und so eine ungeheure wirtschaftliche und soziale Umwälzung herbeiführten.

Schon im 18. Jahrhundert sind die Gesetze der Bewegung und des Gleichgewichts entdeckt und die Erfindungen der neuesten Zeit vorbereitet worden. Die frühesten Versuche, den Dampf als bewegende Kraft zu verwenden, reichen sogar in das 17. Jahrhundert hinauf. Im Jahre 1705 wurde in Devonshire durch Newcomen die erste Dampfmaschine aufgestellt, die durch die Verbesserungen von James Watt (um 1768) in den verschiedensten Gewerben verwendbar wurde. Nachdem schon im Jahre 1775 Versuche mit Dampfschiffen auf der Seine gemacht waren, richtete der Amerikaner Fulton im Jahre 1807 den ersten regelmäßigen Dampfschiffverkehr auf dem Hudson ein, 1818 beginnt die ozeanische Dampfschiffahrt (seit 1838 regelmäßige Verbindung zwischen England und Nordamerika), 1825 fahren die ersten Dampfschiffe auf dem Rheine. Stephenson erfand 1814 die Eisenbahnlokomotive. Die erste größere Eisenbahnlinie für den Personenverkehr von Liverpool nach Manchester (1830). Seit Ende der dreißiger Jahre wurde der Ausbau eines kontinentalen Eisenbahnnetzes mächtig gefördert. Die Eisenbahnen haben Deutschland seine centrale Stellung im Welthandel, die es seit dem 16. Jahrhundert verloren hatte, wiedergegeben.

Die von Alois Senefelder 1785 erfundene Lithographie, zuerst auf Papier, dann seit 1800 auf Kattun angewandt und seit 1836 zur Herstellung von Bildruckbildern benutzt, die Buchdruck

<sup>1)</sup> Staatslehre und Volkswirtschaft. S. 101.

<sup>2)</sup> Vgl. E. Wolff, a. a. O. S. 185 ff.

schneidpresse von König und Bauer 1814, die Nähmaschine, von Howe 1844 erfunden, sind starke Hebel der Kultur geworden.

Die Errichtung elektro-magnetischer Telegraphen (1814) führte in Verbindung mit Dampfschiff und Dampfwagen einen großartigen Aufschwung des Weltverkehrs herbei. Die bisherigen Verkehrsmittel haben nur noch Bedeutung für den Nahverkehr. An die großen Verkehrswege schließt sich ein weitverzweigtes Chausseenez an. Ausbau von Straßenbahnen (Pferde, Dampf, Elektrizität), Bau von Kanälen, Regulierung der Ströme.

Eine besondere wichtige Seite der allgemeinen Hebung des Verkehrs ist der Aufschwung des Postwesens:<sup>1)</sup> 1851 Einführung der Briefmarken, deutsch-österreichischer Postverein, 1867 Einheitsporto für Inlandsbriefe im norddeutschen Bunde, 1868 Einführung der Postanweisung, 1871 die Errichtung der deutschen Reichspost. Momente fortschreitender Entfesselung des Weltverkehrs: Die Legung des atlantischen Kabels 1866, Bantzen von internationaler Bedeutung: der Kanal von Suez, die Alpenbahnen (1882 Eisenbahn durch den St. Gotthardt), die Pacificbahnen, die transkaspijsche Bahn, der Nord-Ostsekanal. Das Weltpostbureau in Bern, der Welttelegraphenverein.<sup>2)</sup> Internationale Kongresse und Zusammenkünfte der Völker teils zu wissenschaftlichen, teils zu praktischen Zwecken. Bedürfnis einer Weltsprache. Genfer Konvention des roten Kreuzes. Versuche der Gründung eines Schiedsgerichtes für internationale Streitigkeiten.

Bedeutung der Weltausstellungen (die erste in London 1851).

Aufschwung des Handels in Deutschland. Handelsverträge. (Einzelheiten nach E. Dahn, Lernbuch IV, S. 52). Anlage des ersten Kriegshafens am Jadebusen (1853). Gründung einer preussischen Kriegsslotte. Diese Darlegung ist zunächst nur bis auf die Gründung des deutschen Reichs herabzuführen.

<sup>1)</sup> Wolff, a. a. O. S. 189.

<sup>2)</sup> Vgl. die schöne Ausführung von Pfeleiderer, Über den geschichtlichen Charakter unserer Zeit. Tübingen 1898. S. 13: „Das Ferne ist zum Nahen, das Entlegene zum beinahe heimisch Vertrauten geworden und ein in dieser Ausdehnung noch nie dagewesenes Gemeingefühl unseres Geschlechts durchdringt seine allerorts zerstreuten Glieder.“



### XXIII. Umgestaltung der Güterproduktion und des Tauschverkehrs.

Die Einführung des maschinellen Betriebs führte auf dem Gebiete der Landwirtschaft und des Gewerbesfleißes einen völligen Umschwung herbei.

Schon im Anfange des Jahrhunderts war man von der Dreifelderwirtschaft zu der Fruchtwechselwirtschaft, zum Anbau von Futterkräutern und zur Stallfütterung übergegangen. Die Verwertung des Dampfes erleichterte die menschliche Arbeit und ermöglichte eine umfassende und gründliche Ausnutzung des Bodens (Dampfpflug, Dampfdreschmaschine). Der landwirtschaftlichen Chemie (J. Liebig, A. Thaer) wird die Einführung künstlicher Düngemittel verdankt (Guano, Chilisalpeter). Die theoretische Behandlung der Landwirtschaft hatte die Gründung von Akademien zur Folge. „Aus einer Sitte und Lebensart wurde die Landwirtschaft eine Industrie, Wissenschaft und Kunst.“<sup>1)</sup> Landwirtschaftliche Vereine verschiedener Art gewähren mittelst Wanderlehrer, Zeitschriften, Versammlungen und materieller Beihilfe den bedrängten Landwirten einen wertvollen Rückhalt.

Auf dem Gebiete des Gewerbesfleißes tritt an die Stelle der Manufaktur der Maschinenbetrieb, an die Stelle des Kleinbetriebes der Großbetrieb. Das Gewerbe wird zur Industrie. Der Großbetrieb ist ohne großes Kapital nicht denkbar. Das Kapital stellt das Rohmaterial, die Werkzeuge und den Arbeitsraum. Volle Entfaltung der kapitalistischen Wirtschaftsreform ist für die neueste Zeit charakteristisch.

Am frühesten trat England in dieses Stadium der Entwicklung ein; dort wurde 1769 von Rich. Arkwright die Spinnmaschine erfunden und 1801 der mechanische Webstuhl eingeführt und zuerst die Kraft des Dampfes in den Dienst des Verkehrs gestellt. In den Jahren, die auf die Freiheitskriege folgten, machte England durch seine Fabrikthätigkeit den Kontinent von sich ab-

<sup>1)</sup> Nachzuweisen ist, daß auch die ländliche Bevölkerung einen bedeutenden Anteil an der allgemeinen Hebung des „standard of life“ hat. — Die mittleren landwirtschaftlichen Betriebe (10 bis 1000 ha) umfassen fast die Hälfte des deutschen Bodens.

hängig und entschädigte sich durch den massenhaften Absatz seiner Fabrikate für die Opfer, die es in den Napoleonischen Kriegen gebracht hatte. Während andere Staaten durch Schutzzölle ihre Interessen sicherten, wurden Preußen und Deutschland von den billigen englischen Fabrikaten überschwemmt, so daß eine deutsche Fabrik nach der andern ihre Thätigkeit einstellen mußte.<sup>1)</sup> Preußens Zoll- und Handelspolitik hat in rastloser Arbeit diese Schwierigkeiten überwunden, den einheimischen Erzeugnissen ausreichenden Schutz gewährt und dem Handel im Innern freie Bewegung geschafft.

Auf der oberen Stufe: Diesem Vorgange sind andere Staaten erst später gefolgt. England war unter Canning vorübergehend in die Bahn des Freihandels eingelenkt. Erst die große Volksbewegung (Anticorn-law-league), die 1838 ihren Ausgang von der Stadt Manchester nahm (Hauptvertreter Cobden und Bright), führte in den vierziger Jahren zu völligem Bruch mit dem alten System (Robert Peel) und zur allmählichen Aufhebung der Kornzölle. Unter der Herrschaft des neuen Systems nahm Englands Handel einen gewaltigen Aufschwung.<sup>2)</sup> Die Lage der Arbeiterklasse war zunächst infolge der Kornzölle und der Einführung der Maschinen sehr ungünstig. Empörend für jedes menschliche Gefühl mußte es sein, daß Kinder schon vom sechsten oder siebenten Jahre ab oft 14—16 Stunden bei brutaler Behandlung arbeiten mußten. Mädchen und Frauen wurden zur Arbeit namentlich in den Bergwerken in wachsender Ausdehnung herangezogen. Seit dem Ende der zwanziger Jahre bildeten sich, angeregt von Robert Owen, zahlreiche Arbeitervereine zur Selbsthilfe, bis mit dem Jahre 1834 die staatliche Reaktion gegen diese Mißstände durch den Erlass des ersten Arbeiterschutzes begann,<sup>3)</sup> dem bald eine Ära sozialer Reformen folgte. Von der großartigen Entfaltung der englischen Industrie zeugte die erste Weltausstellung in London (1851).

<sup>1)</sup> Für Preußen betrug der Wert der Ausfuhr in den Jahren 1815 bis 1825 kaum ein Drittel derjenigen von 1805.

<sup>2)</sup> Nach W. Pütz, Historische Darstellungen und Charakteristiken, IV, 3. Aufl. S. 290 ff. Verhandlungen der VI. Direktorenversammlung, Schleswig-Holstein 1895, S. 136.

<sup>3)</sup> Vgl. Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England. 2. Aufl. Stuttgart 1892.



Preußen begann unter Friedrich Wilhelm IV. teilweise ein Industriestaat zu werden. Die einzelnen Daten sind etwa in dem Umfange, wie sie in Dahns Verzbuch IV, S. 53, verzeichnet sind, auch in Untersekunda mitzuteilen. (Maschinenfabriken von Borsig in Berlin [1837 eröffnet, lieferte 1847 schon 67 Lokomotiven], von A. Krupp in Essen. Web- und Metallindustrie, Schneide- und Lederwaren. Hauptindustriecentren in Preußen und dem übrigen Deutschland.) Wir können heute mit Stolz darauf hinweisen, daß unsere Industrie mit derjenigen Frankreichs und Englands in erfolgreichen Wettbewerb getreten ist, besonders in den Textil- und Metallwaren, sowie auf dem Gebiete der Chemie und des Kunsthandwerks, das solange die Domäne des französischen Geschmacks war.

Sodann ist auf die weiteren Folgen der Verwendung der Maschine bei der gewerblichen Arbeit einzugehen. Die ungeheure Steigerung der Produktion vermehrte das Volksvermögen und verschaffte auch den Ärmern die Teilnahme an Lebensgenüssen, die früher unbekannt oder dem Reichen allein vorbehalten waren. Die Maschine bewirkte Verminderung der schweren körperlichen und Steigerung der geistigen Arbeit, ermöglichte die bessere Ausnützung des Bodens und die Erzeugung einer größeren Menge von Nahrungsmitteln. Die großartige Entfaltung des Verkehrs hatte einen leichteren Austausch der Produkte und Klimate zur Folge und stellte das Dasein des Menschen gegen die Folgen lokalen Mißwachses sicher.<sup>1)</sup>

Mit derselben Entwicklung im Zusammenhange steht die Umgestaltung des Tauschverkehrs, deren Erörterung eine sorgfältige Vorbereitung erfordert. Die alte Naturalwirtschaft ist fast ganz überwunden und neben die Geldwirtschaft die Kreditwirtschaft getreten. Entstehung, Wesen und Arten des Kredites; die Vertreter des Metallgeldes: Papiergeld, Staatsschuldscheine, Banknoten und Obligationen, die Institute für die Vermittelung des Geld- und Kreditverkehrs, Banken und Börsen können unter Anlehnung an die Aufträge, die Patuschkas Volkswirtschaftliches Lesebuch bietet

<sup>1)</sup> Über die Wirkungen des wirtschaftlichen Fortschrittes verbreitet sich eine Rede von W. Siemens, Tagblatt der 59. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte zu Bonn. S. 92 ff.

(S. 81 ff.), erläutert werden. In denselben Zusammenhang gehört der Hinweis auf die verschiedenartigen wirtschaftlichen Vereinigungen: Aktiengesellschaften, Wirtschafts- und Gewerbevereine. Man kann deren 4 Klassen unterscheiden:

- a) solche, die den kleineren Unternehmern zu wirksamerer Produktion und leichterem Kredit verhelfen (Vorschußvereine, Rohstoffvereine, Magazinvereine, Produktivgenossenschaften);
- b) solche, die allen kleineren Gewerbevereinen zu wohlfeiler Konsumtion verhelfen (Konsumvereine);
- c) solche, die Versicherung gegen Unfälle verschiedener Art gewähren (Krankheit, Altersschwäche);
- d) solche, die den Lohnarbeiter in der Großindustrie gegenüber den Unternehmern sicher stellen (Gewerkvereine nach dem Muster der englischen trade-unions) und Zünfte, in denen die alten Zünfte wieder aufleben mit dem Unterschiede, daß jene weder verbindlich sind noch das ganze Leben der Zunftgenossen umspannen.

Die wirtschaftliche Vereinigung vieler macht es möglich, Dinge zu unternehmen, denen die Kraft des einzelnen nicht gewachsen ist (Suezkanal, St. Gotthard-Tunnel).

Auf die Schattenseiten der neuen Produktionsweise ist nachdrücklich hinzuweisen. Es können in der Schule zur Sprache gebracht werden:

1. Die Umwandlung des früher selbständigen Handwerksmeisters in den unselbständigen Fabrikarbeiter, dem statt Kapitalzinsen und Unternehmergewinn nur Arbeitslohn zufließt;
2. die Schädigung der ländlichen Hausindustrie;
3. die Gefährdung der Gesundheit des Arbeiters durch die Einrichtungen des Fabrikbetriebes und die zu große Ausdehnung der Arbeitszeit;
4. das Anwachsen der Städte auf Kosten des platten Landes und die damit zusammenhängende Wohnungsnot und Zerstörung des Familienlebens, endlich



5. die infolge von Krisen und Bankerotten zunehmende Unsicherheit der Arbeitsgelegenheit.<sup>1)</sup>

#### XXIV. Entstehung und Ziele der Sozialdemokratie.

In den Vorschlägen des preussischen Staatsministeriums wird im Anschlusse an den Allerhöchsten Erlaß vom Mai 1899 eine Unterweisung über unsere sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse ins Auge gefaßt, die in der ersten Klasse ausführlicher zu gestalten ist. „Die Belehrung über die Verderblichkeit der Sozialdemokratie hat hierbei, ohne in eine nähere Erörterung der sozialistischen Theorien einzutreten, an der Hand des gesunden Menschenverstandes zu erfolgen. Die Unmöglichkeit der sozialdemokratischen Bestrebungen ist an den positiven Zielen der Sozialdemokratie nachzuweisen und für jugendliche Gemüther faßlich zu gestalten.“ Aus dem Umstande, daß diese Forderung des Ministeriums in unseren Lehrplänen in abgeschwächter Form auftritt, darf man wohl entnehmen, daß auch nach der Meinung der Behörde an dieser Stelle die Schwierigkeiten beginnen. In der Sache stimmen beide natürlich überein. Oder ist ein Eingehen auf die Gestaltung des Verhältnisses der Stände untereinander und des Arbeiterstandes insbesondere sowie der Nachweis, daß gewisse soziale Bestrebungen der Gegenwart verhängnisvoll sind, nicht gleichbedeutend mit der Forderung, daß an ihren positiven Zielen die Unmöglichkeit

<sup>1)</sup> Mit den Fortschritten der Technik hat der Fortschritt der Kultur bei den arbeitenden Klassen im allgemeinen durchaus nicht gleichen Schritt gehalten. „Ist es doch mit wenigen Ausnahmen um die unerläßlichen Vorbedingungen jedes höheren Aufschwunges: um genügende Nahrung, angemessene Kleidung, geräumige und gesunde Wohnung, sowie Muße zwischen Arbeits- und Schlafenszeit bei den meisten Arbeitern noch recht schlecht bestellt.“ Wer sich über diesen Gegensatz zwischen den Fortschritten der Technik und den Grundbedingungen der Kultur näher unterrichten will, findet wohlgeschichtetes Material in dem Vortrage von E. Philippovich, „Wirtschaftlicher Fortschritt und Kulturentwicklung.“ Freiburg 1892. Dem Geschichtslehrer sei das Studium von N. Meyer, „Der Emanzipationskampf des vierten Standes“ warm empfohlen. Der allgemeine Teil enthält eine durch Objektivität und Klarheit ausgezeichnete Darstellung der einschlagenden Fragen und ist auch in der kleinen Ausgabe benutzbar. Vgl. auch die Verhandlungen der VI. Schleswig-Holsteinischen Direktoren-Konferenz S. 183 ff. — Ich bemerke ausdrücklich, daß die obigen Ausführungen zunächst für die Vorbereitung des Lehrers bestimmt sind.

und Verderblichkeit der sozialdemokratischen Bestrebungen zu erweisen ist?

Der Überzeugung, daß die Lösung dieser Aufgabe schwierig ist, haben auch die Berichtersteller und Verhandlungen der Direktorenkonferenzen Ausdruck verliehen.<sup>1)</sup> Man wies auf das Gefährliche der Neuerungen hin und bedauerte, daß die frühere Tendenz der höheren Schulen, wonach sie vor dem Eindringen der Kämpfe insbesondere auf politischem und sozialem Gebiet bewahrt bleiben sollten, verlassen werde. Andere warnten vor einer zu weitgehenden Belehrung der Schüler, vor einer unmittelbaren Bekämpfung der sozialistischen Lehren. Noch andere rieten, auch den Schein der Absichtlichkeit des Kampfes gegen die Sozialdemokratie zu vermeiden und lieber die Segnungen und Lichtseiten der jetzt bestehenden Gesellschaftsordnung hervorzuheben.

Direktor Henke hat seinen, für die Bonner Direktorenkonferenz geschriebenen Bericht in Nr. 2 und 3 der Blätter für höheres Schulwesen (1893) veröffentlicht. Nach dem Wortlaute des kaiserlichen Erlasses habe die Schule die Lehren der Sozialdemokratie als unhaltbare und unheilvolle zu bekämpfen, aber weder eine positive, systematische Darstellung eines nationalökonomischen Systems zu geben noch ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie als Partei zu richten. Nachdem des weiteren ausgeführt ist, daß diese die Mängel alles Parteiwesens teilt, und daß die dem Staate, der Kirche und der Gesellschaft drohenden Gefahren keineswegs bloß im Schoße der Sozialdemokratie zu finden sind, wird festgestellt, daß die Widerlegung der gekennzeichneten Irrlehren nicht in bestimmten Lektionen und einem besonderen Unterrichtszweige zu erfolgen hat, daß vielmehr der Unterricht in seiner Gesamtheit darauf angelegt sein müsse, an harte Arbeit zu gewöhnen, den Wahrheitsinn zu wecken und charaktervolle Männer zu bilden. Einzelnen Irrtümern entgegenarbeiten sei die Aufgabe aller Unterrichtszweige. Diesen Kampf habe die Schule bisher mit glänzendem Erfolge geführt; denn die ungeheure Mehrheit der von den preußischen Schulen erzogenen Jugend hasche nicht nach utopischen Staatsgebilden, sondern freue sich der

<sup>1)</sup> Vgl. die Verhandlungen der VII. Direktorenkonferenz der Provinz Sachsen 1896, S. 221, 243.



errungenen nationalen Größe und Wohlfahrt. Es könne sich nicht darum handeln, Verteilung und Methode für einen ganz neuen, jetzt erst eingeführten Unterrichtszweig zu entdecken, sondern nur darum, das bisher eingeschlagene Verfahren klar zu machen. Die Hauptaufgabe falle dem Geschichtsunterricht zu, der nicht nur Schlachten und Verfassungskämpfe erzählen dürfe, sondern die wirtschaftliche Entwicklung im eigenen Vaterlande und bei anderen Völkern (besonders in Rom) anschaulich zur Darstellung bringen müsse.

Diese Entwicklung wird S. 17 ff. folgendermaßen charakterisiert:

„Im Altertum war der ein reicher Mann, der viele Sklaven besaß. Dienstleistungen zu persönlicher Bequemlichkeit und Behaglichkeit konnte er nur von Sklaven erhalten; Landbesitz erhielt erst durch Sklavenarbeit Wert; Industriebetrieb war nur durch Sklaven möglich.

Im Mittelalter war der ein reicher Mann, der viel Land auszuleihen hatte. Durch die zu erteilenden Lehen verschaffte er sich Nahrung, Kleidung, persönliche Dienstleistungen u. s. w. Nur in den großen Handelsstädten in der zweiten Hälfte des Mittelalters zeigt sich ein Anfang von dem, was wir heute Kapital nennen. Sonst ist Geld überall selten und wer es aufammelt, steckt es in einen Topf und vergräbt es, d. h. er benutzt es als Notgroschen, aber nicht als Kapital.

Heutzutage ist der reich, der viele Schuldscheine, d. h. Anweisung auf einen Teil des Arbeitsertrages anderer besitzt oder der durch vorgeschossenes, d. h. ausgeliehenes Geld sich den Mehrertrag aus der Arbeit seines Schuldners sichert. Denn Kapital ist bekanntlich nicht eine tote Geldsumme, sondern nur die Geldsumme, welche angelegt (in Schuldscheinen, in industriellen u. a. Unternehmungen) andere zwingt, ihrem Besitzer einen Teil des Arbeitsertrages abzuliefern.

Solchen Kapitalbesitz als unsittlich verwerfen und mit ungesetzlichen Mitteln bekämpfen wollen, wie das der Anarchismus thut, ist ein Verbrechen, gegen das der Staat einschreiten muß. Er hat das in den Schranken der Moral und des Gesetzes verbende Kapital ebenso als „heiliges Eigentum“ anzuerkennen und zu schützen, wie der Staat im Altertum den Sklavenbesitz und im Mittelalter den Lehnsherrn bei seinem Besitz zu schützen hatte. Bekanntlich hat auch das Christentum darin gar nichts geändert. Paulus hat dem Dneismus nicht zur weiteren Flucht verholfen, sondern ihn seinem Herrn zurückgeschickt.

Aber es ist andererseits dem Christentum auch nicht eingefallen, behaupten zu wollen, daß es in alle Ewigkeit Sklaven geben werde und müsse, und daß Sklavenbesitz in alle Ewigkeit ein unantastbares „heiliges“ Recht sei. Ebenso wenig konnte das Lehnswesen des Mittelalters Anspruch auf ewigen Bestand machen. Und nicht anders verhält es sich mit dem Kapitalbesitz unserer Tage. Diesen in dem Sinne für „heilig“ erklären wollen, daß nie und

unter keinen Umständen an ihm gerüttelt werden dürfte, wäre nicht nur geschichts- und vernunftwidrig, sondern auch eine Heuchelei. Jede Expropriation zum allgemeinen besten, die ungeheuerlichen Verstaatlichungen (Post, Telegraphie, Eisenbahnwesen), die Herübernahme der für den Einzelnen wie für die Gesamtheit wichtigsten Institutionen in alleinige Staatsverwaltung (Justiz, Unterrichtswesen), das von Jahr zu Jahr anschwellende Beamtentum, die Beeinflussung des privaten Versicherungswesens (Feuer-, Lebensversicherung u. s. w.) durch den Staat, ja endlich die sozialistische Versorgung der Arbeitermassen bei Krankheit, Unfall, Invalidität und im Alter aus den Steuern der Wohlhabenden, alles dies und noch vieles andere zeigt, daß die Gesellschaft im Übergang begriffen ist von derjenigen Form, in der das Privatkapital fast das alleinherrschende war, zu einer Form, in der viele wichtige Lebensbeziehungen nunmehr vom Staat, der organisierten Gesellschaft, geordnet werden.

Bis wohin diese Entwicklung führen wird, welche von uns noch garnicht geahnte Formen Staat und Gesellschaft annehmen werden, das vermögen wir so wenig zu sagen, als ein Landjunker zu Heinrichs IV. Zeiten sich vom Getriebe unserer Großindustrie und unserer Fürsorge für die große Masse der Arbeiter eine Vorstellung hätte machen können.

Diese unleugbare Entwicklung zu einer allmählichen Umgestaltung der rein kapitalistisch organisierten Gesellschaft in eine mehr oder weniger sozialistische hat bei Regierenden und Regierten, in allen Ständen und Parteien, wesentliche Änderungen in Anschauungen und Bestrebungen hervorgerufen. Ist es verwunderlich, war es zu hindern, daß auch der am meisten mit seiner Existenz an dieser Entwicklung interessierte vierte Stand zu derselben Stellung nahm und daß aus ihm heraus zu diesem Zwecke eine Parteibildung erfolgte? Es wäre ein Wunder, wenn das nicht geschehen wäre. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet hat die sozialdemokratische Partei ein historisches Recht zu existieren und an der Entwicklung der Gesellschaft mitzuarbeiten. Ihr dieses Recht bestreiten, sie einfach vernichten wollen, wäre nicht bloß unklug, sondern auch ein ganz vergebliches Unterfangen. Unklug wäre es, weil man dann konsequenterweise auch alle sonstigen sozialreformatorischen Keime ersticken müßte, und weil man aus einer offen wirkenden Partei eine geheime Verschwörergesellschaft machen würde, vergeblich, weil, was mit historisch-notwendiger Entwicklung zusammenhängt, sich ausleben muß und erst abirrt, wenn es seinen Zweck erfüllt hat."

Eine direkte Bekämpfung der Sozialdemokratie ist auch nach meiner Meinung weder nötig noch wirksam. Aber soll einmal die Verderblichkeit gewisser sozialer Bestrebungen an ihren positiven Zielen erörtert werden, so kann es nur im Zusammenhange der geschichtlichen Entwicklung, unter dem Gesichtspunkte von Ursache und Wirkung geschehen. Die Einsicht in diesen Zusammenhang ist eben



gleichbedeutend mit historischer Bildung. In reichem und richtigem Maße wird sie dem Schüler geboten, wenn er auch die Gestaltung der sozialen Verhältnisse als das notwendige Ergebnis geschichtlicher Voraussetzungen begreifen lernt. Aus dem gesamten historischen Unterricht muß die Überzeugung hervordringen, daß es in der Entwicklung der Menschheit keinen Stillstand giebt, daß die Formen, in denen sich ihr Leben bewegt, in stetem Flusse sind und daß sie von der Vorsehung immer höheren Zielen entgegengeführt wird. Behaupten, daß die bestehende Gesellschaftsordnung vollkommen und keiner Besserung fähig ist, würde gleichbedeutend sein mit der Leugnung des Fortschritts überhaupt. Aber ebenso richtig ist, daß ein völliger Bruch mit der Vergangenheit einem Grundgesetze der historischen Entwicklung widerspricht; ein wirklicher Fortschritt erfolgt nicht auf dem Wege gewaltsamen Umsturzes, sondern organischer Weiter- und Umbildung des Alten. Die Bauernkriege hatten furchtbare Greuel und die Verknechtung der Aufständischen zur Folge. Die französische Revolution, die äußerlich glücklich durchgeführt wurde, erkauften den sozialen Fortschritt mit ungeheuren Verlusten an Menschenleben, mit einem unsäglichem Elend einzelner und zum Schaden der Nation, die noch heute die Folgen der vor 100 Jahren erfolgten Zertrümmerung des ancien régime nicht überwunden hat.<sup>1)</sup>

Die dauerhaftesten und heilsamsten politischen Schöpfungen sind diejenigen, die ihr Dasein einer Staatsweisheit zu danken haben, die es verstand, die überlieferten, historisch gewordenen Formen mit den neu aufgetretenen Ideen in Einklang zu setzen. Beispiele bieten sich ungesucht von den Reformen Solons bis auf die Gesetzgebung unserer Tage. Ganz besonders lehrreich ist in dieser Richtung die brandenburgisch-preussische Geschichte. Die Krone ist dank der Einsicht ihrer Ratgeber zu den großen Maßnahmen der Gesetzgebung unter Berücksichtigung der konkreten preussischen Staatsbildung geschritten. Die überkommenen Grundlagen blieben auch bei den einschneidendsten Neuerungen für die Zukunft gesichert, die politischen und sozialen Formen durch die Eigenart und die Vergangenheit des Staates bestimmt. Im Gegensatz hierzu wird sich der Lehrer nicht entgehen lassen, den Nachweis zu führen, daß in Frankreich seit der

<sup>1)</sup> Vgl. die Nachweise bei Taine a. a. O.

Mitte des 18. Jahrhunderts Theorien, namentlich diejenige von der Volkssouveränität, einen Einfluß gewannen, wie sie ihn im Verlaufe der Geschichte nicht gehabt hatten. Theorien zuliebe wurde die königliche Gewalt zu einem weifenlosen Scheine herabgewürdigt und dann vernichtet. Darauf war alles das geschehen, was Platon<sup>1)</sup> im Staate vorhergesagt: „wenn einer demokratischen nach Freiheit durstigen Stadt schlechte Mundschinken vorstehen und sie sich über die Gebühr in ihrem starken Wein berauscht, so wird sie ihre Obrigkeiten, wenn diese nicht ganz zahm sind und alle Freiheiten gewähren, zur Strafe ziehen, indem sie ihnen Schuld giebt, böseartig und oligarchisch zu sein. Und wer der Obrigkeit gehorcht, wird als knechtlich gesinnt und wertlos behandelt.“ So läßt Platon aus maßloser Freiheit die Gewaltherrschaft entstehen.

Einem jeden Zeitalter hat die Vorsehung seine Aufgabe zugewiesen. Unsere Zeit versucht die Lösung des sozialen Problems. Es gilt, die berechtigten Wünsche des vierten Standes zu befriedigen.<sup>2)</sup> Berechtigt sind diejenigen Ansprüche, deren Durchführung ohne Beeinträchtigung anderer berechtigten Interessen möglich ist. Man gebe dem Arbeiterstande die ihm zukommende Stellung innerhalb der großen Gruppen der Gesellschaft, man sichere ihm ein ausreichendes Einkommen und den gebührenden Anteil an den Fortschritten der Kultur. Man erhalte und stärke den Mittelstand und erleichtere es den unteren Schichten, in höhere Einkommensstufen aufzusteigen. Dem vernünftigen Kern wird der Sieg nicht fehlen, der unvernünftige

<sup>1)</sup> De republica VIII c. 14 p. 562 c.

<sup>2)</sup> Lange, Geschichte des Materialismus II, S. 561. „Gewiß wird die neue Zeit nicht siegen, es sei denn unter dem Banner einer großen Idee, die den Egoismus hinwegsetzt und menschliche Vollkommenheit in menschlicher Genossenschaft als neues Ziel an die Stelle der rastlosen Arbeit setzt, die allein den persönlichen Vorteil ins Auge faßt . . . Wohl würde es die bevorstehenden Kämpfe mildern, wenn die Einsicht in die Natur menschlicher Entwicklung und geschichtlicher Prozesse sich der leitenden Geister allgemeiner bemächtigte. Wohl wäre es der schönste Lohn abmattender Geistesarbeit, wenn sie auch jetzt noch dazu beitragen könnte, unter Vermeidung furchtbarer Opfer dem Unabwendbaren eine leichte Bahn zu bereiten und die Schätze der Kultur unversehrt in die neue Epoche hinüberzuretten.“ An dieser Arbeit unser ganz bescheiden Teil mitzuwirken, das ist die Aufgabe, welche die Lehrpläne uns stellen.



Teil derartiger Bestrebungen, das eigentlich revolutionäre Element, wird an seinem eigenen Widersinn scheitern.<sup>1)</sup>

Wer den Schülern eine systematische Darstellung der Gesellschaftslehre bieten wollte, würde, auch wenn er als Lehrer selbst den Stoff beherrschte, unreife Menschen mit schwer verdaulicher Speise ernähren. Aber wenn die Geschichte der neuesten Zeit bis 1888 gelehrt werden soll, dann ist es unerlässlich, auf Wesen und Ziele der Bestrebungen des vierten Standes einzugehen. Die folgenden Bemerkungen wollen nur Anhaltspunkte für den Vortrag des Lehrers bieten.

Man geht am besten von den sozialistischen Unterströmungen der französischen Revolution, den Plänen Babeufs und den Systemen von St. Simon und Fourier aus und verbindet damit die aus der Februarrevolution hervorgegangene sozialistische Republik des Jahres 1848. Eine theoretische Durchbildung der in dieser wirksamen Gedanken hatte Louis Blanc in der Schrift „die Organisation der Arbeit“ versucht.<sup>2)</sup> Sein Programm ist die Regelung der Produktion durch den Staat. Weil das gesellschaftliche Leben der Gegenwart an der Regellosigkeit der Produktion und der Willkür und Geldgier der Unternehmer krankte, solle der Staat den Arbeitern Kapital verschaffen, Arbeit zuteilen, die Industrie organisieren und den Lohn garantieren. In Deutschland war der Arbeiterstand im Jahre 1848 noch ohne Bedeutung; erst durch die Thätigkeit Ferdinand Lassalles wurde die Ausbildung einer politischen Partei des Proletariats mächtig gefördert. In einer vor den Handwerkern der Dra-

<sup>1)</sup> Henke wies a. a. O. darauf hin, daß viele Anhänger der Sozialdemokratie auf sozialem Gebiet denselben Entwicklungsprozeß durchmachen werden, den rote-Republikaner der 30er und 40er Jahre durchgemacht haben, die sich zu demokratisch konstitutionellen, zu nationalliberalen, ja konservativen Politikern entwickelt haben. Die Thatsachen haben ihm schon jetzt Recht gegeben. Dem Lehrer, der sich hiervon überzeugen will, wird das Studium von Ed. Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Stuttgart 1899, und Karl Kautsky, Bernstein und das sozialdemokratische Programm nicht erspart bleiben können.

<sup>2)</sup> Eine gute Darstellung der Systeme in „Schlaraffia politica“ S. 227, „Den Übergang zur neuen Zeit bezeichnen drei Männer, Owen, St. Simon, Fourier, die mindestens ebenso Utopisten genannt werden dürfen als Morus und Campanella. Aber sie haben keine Romane verfaßt, sondern Systeme geschaffen.“

nienburger Vorstadt Berlins am 12. April 1862 gehaltenen Rede wies er dem vierten Stande „die Heldenrolle auf der weltgeschichtlichen Bühne“ zu und brachte dann als unermüdlicher Agitator im Mai 1863 den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ zustande. Lassalle geht von dem ehernen ökonomischen Gesetze des Arbeitslohnes aus, wonach der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigsten Lebensunterhalt beschränkt bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Infolge dieses Gesetzes wird von dem Arbeitsertrage der Produktion zunächst soviel abgezogen und unter die Arbeiter verteilt, als zu ihrer Lebensfristung nötig ist. Der ganze Überschuß der Produktion fällt auf den Unternehmeranteil. Das einzige Mittel, jenes ehernen und grausamen Gesetz zu beseitigen, würde sein, den Arbeiterstaat zu seinem eigenen Unternehmer zu machen und den Arbeitslohn durch den Arbeitsertrag zu ersetzen.

Wochte Lassalle auch eine große Agitation gegen die Kornzölle und für das allgemeine Wahlrecht ins Werk setzen und Staatskredit für seine Produktivassoziationen verlangen, er war weit davon entfernt, auf den Umsturz des Bestehenden auszugehen, vielmehr erstrebte er auf gesetzlichem Wege durch ein soziales Königtum die Hebung des Arbeiterstandes. Als Lassalle endete, war sein Arbeiterverein noch nicht fest genug begründet, um dem Siegeszuge der „Internationalen Arbeiterassoziation“ entgegenzutreten. Zu London 1864 ins Leben gerufen durch Karl Marx, erklärte sie auf dem Genfer Kongreß von 1866 die Emanzipation der Arbeiterklasse weder für „eine lokale, noch eine nationale, sondern für eine gesellschaftliche Aufgabe“. In Deutschland stellte sich dem Allgemeinen Arbeiterverein 1869 die sozialdemokratische Arbeiterpartei, gegründet hauptsächlich von Aug. Bebel und Wilh. Liebknecht zur Seite.<sup>1)</sup> Diese Partei (die „Eisenacher“) und die Lassallianer vereinigten sich 1875 in

<sup>1)</sup> Sein System wird eingehender von Gilles in der Beilage zum Jahresbericht (1893) des Gymnasiums zu Essen gewürdigt. Dieser empfiehlt zum Studium „Schäffle, Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie (4. Aufl.).“ „Sch. sieht auf religiösem Boden, ist arbeiterfreundlich und bestrebt, nach allen Seiten gerecht zu werden“ (S. 36). Eine gute zusammenfassende Darstellung findet der Lehrer bei Emile de Laveleye, Der Sozialismus der Gegenwart. N. 825—829 der Bibliothek der Gesamtliteratur.



Gotha auf Grund eines Programms, das im wesentlichen die Theorien von Karl Marx wiedergab. Diese sind entlehnt seinem Buche „Das Kapital“ (I 1867, II 1885, III 1894), das bis auf unsere Tage ein fast kanonisches Ansehen bei der Partei genießt.

Marx gründet sein System auf die Lehre von Adam Smith, daß die einzige Quelle der Werte die Arbeit sei. Gleiche Quantitäten Arbeit müßten zu allen Zeiten und an allen Orten für den Arbeiter selbst denselben Wert haben. Von dieser Voraussetzung ausgehend, sucht Marx, zu beweisen, daß das Kapital durch Raub entstanden ist. Wenn von Rechtswegen nur die Arbeit die Quelle des Eigentums ist, so dürfen nur die Arbeiter Eigentümer sein. Von den daraus hergeleiteten Sätzen kommen namentlich die folgenden in Betracht:

1. Die Unterscheidung von Gebrauchswert und Tauschwert. Wertmesser ist die in dem Gegenstande enthaltene Arbeit, aber beide stimmen durchaus nicht immer überein. Der Gebrauchswert hängt allein von der Stärke des Bedürfnisses ab. Ein Brot, von dem man einen Tag leben kann, behält als Verbrauchsgegenstand denselben Wert; der Tauschwert wird von dem Ausfall der Ernte und dem Preise des Kornes bestimmt.

2. Die Entstehung und Vermehrung des Kapitals: Der Wert der Arbeit ist gleich der Summe der Stunden, die notwendig sind, den Unterhalt des Arbeiters zu beschaffen. Das muß der Kapitalist nach den Grundsätzen des Tausches zahlen. Aller Mehrwert, in welcher besonderer Gestalt er sich kristallisiert, ist nichts als eine bestimmte Menge in Materie umgewandelter, unbezahlter Arbeitszeit. Das Geheimnis der produktiven Arbeit kommt darauf hinaus, daß es über ein bestimmtes Quantum unbezahlter fremder Arbeit verfügt. An sich ist das Kapital tot, es ist tote Arbeit, die nur wieder lebendig werden kann, wenn sie wie ein Vampir lebendige Arbeit aufsaugt, und die um so kräftiger lebt und wächst, je mehr sie davon verschlingt. Nach Marx beginnt die kapitalistische Wirtschaftsordnung im 16. Jahrhundert, wo die Großgrundbesitzer den kleinen Bauern mehr und mehr ihren Besitz raubten und den Städten eine überschüssige Bevölkerung zutrieben. Die Unterdrückung des Handwerks und die Einführung der Maschinen hatte die Entwicklung

der Großindustrie zur Folge, in der wenigen Kapitalisten eine unaufhörlich wachsende Menge von Proletariern gegenübersteht, deren Zahl mit jeder Vermehrung das Kapitals wächst. „Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf Seite der Klasse, die durch ihre Thätigkeit das Kapital entstehen läßt.

3. Die gesamte innere Geschichte ist ein von der wirtschaftlichen Entwicklung beherrschter Klassenkampf. In diesem Kampfe hat heute der vierte Stand die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu erringen, d. h. einen Gesellschaftszustand herbeizuführen, bei dem in weitester Ausdehnung mit den Mitteln der Gesamtheit gewirtschaftet wird.

Mit den von Marx geschmiedeten Waffen kämpfen die Führer der deutschen Sozialdemokratie. Innerhalb dieser Partei sind zwei Richtungen zu unterscheiden; die eine will ihr Ziel durch gewaltsamen Umsturz erreichen, die andere sucht durch allmähliche Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse und durch Heranbildung der Massen schrittweise die Macht zu erringen und ihre Bestrebungen auf dem Boden der alten Gesellschaftsordnung zunächst zu verfolgen.<sup>1)</sup>

Von den eigentlich sozialen Forderungen, wie sie z. B. der Gothaer Parteitag festsetzte, sind gewisse Nebenerscheinungen zu trennen, die längst über den vierten Stand hinausgreifen und in der unserer Zeit eignen Überschätzung materieller Werte ihren Grund haben. „Heute drängt die Massenkraft der Bedingungen materiellen Daseins und Wohlsins die Menschen in fest angewiesene Bahnen. Damit trifft eine von anderer Seite kommende Bewegung in innerer Verwandtschaft zusammen. Es ist die in die Anschauungen unserer Zeit tief eingreifende Sittenlehre, welche bei Feststellung des sittlichen Ideals von den Lustempfindungen des Einzelnen ausgeht und in der Forderung der Verbreitung einer größtmöglichen Summe von Lustempfindungen in der menschlichen Gemeinschaft den Höhepunkt erreicht zu haben glaubt; sie will den Glauben zerstören, der den

<sup>1)</sup> Vgl. Bernstein, a. a. O.



Grund des sittlichen Gesetzes und das Ziel des sittlichen Strebens in dem jenseits der Welt liegenden Ewigen und Göttlichen sucht.“<sup>1)</sup>

Der Atheismus der Sozialdemokratie ist eine Erscheinung dieser Zeitkrankheit, der Niederschlag einer materialistischen Weltanschauung, die heute wissenschaftlich überwunden ist. Ähnlich verhält es sich mit der Lehre von der „freien Liebe“. „Sie ist im Pfuhe unserer Großstädte geboren, und von dem Mißbrauch, eine heilige Einrichtung zum Geschäfte herabzuwürdigen, genährt worden.“ Kann dieser Punkt überhaupt in der Schule berührt werden, so müßte es im Religionsunterricht geschehen.

Was die Internationalität angeht, so bemerkte in Bonn der Mitberichterstatte Dr. Zietschmann sehr richtig: sie wurzele in der kosmopolitischen Neigung unseres deutschen Idealismus und dem mangelhaft entwickelten Vaterlandsgeföhle unserer Nation. Ihr gegenüber sei der geschichtliche Nachweis nicht schwer, daß allein aus dem Antäusboden des Vaterlandes der Volksrieße seine Kraft und Widerstandsfähigkeit, seine Gesundung und sein dauerndes Wohl- ergehen schöpfen könne. Der Verherrlichung der Volksherrschaft will er das deutsch-soziale Kaisertum gegenüber stellen. In Deutschland könne dies allein die berechtigten Forderungen des Sozialismus national verwirklichen und damit die unzufriedenen Klassen der Bevölkerung versöhnen. Nur in einer starken Monarchie könne der Grundsatz: *Suum cuique*, jedem nach seiner Arbeit! verwirklicht werden gegenüber der öden Gleichmacherei der vaterlandslosen Sozialdemokratie.

Der Sozialismus im engeren Sinne, leidet nach Henke unter der echt deutschen Neigung des unfruchtbaren Theoretisierens, dem gegenüber auf das Beispiel der englischen Arbeiter hingewiesen wird. „Man jagt dort nicht der *fata morgana* von allerlei Utopien nach, man steckt sich praktische, durch die Entwicklung geforderte Ziele, die man durch zähen Kampf und harte Arbeit glaubt erreichen zu können und die man auch meist bald erreicht. Bei internationalen Kongressen stehen die englischen Vertreter meist isoliert da und scheuen diese Isoliertheit nicht, wenn es sich um übertriebene, noch nicht er-

<sup>1)</sup> Ritter, Die deutsche Nation und das deutsche Kaisertum Bonn. 1896. Seite 22.

reichbare Forderungen oder gar Utopistereien handelt. Der deutsche Sozialdemokrat glaubt nur dann seine wirtschaftlichen Ziele erreichen zu können, wenn er Himmel und Erde, Natur und Kunst, Gott und Mensch umgestaltet hat. Dieser Hang zum Theoretisiren geht Hand in Hand mit einem unhistorischen Sinne und führt auch zu politischen Irrlehren, z. B. zu der, daß nur in einer radikalen Republik das Wohl des vierten Standes geschaffen werden könne." (S. 19.)

Sehr wirksam wird in diesem Zusammenhange der Hinweis auf die Vorzüge sein, die wir vor anderen Völkern voraus haben. Deutschland erfreut sich eines lebenskräftigen Mittelstandes, während es in England neben 4000 Großgrundbesitzern nur gedrückte Pächter giebt. Während hier der Ackerbau durch die Weidewirtschaft verdrängt wird, erzeugen wir noch  $\frac{4}{5}$  unserer Nahrungsmittel auf deutschem Boden.

Wenn der Lehrer Herr des Stoffes ist und sich von Abstraktion frei macht, kann er an der Hand der Statistik und unter Hinweis auf vorher nicht zu berechnende Naturereignisse den Nachweis führen, daß eine allumfassende Regelung der Produktion ein Unding ist, daß ferner die Produktivität leiden muß, wenn das Privatinteresse mit dem Privatbesitz verstaatlicht wird und der oberste Grundsatz aller Gerechtigkeit, daß der Arbeitsame und Leistungsfähige den größeren Lohn und Erfolg hat, in Wegfall kommt. Leichter wird es schon sein, an der Hand von Thatfachen und des gesunden Menschenverstandes den Schüler zu der Einsicht zu führen, daß das sozialistische Programm die Freiheit des Einzelnen untergräbt und die von der Partei geforderte absolute Gleichheit, weil naturwidrig, nicht durchführbar ist und keine Macht der Erde das Elend hinwegschafft, daß dieses nur durch Zügelung der Selbstsucht, durch strenge Pflichterfüllung und christliche Liebe gelindert werden kann.<sup>1)</sup>

Von der Unterstufe ist selbstverständlich die Behandlung sozialistischer Theorien schlechthin auszuschließen. Hier kann es sich nur um die Darstellung von Zuständen in den einzelnen Perioden handeln. Für die Gegenwart müssen wir uns darauf beschränken, die

<sup>1)</sup> Vgl. Schlaraffia politica S. 287 ff.



Verdienste Kaiser Wilhelms I. und II. um die arbeitenden Klassen darzulegen und den Inhalt der einschlägigen Gesetze hervorzuheben.

## XXV. Deutsche Sozialpolitik unter Wilhelm I. und Wilhelm II.

Unsere Zeit hat gegenüber dem vierten Stande eine ähnliche Aufgabe zu lösen, wie sie unter Friedrich Wilhelm III. zum Segen des dritten Standes gelöst wurde, nachdem dieser Stand in Frankreich die beiden anderen Stände aus ihrem Besitze verdrängt und die alte Ordnung über den Haufen geworfen hatte. Soll der vierte Stand aus seinem unfertigen Zustande befreit werden und den berechtigten Ansprüchen des Arbeiterstandes Genüge geschehen, so müssen alle Kreise der Nation sich zu gemeinsamer Arbeit vereinigen. Aber bei dem Umfange der zu bewältigenden Arbeit und der Spannung der auszugleichenden Interessen ist ein bleibender Erfolg nur von einer durchgreifenden Thätigkeit des Staates zu erwarten.

In dieser Gedankenreihe findet die wirtschaftliche Bedeutung der Gründung des deutschen Reichs ihre natürliche Stelle. Schon die Reichsgründung selbst war wirtschaftlich eine Notwendigkeit. Die Entfaltung des Verkehrs hatte die Kleinstaaterie unmöglich gemacht; ein großartiger wirtschaftlicher Aufschwung war die Folge ihrer Beseitigung. Den Ausgangspunkt für diese Erörterungen bilden Artikel 4 und 33—56 der Reichsverfassung, die dem Reiche auf wirtschaftlichem Gebiete weitgehende Befugnisse übertragen. Die Einführung einer einheitlichen Maß-, Gewichts- und Münznorm, die Regelung des Papiergeldes und des Bankwesens, die einheitliche Gestaltung der öffentlichen Gesundheitspflege, die Gleichheit der Gerichtsverfassung und Prozeßordnung, des Wechsel-, Handels- und Strafrechtes, die Verstaatlichung der Verkehrsmittel, Bestimmungen über Markenschutz, Erfindungs- und Patentrecht, über Freizügigkeit und Niederlassungsrecht, endlich Einrichtungen zum Schutze der im Auslande lebenden Deutschen waren die wichtigsten Gebiete, auf denen sich die Gesetzgebung in dem auf die Begründung des Reichs folgenden Jahrzehnt bewegte.

Mit dem zweiten Jahrzehnt beginnt eine Ära umfassender sozialer Reformen. Die Mordanschläge auf Wilhelm I., die Agitation der Sozialdemokratie und das Sozialistengesetz (1878 bis 1. Oktober 1890) bilden die tragische Einleitung zu den Verfügungen über die wichtigsten wirtschaftlichen Maßnahmen: über den Schutz der deutschen Arbeit durch die Zoll- und Wirtschaftsreform, über die Belebung des Handwerks durch Herstellung von Zünften, die Erwerbung eines ausgedehnten Kolonialgebietes und die Errichtung staatlich unterstützter Dampferlinien.

Die Darlegung dieser Dinge leitet zur eigentlichen sozialen Politik über. Auszugehen ist von den Kaiserlichen Botschaften an den Reichstag vom 17. November 1881, vom 11. April 1883 und vom 12. März 1884. Die wichtigsten Stellen der grundlegenden ersten Botschaft sind dem Gedächtnis der Schüler einzuprägen. Aber die Hauptsache bleibt die klare Erfassung der großen Aufgabe, die Wilhelm I. anknüpfend an die alten Traditionen seines Hauses sich und seinen Nachfolgern gestellt hat, die wirtschaftlich Schwachen zu schützen, ein Beruf, in dem auch das deutsche Königtum des Mittelalters in seinen besten Zeiten Stärke und Befriedigung gefunden hat.

Die Rede Bismarcks vom 9. Januar 1882, in der er den Gesamtplan der Regierung in Bezug auf die Sozialreform entwickelt, der Erlass Friedrichs III. (vom 12. März 1888) an den Reichskanzler und die beiden Rundgebungen Wilhelms II. vom 4. Februar 1890 sollte jeder Primaner gelesen und verstanden haben. Diese Lektüre dürfte fruchtbringender sein als lange Auseinandersetzungen. In Unterssekunda ist die Bedeutung der Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung für das Wohl der arbeitenden Klassen an konkreten Fällen klar zu machen. Dasselbe gilt von den Maßnahmen, die Gesundheit und Schutz des Arbeiters betreffen<sup>1)</sup> und sich trotz des schwerfälligen und kostspieligen Verwaltungsapparates bewährt haben.

<sup>1)</sup> Das Einzelne bei E. Wolff, a. a. O. S. 214: „Die drei großen Wohlfahrtsgesetze bilden zusammen ein Ganzes, durch welches dem Elend, das der moderne Großbetrieb mit sich bringt, mächtig gesteuert wird.“



Den Ausbau des Arbeiterschutzes im engeren Sinne leitet der Erlaß vom 4. Februar 1890 ein. Der Kaiser hat darin seiner Anschauung Ausdruck gegeben: „daß nur internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarktes beteiligten Länder die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter abschwächen und überwinden könnten.“ Dieser Anregung folgend traten am 15. März 1890 die 62 Abgeordneten von 13 Staaten in Berlin zusammen und verhandelten über die Frage, durch welche Mittel der Arbeiterstand vor Ausbeutung, Sittenverwilderung und Verfall des Familienlebens geschützt werden könnte. Der Satz, daß ein Arbeiterschutz begründet und notwendig sei, fand allgemeine Anerkennung. Um diese Ziele in bessere Beleuchtung zu rücken, wird nochmals auf die englische Arbeiterschutzgesetzgebung eingegangen, durch die schon im Jahre 1834 Fabrikinspektoren für das gesamte Textilgewerbe bestellt und Maßregeln zum Schutz der arbeitenden Frauen und Kinder getroffen wurden.<sup>1)</sup> (Zu Frankreich erschien das erste Gesetz über Kinderarbeit im Jahre 1841.)

Was der Kaiser in seiner Kundgebung als eine der Aufgaben der Staatsgewalt bezeichnet hatte, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Arbeiters und ihr Anspruch auf gezielte Gleichberechtigung gewahrt bleiben, ist fruchtbar geworden in den Gewerbegerichten, die aus Sachverständigen gebildet, endgiltig über Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern und zwischen Arbeitern untereinander entscheiden. Dazu trat die Novelle zur Reichsgewerbeordnung (das sog. Arbeiterschutzgesetz, in Kraft seit dem 1. April 1892), worin Bestimmungen über Arbeitszeit und Pausen, über Lohnzahlung und Strafen, über Frauen- und Kinderarbeit, sowie über Sonntagsruhe (seit 1. April 1895) enthalten sind. „Eins ist durch die Arbeiterschutzgesetzgebung von Seiten des modernen Staates anerkannt worden, daß jede Arbeit, mag sie nun am Schreibtisch oder am Pflug und Amboß verrichtet werden, gleich geachtet werden muß, wenn es

<sup>1)</sup> Eine größere Zahl von Maßregeln privater und genossenschaftlicher Wohltätigkeitsanstalten dürfte sich in jeder mittleren Stadt vereinigt finden.

auch nie möglich sein wird, sie gleichmäßig zu bezahlen. . . Keiner, der froh seine Pflicht gethan, soll darben, wenn ihn ein Unfall trifft oder die lähmende Mattigkeit des Alters beschleicht. Es gibt keine rechtlich und sozial getrennten Stände mehr in Deutschland."<sup>1)</sup>

Auf der oberen Stufe kann nach Anleitung der anregenden Schrift von L. Hahn, „Das soziale Königtum“<sup>2)</sup> der innere Zusammenhang der deutschen Schutzollpolitik und Steuerreform mit den sozialpolitischen Maßnahmen, von denen zuletzt die Rede war, vorgeführt werden.

Der Lehrer wird sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die Gegenwart mit der Vergangenheit des preussischen Staates in Verbindung zu setzen und auf seine überkommenen Aufgaben hinzuweisen. Friedrich Wilhelm I., der ohne Rücksicht auf die Ansprüche der Junker den Bauernstand unter seinen Schutz nahm, ist ein Vorbild seiner Nachkommen, die ohne Rücksicht auf das Murren einzelner durch den Schutz der Arbeiter dafür sorgen, daß ihre Unterthanen in den Fabriken nicht verkümmern.<sup>3)</sup>

## XXVI. Vorbereitende und ergänzende Belehrungen.

Deutschlands gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung kann aber nicht ausschließlich Gegenstand des Geschichtsunterrichts sein, wenn es auch scheint, als ob durch die Lehrpläne die Marschroute gebunden sei. Eine größere Anzahl von gewichtigen Stimmen haben sich eingehend darüber ausgesprochen, wie andere Lehrfächer zur Unterstützung des Geschichtsunterrichts herangezogen werden können. Wir folgen hier ihrem Gedankengange, um festzustellen, wie weit diese Forderung berechtigt ist. Sie ist von der Erwägung

<sup>1)</sup> Vgl. Sommerlad, Die soziale Wirksamkeit der Hohenzollern. S. 104.

<sup>2)</sup> Berlin 1887. — Dem Lehrer seien zur Vorbereitung auch die klar und knapp gehaltenen Einleitungen zu „den deutschen Reichsgesetzen“ in der Guttentagschen Sammlung empfohlen.

<sup>3)</sup> Verwandte Anschauungen gelangen häufiger in der publizistischen Literatur zum Ausdruck: „Verständige Leitung der herrschenden, verständige Selbsthilfe der abhängigen Klassen hätten zusammenwirken sollen, die üblen Wirkungen des Kapitalismus ohne Verstaatlichung der Produktionsmittel zu heilen“ (Grenzboten 1892 Nr. 91).



geleitet, daß der Geschichtslehrer seine Aufgabe mit besserem Erfolg lösen kann, wenn diese auf früheren Stufen und in andern Fächern vorbereitet ist. Er brauche dann nur den gelegentlich gebotenen Stoff im Geschichtsunterricht zusammenzufassen.

Die einen bemühen sich im einzelnen festzustellen, was in jedem Fache auf jeder Stufe durchzunehmen sei, andere empfehlen, durch einen eingehenden alle Fächer einschließenden Lehrplan festzulegen, in welcher Klasse, wie jeder Punkt und von welchem Lehrer zur Sprache gebracht werden soll. Man müsse die deutschen Lesebücher durch Stücke, die auf das bürgerliche Leben Bezug hätten, erweitern, die Lehrbücher der Arithmetik durch Aufnahme entsprechender Aufgaben praktischer gestalten und im Religionsunterricht die Sozialdemokratie direkt bekämpfen. Das Deutsche wird zur Mitarbeit herangezogen mit dem Hinweis auf die dem deutschen Unterricht gestellte Aufgabe, den vaterländischen Sinn und nationalen Gedanken zu pflegen.

Ähnliches hatte H. Schiller<sup>1)</sup> in der Zeitschrift für Gymnasialwesen 42 S. 401 und Moormeister in einer Beilage zu dem Schlettstatter Jahresbericht (1888)<sup>2)</sup> verlangt: wer die Schule verlasse, müsse eine klare Anschauung von der Entwicklung des Staates der alten, mittleren und neueren Zeit, von der Verfassung und Verwaltung des heimischen Staates besitzen. Unter Abweisung der Forderung besonderer Unterrichtsstunden für Staatslehre will Schiller die einschlagenden Kenntnisse von Fall zu Fall erworben wissen und den Stoff, den die anderen Fächer bieten, für diesen Zweck ausnutzen: ein Verfahren, das zu einer Veräußerlichung des Konzentrationsbegriffes führen müßte, da unter echter Konzentration das harmonische Zusammenwirken aller Unterrichtszweige nach dem einen Ziel der Bildung zu verstehen sei.

Nicht minder verfehlt würde es sein, im Interesse gesellschaftlicher Belehrungen den gesamten Unterricht systematisch auszubenten. Wer dies will, schreckt nicht davor zurück, einem bloßen

<sup>1)</sup> „Bedarf es eines besonderen neuen Unterrichtsgegenstandes, um den Schülern höherer Lehranstalten die Kenntnis der staatlichen Einrichtungen ihres Vaterlandes zu sichern?“

<sup>2)</sup> Über volkswirtschaftliche Belehrungen im Unterricht der höheren Schulen.

Zeitinteresse den Unterricht unterzuordnen und darüber das ethische Moment außer Acht zu lassen. Es kann nur darauf ankommen, dieses mit jenem in einen einleuchtenden Zusammenhang zu bringen und das in ausreichendem Maße vorhandene Material in der Weise auszunutzen, daß in jedem Fache der Blick des Schülers für seine Umgebung und sein Verständnis für die Erscheinungen der Gegenwart geschärft werde.

Unterweisungen über die ethischen Beziehungen der Menschen untereinander sind in erster Linie Sache des Religionsunterrichtes. Die Lehre vom Dasein Gottes, von der Unsterblichkeit der Seele, vom Gehorsam gegen die Obrigkeit, von den Pflichten gegen den Mitmenschen, von der Arbeit als einer gottgewollten Ordnung, von der Heiligung des Sabbathes und der Ehe steht im schärfsten Gegensatz gegen die revolutionären Tendenzen der Sozialdemokratie.

Auch der deutsche Unterricht kann, ohne daß eine Beeinträchtigung seiner Hauptaufgabe zu fürchten wäre und ohne ihn mit allerhand Realien zu belasten, manchen Nebengewinn abwerfen, wenn der in den Lesebüchern jetzt vorhandene prosaische Stoff benutzt wird, um den Blick des Schülers auf die Verhältnisse der Gegenwart zu lenken. Insbesondere aber wird der Unterricht in der deutschen Literatur außerordentlich wirksam werden, wenn er immer wieder darauf zurückkommt, daß kein Zeitalter über einen bestimmten Ideenkreis hinauszukommen vermag und daß der Kulturfortschritt ebenso stetig wie unaufhaltsam ist.

Die fremdsprachliche Lektüre steht überhaupt in einem subsidiären Verhältnis zum Geschichtsunterricht. Außer den gewöhnlich gelesenen historischen Schriften der Alten werden Reden von Mirabeau und Pitt, Abschnitte aus Macaulays History of England, aus H. Taine, les origines de la France contemporaine, für die Oberstufe wegen ihres Bildungsgehaltes mit Recht empfohlen.<sup>1)</sup> Jede Lektüre ist ja ein Stück historischen Studiums. Alle klassischen Schriftwerke von Homer bis Tacitus sind eine Fundgrube wirtschaftlicher und politischer Erkenntnis. Aber eine Versündigung an dem

<sup>1)</sup> Für die mittlere Stufe wird Souvestre, au coin de feu; le philosophe sous les toits; Dickens, a Christmas carol; a Childs history of England empfohlen.



jugendlichen Geiste würde es sein, wenn über der Erwähnung dieser Dinge das Beste, was wir der Lektüre der großen Klassiker verdanken, die Begeisterung für die Welt der Ideale zu kurz kommen sollte. Wir würden damit ein sicheres Gegen- und Heilmittel wider allen Materialismus preisgeben.

Nur eine Disziplin ist nach ihrem ganzen Charakter geeignet, dem geschichtlichen Unterricht einen Teil der ihm zugeordneten Belehrungen abzunehmen, die Erdkunde.

Nach Karl Ritters Vorgang muß der erdkundliche Unterricht in den inneren Zusammenhang der Beziehungen der Menschen zu dem Boden, den sie bewohnen und bearbeiten, treten und die gesamte vaterländische Thätigkeit und Produktion mit den entsprechenden Verhältnissen anderer Länder verglichen werden.

A. Kirchhoff, der alles wirklich Politische, so die Behandlung der Verfassung und Verwaltung der Staaten auf dasjenige Feld verweist, wo der Mensch wesentlich aus freier Willensentscheidung handelt und wenig oder gar nicht mehr von der Heimatnatur beeinflusst wird, verkennet, daß die Grenzen zwischen natürlichem Einfluß und menschlichem Willen schlechterdings nicht zu ziehen sind und jede menschliche Gemeinschaft von den Naturbedingungen ihres Wohnortes abhängt.

Manche Lehrer haben seit Jahren im geographischen Unterricht die Erfahrung gemacht, daß die einfachsten Elemente der Staats- und Wirtschaftslehre hier gelernt werden können, ohne daß er seinem eigentlichen Ziele entzogen wird, daß im Gegenteile diese Art der Betrachtung zur Erfassung der Erdräume wesentlich beiträgt. Freilich muß man es verstehen, politische und geschichtliche Erdkunde, nicht Statistik zu lehren. Wenn der Gedächtnisstoff gekürzt, vor allem weniger Städte, weniger Einwohnerzahlen und Höhenangaben verlangt werden, wird die der Erdkunde zugemessene Zeit ausreichen, in den unteren und mittleren Klassen dem Schüler diejenigen positiven Kenntnisse, deren er als Staatsbürger nicht entraten kann, einzuprägen und sie zu einem unverlierbaren Bestandteile seines Wissens und Könnens zu machen.

Diese Forderung bedeutet allerdings eine Vertiefung des geographischen Unterrichts, die auf eine lebendigere Beziehung zum Pensum der Geschichte hinauskommt; ihr entspricht in hohem Maße

die „Politische Geographie“ von Nagel (1897), die den Staat auf allen Stufen seiner Entwicklung als Organismus betrachtet, dessen geographische Bedeutung in seinem notwendigen Zusammenhange mit dem Boden liegt. Jeder Leser wird das Buch aus der Hand legen mit dem Eindrucke, daß es zur Annäherung der Staatswissenschaft und Geographie wesentlich beigetragen hat. Auch Geistbeck, „Der Weltverkehr“ (1895) kann im Sinne der eingangs näher bezeichneten Aufgabe mit großem Nutzen herangezogen werden. In knapper und gemeinverständlicher Darstellung werden darin die modernen Verkehrs-mittel nach dem neuesten Stande der Entwicklung behandelt. Freilich wird die Schule diesen Aufgaben erst dann völlig gerecht werden können, wenn eine Stunde Geographie in den Lehrplan der obersten Stufe eingestellt wird. Dann läßt sich der geographische Unterricht zu einem hervorragend wirksamen Faktor der politischen Bildung ausgestalten. Man versucht jetzt ähnliches auch in Frankreich. Namentlich Foncin hat in seinen Lehrbüchern (z. B. *Géographie historique*) Karte, Bild und Darstellung zur Erläuterung dieses schwierigen Gegenstandes in glücklicher Weise vereinigt.

Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht auch das Eindringen in das innere Leben des deutschen Volkes, wie es Niehl in seinen kulturgeschichtlichen Werken ins Auge gefaßt hat, eine wichtige Aufgabe des geographischen Unterrichts ist. An der Hand von Nagels vortrefflichem Büchlein „Deutschland“ wird es dem Lehrer leicht gelingen, die ethnographischen Verhältnisse klarzustellen und zum Verstehen von Land und Leuten anzuleiten.

Wollten wir im allgemeinen den Umfang der im erdkundlichen Unterricht zu erwerbenden Kenntnisse bestimmen, so würden zunächst die Grundformen menschlichen Gemeinschaftslebens in Betracht kommen (Hauptverfassungsformen, Staatenverbindungen, wie Union, Staatenbund, Bundesstaat, die Verfassung des deutschen Reiches und des preußischen Staates insbesondere, die Verwaltung in Provinzen und Kreisen, in Stadt und Land). Von den wichtigsten Thatfachen und Gesetzen des Erwerbslebens in diesen Gemeinschaften können aus dem Unterricht herauswachsen Aufschlüsse über den Einfluß der physikalischen Länderbeschaffenheit auf das Wesen des Volkes, über die Verschiedenheit der Thätigkeit der Menschen in Landbau, Gewerbe und Handel, über die Wirkung des Handels auf



die räumliche Verbreitung der Völker, über Grundbegriffe des Tausches, Verkehrs, Transportes, des Angebotes, der Nachfrage der Konkurrenz und Monopole.<sup>1)</sup>

Auf die einzelnen Klassen dürfte der reichhaltige Stoff etwa folgendermaßen zu verteilen sein, ohne daß eine erhebliche Belastung des Faches nötig würde. Diese Verteilung nimmt auch Rücksicht auf die im Geschichts-Unterricht bereits erworbenen oder zu erwerbenden Kenntnisse.<sup>2)</sup>

In Sexta gehen die ersten Belehrungen von der engsten Heimat aus. Von dem Familienleben, das mit seinen Gruppen das erste Bild des Gemeinschaftslebens darstellt, wendet sich der Blick auf die Schule mit ihrem Organismus und ihren Bedürfnissen. Diese leitet zur Veranschaulichung der bürgerlichen Gemeinschaft, zunächst der städtischen Gemeinde mit ihren Vertretern, ihrer Verwaltung, den Pflichten und Rechten ihrer Glieder, der Benutzung des Bodens der Umgebung, ihrem Handwerk, Gewerbe und Handel. Daran schließt sich die Herausarbeitung des Bildes der weiteren geschichtlichen Umgebung bis an die Grenzen des heimatischen Kreises und der Rheinlande unter Berücksichtigung der einfachsten Thatsachen der Verwaltung.

In Quinta wird das gewonnene Bild bei der Behandlung der Erdkunde Deutschlands wiederholt und durch neue Züge erweitert. Die Verfassung und Verwaltung des Reichs und Preußens wird in ihren Grundlinien vorgeführt (Kaiser, Reichstag, Bundesrat, Kanzler, Land- und Seemacht, Post und Telegraphie, von Gerichts- und Verkehrswesen das allgemeinste, ebenso von den Behörden der Staats- und Provinzialverwaltung). Mit der physi-

<sup>1)</sup> Im Anschluß an das Kanalsystem Frankreichs, bezw. Deutschlands werden der Zweck künstlicher Wasserstraßen, die verschiedenen Arten des Transportverkehrs (Personen, Güter, Nachrichten), örtliche und zeitliche Ausgleichung von Mangel und Überfluß, Häufung der Bevölkerung an Knotenpunkten des Verkehrs festgestellt.

<sup>2)</sup> Vgl. C. Endemann, Staatslehre und Volkswirtschaft. S. 91 ff.

kalischen Betrachtung des vaterländischen Bodens wird ein Hinweis auf seine Haupterzeugnisse verbunden. Zwanglos schließen sich die Hauptgegenstände von Einfuhr und Ausfuhr, Zölle, Verkehrsmittel und Verkehrswege an.

In Quarta wird man die entsprechenden Zustände der außerdeutschen Staaten Europas in Verbindung mit den Kenntnissen bringen, die der Schüler in Quinta erworben hat. Der Unterschied von absoluter und konstitutioneller Regierung, von Einheits- und Bundesstaat, von Personalunion und Staatenbund ergibt sich im Anschluß an die Betrachtung der europäischen Staatenwelt. Die Hauptprodukte der verschiedenen Länder werden nach Maßgabe ihrer Wichtigkeit für das Vaterland erörtert.

Daran reiht sich in Untertertia die Besprechung der Hauptprodukte der fremden Erdteile, der ozeanischen und kontinentalen Handelsstraßen unter demselben Gesichtspunkte an. Die Verbreitung der Deutschen über Europa und die übrige Welt, die zu ihrem Schutze getroffenen Einrichtungen sind in den Rahmen der Betrachtung der außereuropäischen Erdteile einzufügen.

In unsern Lehrplänen ist die Verteilung des Stoffes auf die Klassen Untertertia bis Untersekunda wenig glücklich. Mit der Betrachtung der außereuropäischen Erdräume verbindet sich doch naturgemäß diejenige der Kolonien der europäischen Nationen; also ist in diesem Zusammenhange auch das Kolonialland des deutschen Reichs durchzunehmen. Andererseits muß die Wiederholung der physikalischen Erdkunde Deutschlands derjenigen der politischen vorhergehen. Da die Untertertia mit dem Pensum der außereuropäischen Erdteile und der deutschen Kolonien ausreichend belastet ist, so bleibt die Wiederholung der Geographie am besten der Untersekunda vorbehalten. In dieser Klasse wären dann auch Verfassung und Verwaltung des preußischen Staates und des deutschen Reiches eingehender durchzunehmen als in Quinta. In derselben Klasse lernt der Schüler die Verfassungen der anderen euro-



päischen Staaten genauer kennen.<sup>1)</sup> Einer besonderen Hervorhebung bedarf ihre Weltstellung, weil hier Gelegenheit geboten ist, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Vaterlandes im Lichte fremder Einrichtungen zu sehen. In dieser und den vorhergehenden Klasse werden aus Einzelercheinungen einige Hauptsätze über Produktion, Einkommen, Tausch, Geld und Kredit abgeleitet.

Wäre erst eine Stunde Erdkunde in die oberen Klassen eingeführt, so müßte in dieser nächst der allgemeinen Geographie das früher Gebotene vertieft, schwierigere Probleme der Wirtschaftslehre behandelt und im einzelnen nachgewiesen werden, wie der Mensch die Erde erschloß, erobert und seinem Willen dienstbar gemacht hat.

---

<sup>1)</sup> Hilfsmittel giebt es genug: Werke für den Lehrer geeignet sind die kleine Ausgabe des Buches von Hui de Grais, „Grundriß der Verfassung und Verwaltung in Preußen und dem deutschen Reiche“ und die „Deutsche Bürgerkunde“, ein Handbuch des politischen Wissenswerten für jedermann, von G. Hoffmann und E. Groth (1894), das in erster Linie die Kenntnis des eignen Staates lehrt, in der Hoffnung, „daß damit die Parteigegensätze sich mildern, die Liebe zum Vaterlande und der Staatsstolz sich kräftigen werden“.

## Methodische Bemerkungen.

Die Darbietung des Stoffes ist, wie schon bemerkt wurde, dieselbe wie im übrigen Geschichtsunterricht. Statt des fortlaufenden Vortrags, der nach wie vor die Hauptsache bleiben muß, empfiehlt es sich in vielen Fällen, das heuristische Verfahren und eine entwickelnde Lehrweise anzuwenden. Auf diesem Wege werden am einfachsten die Schwierigkeiten überwunden, die aus dem Umstande entstehen, daß nicht nur die einzelnen Thatfachen wie sonst in der Geschichte, sondern vielfach, namentlich auf der mittleren Stufe, die allgemeinsten Begriffe den Lernenden unbekannt sind. Dasselbe Verfahren tritt im geographischen Unterricht ein. Es versteht sich, daß unter Umständen solche Belehrungen den Charakter von Besprechungen annehmen können, ähnlich denjenigen der deutschen Aufsatzthemata. So wird die Möglichkeit geboten, auch bei spröden und schwierigen Stoffen die Teilnahme der ganzen Klasse rege zu erhalten. Wenn die konkreten Erscheinungen vor Augen geführt sind, werden durch Vergleich und Abstraktion unter Vermeidung eigentlicher Definitionen die Begriffe festgestellt und die allgemein gültigen Regeln gefunden. So wäre z. B. zu verfahren, wenn es sich um die Klarstellung des Begriffs Kapital und um den Nachweis handelt, daß Arbeitsteilung ein Haupthebel der Kultur ist.

Daß gelegentlich gegebene Unterweisungen von Zeit zu Zeit nach bestimmten Gesichtspunkten wiederholt und besonders am Schlusse des Kursus der Untersekunda und Oberprima in größeren Gruppen zusammengefaßt werden, ist eine naheliegende Forderung. Das früher Dargestellte läßt sich zu einem festen Gefüge vereinigen und vor



Zersplitterung bewahren, ohne daß ein „kurzer synthetischer Unterricht in den Elementen der Wirtschafts- und Staatslehre“ erteilt wird.

Zimmerhin ist zuzugeben, daß eine systematische Behandlung ausnahmsweise am Plage ist, wenn sie sich auf die Erweiterung und Vertiefung des thatächlich durchgearbeiteten Materials beschränkt, daß es sogar fruchtbringend werden kann, eine historische Erscheinung in ihrer gesamten Entwicklung in mehreren Stunden durchzusprechen. Dazu würde z. B. die Wirksamkeit der Hohenzollernherrscher auf sozialem Gebiete sehr geeignet sein.

Dies führt uns auf die von den Lehrplänen S. 43 empfohlene „vergleichende und den Stoff nach verschiedenen Gesichtspunkten gruppierende Zusammenfassung geschichtlicher Thatfachen“, als ein vorzügliches Mittel, ihre Kenntnis zu befestigen und zu vertiefen. Richtige Gesichtspunkte werden sich um so zahlreicher bieten, je entschiedener die S. 41 geforderte vergleichende Darstellung zur Anwendung kommt. Aus der Fülle der möglichen Kombinationen sollen einige hervorgehoben werden, die teils größere Kreise von Ideen durch die ganze Geschichte verfolgen, teils aus der Zusammenfassung verwandter Erscheinungen kleinere Entwicklungsreihen bilden:

1. Wanderungen und Kolonisationen der Griechen, Normannen, Germanen.
2. Ständische Gliederung in Sparta, Latium, dem Frankenreiche in der Neuzeit.
3. Verwandte Erscheinungen bei der Tyrannis, dem römischen Prinzipat und der Monarchie der Bonaparte.
4. Die Solonische Seisachthie und die Gesetzgebung des Licinius und Sextius.
5. Attische Kleruchien und Gründung römischer und lateinischer Kolonien in Italien und den Provinzen.
6. Soziale Schichtungen in unserem Vaterlande um die Jahre 100, 900, 1200, 1648, 1810.
7. Gilden, Zünfte (Znnungen), nach Entstehung, Blüte, Verfall und Erneuerung.
8. Die Straßen des Weltverkehrs
  - a) zur Zeit der phönikischen und griechischen Seeherrschaft;

- b) zur Zeit des Hellenismus;
  - c) zur Zeit Karls des Großen;
  - d) zur Zeit der Kreuzzüge;
  - e) unter Karl V.;
  - f) in der Gegenwart.
9. Geschichte der Verkehrsmittel, insbesondere der Post seit Maximilian I. (1516 Post zwischen Wien und Brüssel, 1651 Gründung der brandenburgisch-preussischen Post).
  10. Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und England seit dem Anfange des 13. Jahrhunderts.
  11. Wandlungen der absoluten Monarchie und charakteristische Maßnahmen aus der Zeit des Merkantilsystems.
  12. Der deutsche Gewerbesleiß vor und nach der Erfindung der Dampfmaschine.
  13. Der Zusammenhang von Freihandel, Weltbürgertum und Humanität, von Schutz Zoll und Nationalitätenprinzip, von Arbeiterschutzgesetzgebung, lebendigem Christentum und moderner Ethik.
  14. Veränderungen im Betrieb der Landwirtschaft in Deutschland von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart.
  15. Die überlieferten Aufgaben der sozialen Politik der Hohenzollern.

Bei derartigen Übungen wird sich unge sucht Gelegenheit bieten, die Kenntnisse, die dem Schüler in den einzelnen Disziplinen zugeflossen sind, heranzuziehen und zu verwerten. In beschränktem Umfange können sie schon in Untersekunda an gestellt werden, ihre eigentliche Stelle ist die Oberstufe.

Die eine oder andere dieser Fragen kann, wenn sie durchgearbeitet ist, ohne Bedenken auch als Aufsatzthema gestellt werden, zumal wenn der Unterricht in der Geschichte und im Deutschen in einer Hand vereinigt ist und die Lektüre entsprechende Ausbeute gewährt.



Ohne in der Klasse eigens vorbereitet zu sein, können leichtere Themata für die von unseren Lehrplänen vorgeschriebenen kleineren Ausarbeitungen verwendet werden. Dies Verfahren ist geeignet, den Schüler zum Nachdenken über wichtige Fragen anzuregen und die Lücken in seinen Kenntnissen festzustellen.

Vor allem aber müssen die Thatfachen für sich selbst reden; am wirksamsten ist das aus dem Leben gegriffene Beispiel, der Vortrag eines Lehrers, der sich offenen Sinnes im praktischen, politischen und wirtschaftlichen Leben umgesehen hat.

Auf eigentliche Definition von Begriffen wird sich der Unterricht im allgemeinen nicht einlassen, um so häufiger aber an der Hand von Thatfachen zur Klarstellung grundlegender Begriffe schreiten. Aber auch hierbei und bei der Auswahl der dem Gedächtnis einzuprägenden Daten, Namen und Zahlen ist weises Maßhalten geboten. Dies würde verfehlen, wer z. B. das Gerichtsverfahren im einzelnen darlegen oder auf das technische Detail der neuesten sozialpolitischen Gesetzgebung eingehen wollte.

Selbstredend müssen, wo es angeht, den in Frage stehenden Belehrungen auch erziehlische Seiten abgewonnen werden.<sup>1)</sup> Der Lehrer löst eine bedeutungsvolle Aufgabe, wenn er es versteht, die Lebensschicksale großer Männer in warmer, anschaulicher, begeisterten Darstellung im Geschichtsunterricht vorzuführen. „Männer von epochemachender Bedeutung kämpfen sich meist durch gegen allerlei Widerwärtigkeiten und Widerstand. Dieser Kampf ist für sie ein absolut notwendiges Entwicklungsmoment. Das von der Sozialdemokratie bestrittene Recht der Individualität, der Persönlichkeit, sich geltend zu machen und sich einen Platz zu erkämpfen, kann besser und lebendiger als an dem Leben großer Männer nicht dargethan werden.“ Lebensbeschreibungen von Männern, die sich auf dem Gebiete des Erwerbslebens der Gegenwart hervorgethan und bewiesen haben, daß jeder seines Glückes Schmied, werden namentlich den jüngeren Schülern Belehrung und Anregung bieten (B. Franklin, A. Krupp, W. Siemens, Fr. Harfort, F. A. Borsig). Aus ihnen

<sup>1)</sup> Henke, a. a. O. S. 26 ff. K. Fischer, Grundzüge einer Sozialpädagogik und Sozialpolitik, Eisenach, Wildens. S. 307 ff.

läßt sich der allgemeine Satz ableiten, daß gut wirtschaften für den einzelnen ebenso notwendig ist wie für jede größere und kleinere Gemeinschaft. Gelegentlich wird auch der Hinweis am Platze sein, daß auch die körperliche Arbeit den Mann ehrt, daß die wirtschaftliche Arbeit die Grundlage für jedes höhere Kulturleben bildet. Diese Belehrung ist nötig, weil der Deutsche nach dem Bildungsgange seines Volkes dazu neigt, die geistige Arbeit in Wissenschaft und Beruf zu überschätzen und die praktischen Leistungen in Handwerk, Gewerbe und Ackerbau zu unterschätzen. Man führe den Schüler in die Zeit vor dem 30jährigen Kriege, in der die werktätige Arbeit der Hand in unserm Vaterlande noch hochgeschätzt wurde, in die Jahrhunderte, in denen die Bau- und Bildhauerkunst und vor allem das Kunstgewerbe unübertroffene Schöpfungen hervorgebracht hat. Man warne aber auch vor der Überschätzung der materielle Güter erzeugenden Arbeit und zeige die Verwerflichkeit der Strebungen, die mit den Phrasen „Jagd nach dem Glück“ und „Tanz um das goldene Kalb“ treffend gekennzeichnet werden.

Treffend sind auch die Ausführungen des Direktors Zietzschmann in dem Bonner Gegebenbericht, die ich hier nicht übergehen möchte.

„Der erziehende Unterricht versucht, gegen den thörichten Kastengeist anzukämpfen, der in solch' lächerlicher Ausartung vielleicht nur noch bei den Chinesen zu finden ist, er belehrt den Schüler, daß Kleider wohl Leute, aber keine Menschen machen, aber er befindet sich dabei nur zu häufig im direkten Gegensatz zu den Anschauungen des Elternhauses. Da gilt es tiefer zu bohren. Vaterlandsliebe pflegen wir. Nun, anstatt des Vaterlandes Hochgesang mit vollen Worten und in begeisterten Ergüssen erschallen zu lassen, wollen wir mehr als bisher das Vaterland, das Volk und seine Art die Schüler wirklich kennen lehren. Denn wenn man jemand lieben soll, muß man doch vor allen Dingen eng mit ihm vertraut sein, muß man wissen, wie der andere denkt und fühlt, was er erstrebt und begehrt, worauf er hofft, worüber er klagt. Und dieser andere ist das Volk, „nicht bloß der große Kreis, der unser Ich umrahmt, nicht bloß die Freunde und gelegentlichen Festgenossen, sondern auch diejenigen, die als Gemeine in dem großen Heerhaufen mitgehen und weniger zu feiern haben als sich zu mühen.“

„Es gälte also dem Schüler einen tieferen Einblick zu eröffnen in die Regungen der Volksseele und ihn mit dem Leben, dem Empfinden, der Anschauung, den Bedürfnissen des Volkes bekannt zu machen durch Eingehen auch auf das Kleine und scheinbar Unbedeutende in des Volkes Art und Sitte. Das



führt zu einer Art von vertrautem Gemütsverhältnis zwischen dem Einzelnen und seinem Volke, seinem Vaterlande. Auch das sind wertvolle, „vorbereitende und ergänzende Belehrungen!“

„Der Geschichtslehrer mag auch darauf hinweisen, daß uns in einer Beziehung das Land des Dollars voraus ist. Ständische Gegensätze im eigentlichen Sinne giebt es nicht in Amerika, es giebt Gegensätze von Arm und Reich, aber der Ärmste erhebt den Anspruch, von dem Reichsten formell als seines Gleichen behandelt zu werden. Die dort gegebene Voraussetzung dieser sozialen Gleichheit ist allerdings die Gleichheit der Bildung, die jedem Amerikaner unentgeltlich zu teil wird. „Bildung scheidet und trennt ab, ja sie hat die tiefste und vielleicht verhängnisvollste Scheidung in das Leben der modernen Nationen gebracht und der unfrigen ganz besonders. Die große soziale Bewegung nimmt im letzten Grunde von dieser Kluft ihren Ausgang oder hat darin das Objekt ihres Angriffes.“ (Münch.)

Zur Belebung des Vortrags und zur Erhöhung der Anschaulichkeit ist die Heranziehung von Quellen und Urkunden, speziell für die preußische Geschichte, Mitteilung bezeichnender Äußerungen der Regenten oder hervorragender Staatsmänner erwünscht. Eigentliche Quellenlektüre kann nicht in Frage kommen. Sie ist nicht Gegenstand des historischen, sondern des philologischen Unterrichts. Es reicht aus, wenn in den Text des Hilfsbuches nach dem Vorgange von W. Herbst bezeichnende Ausdrücke aus den Quellen aufgenommen und Auszüge aus Urkunden vorgelesen werden. Empfohlen werden: Abschnitte aus den Kapitularien Karls d. Gr., Satzungen einer Zunft, das Leben in einem hanseatischen Comptoir, die zwölf Artikel der aufständischen Bauern, das Potsdamer Edikt, Erlasse preussischer Könige, das Stein'sche Testament, Paragraphen der Staats- und Reichsverfassung, die jüngsten sozialpolitischen Kundgebungen.<sup>1)</sup>

Geeignete Ausstattung der Schülerbibliothek mit leicht verständlichen Schriften wirtschaftlichen Inhalts, gelegentlicher Besuch gewerblicher und industrieller Anlagen bilden eine angemessene Ergänzung der unterrichtenden Thätigkeit des Lehrers.

Anschauungsmittel würden auch für diesen Lehrgegenstand wertvoll sein, besonders Karten, die einen Überblick über die Ver-

<sup>1)</sup> Das beste Hilfsmittel ist noch immer „G. Freytag, Bilder aus der deutschen Vergangenheit“. Bourbonen, Quellenbuch wurde schon oben empfohlen.

teilung der Schätze der Natur, der Gewerthätigkeit und Bevölkerungsdichtigkeit vermitteln.<sup>1)</sup>

Darf den Schülern die Anlegung eines sog. Systemheftes gestattet werden? Soweit die Leitfäden nicht eine den veränderten Lehrplänen entsprechende Umgestaltung erfahren haben, sind die Schüler mehr als bisher auf die das Lehrbuch ergänzenden Mittheilungen des Lehrers angewiesen. Warum sollte es ihnen verwehrt sein, Notizen, die als Grundlage und Anhaltspunkte für die häusliche Wiederholung dienen können, in ein Heft einzutragen?

Eine kurze „Bürgerkunde“, enthaltend das Notwendigste über Verfassung und Verwaltung in Preußen und im Reiche, sowie eine Zusammenstellung und Erklärung wirtschaftlicher Grundbegriffe, würde uns als Anhang zum Leitfaden der neuesten Geschichte willkommen sein.<sup>2)</sup>

Die früher laut gewordenen Klagen, daß zur Zeit den meisten Lehrern die zu einem erfolgreichen Betrieb des Unterrichtes nötigen Kenntnisse abgehen, sind hoffentlich nicht mehr begründet.<sup>3)</sup> Wer die neuere Geschichte beherrschen und erfolgreich lehren will, muß auch Staatsrecht, Nationalökonomie und Soziologie studieren. Und mit Recht ist bei der Umgestaltung der Prüfungsordnung die Lehramtsprüfung in der Geschichte auch auf staatsrechtliche und volkswirtschaftliche Dinge ausgedehnt worden.

<sup>1)</sup> Vgl. die Karten in „Nichter, Das deutsche Reich“ und in den Lehrbüchern von Foncin.

<sup>2)</sup> Außer den genannten Bürgerkunden von Dahn und Hoffmann-Groth erschienen solche von Viereck und Giese (vgl. die Litteratur in den Verhandlungen der 7. Direktorenkonferenz der Provinz Sachsen, S. 185).

<sup>3)</sup> Henke a. a. O. S. 1: „Ich kann aus eigener Erfahrung bezeugen, daß kaum ein Jahrzehnt harter Arbeit ausreicht, um sich mit den Hauptwerken, die die Geschichte der sozialistischen Bewegung behandeln, wirklich vertraut zu machen.“ Aber wichtiger als alle nationalökonomische und sozialpolitische Belesenheit ist die Erfahrung im praktischen Leben und die Sammlung eines Schatzes von Beispielen. Jedenfalls bedarf der Lehrer der Geschichte einer sehr umfangreichen Vorbildung.



## Gedankenfolge.

### I.

1. Die durch die neuen Lehrpläne vorgeschriebenen Belehrungen über unsere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung werden durch die entsprechenden Verhältnisse unserer Zeit gefordert, und diese bestimmen, neben allgemeinen pädagogischen Gesichtspunkten, deren Umfang.

2. Mit diesen Belehrungen wird nicht etwa eine neue Schuldisziplin eingeführt, sondern es sollen, wie überhaupt das Endziel des Geschichtsunterrichts nichts anderes als historische Bildung ist, auch die wirtschaftlichen Aufgaben und sozialen Probleme der Gegenwart auf Grund ihrer geschichtlichen Entwicklung verstanden werden.

### II.

3. Unter „unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung“ ist auch diejenige der Verfassung und Verwaltung Preußens und des deutschen Reichs zu verstehen.

4. Die ins Auge gefaßten Belehrungen haben dem Schüler in erster Linie einen klaren Überblick über die Gestaltung der entsprechenden Verhältnisse vom Ende des 30jährigen Krieges bis zur Gegenwart zu geben, aber auch die frühere vaterländische Geschichte in den Kreis ihrer Betrachtung zu ziehen. Zu ihrer Veranschaulichung sind auch die Kultur- und Verfassungsverhältnisse des Altertums fruchtbar zu machen.

5. Die einzelnen Erscheinungen werden zu übersichtlichen, geschlossenen Gruppen vereinigt und mit den Hauptperioden der

deutschen Geschichte organisch verbunden. Sie gelangen zur Darstellung, wo sie in ein entscheidendes Stadium ihrer Entwicklung treten. Zwischen den einzelnen Gruppen, denen womöglich dieselbe Anordnung zu Grunde gelegt wird, ist ein innerer Zusammenhang dadurch herzustellen, daß nur solche Thatfachen ausgewählt werden, die die Grundlage der ferneren Entwicklung bilden und zum Verständnis der Folgezeit unentbehrlich sind. Alle Bilder zusammen stellen die Gesamtentwicklung unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse dar.

6. In den konkreten Erscheinungen des Völkerlebens werden die wichtigsten Begriffe und Gesetze der Gesellschaftskunde erläutert. Besondere Aufmerksamkeit ist den Grundthatfachen zu widmen, auf denen die Geschichte der ständischen Verhältnisse und des wirtschaftlichen Lebens in Ackerbau, Gewerbe und Handel beruht.

7. Mit dem Gr. Kurfürsten tritt Brandenburg-Preußen und damit die Berücksichtigung der sozialpolitischen Maßnahmen der europäischen Kulturstaaten in den Vordergrund. Die frühere brandenburgisch-preußische Geschichte ist unter politisch-ökonomischen Gesichtspunkten zu betrachten.

8. Die Geschichte der übrigen deutschen Territorien wird der preußischen Geschichte angegliedert, nur die Reformen in Österreich unter Maria Theresia und Joseph II. werden in selbständigem Bilde vorgeführt.

9. In der außerdeutschen Geschichte werden das Zeitalter Ludwigs XIV. und die französische Revolution für sich behandelt; namentlich ist die letztere mit ihren gesellschaftlichen Einwirkungen auf Deutschland auf beiden Unterrichtsstufen ausführlicher darzustellen.

10. Die Verdienste der Hohenzollernherrscher um die Förderung des Volkswohles sind geschichtlich in ihrem natürlichen Verlaufe und im Zusammenhange mit der Machtentwicklung des Staates vorzuführen.

11. Die Zeit des früheren Mittelalters wird dazu benutzt, grundlegende Thatfachen und Begriffe aus dem Gebiete der reinen Naturalwirtschaft und des Feudalismus zum Ver-



ständnis zu bringen (Gesamteigentum, Gemeinfreiheit, Großgrundbesitz, Hofverfassung, Lehnverband, Entstehung der Stände).

12. Das ausgehende Mittelalter und die beginnende Neuzeit bieten ausreichend Gelegenheit, dieselbe Aufgabe inbetriff der Geldwirtschaft und der Erstarbung politischer Centralgewalten zu lösen (Auflösung der Naturalwirtschaft, Verfall des Großgrundbesitzes, die Entwicklung der Stadt als eines selbständigen Verwaltungskörpers, die Folgen der Entdeckung der Seewege, des Aufkommens der Feuerwaffen und der Einführung des römischen Rechts: Erzeugung des Rittertums durch Soldheere und der grundherrlichen Verwaltung durch einen besoldeten Beamtenstand, Bildung starker Staaten mit staatlichem Steuerwesen und geschlossener wirtschaftlicher Verwaltung, Entstehung des beweglichen Kapitals und des Lohnarbeiterstandes, Manufakturen, Merkantilismus).

13. In der Darstellung des 19. Jahrhunderts ist die Kreditwirtschaft zu behandeln, wie sie sich unter der Einwirkung der Umgestaltung der Güterproduktion und des Verkehrs entwickelt hat, und anknüpfend an die wirtschaftliche Bedeutung der Begründung des deutschen Reiches auf die sozialen Verhältnisse der Gegenwart einzugehen.

14. Ohne in eine nähere Erörterung der sozialistischen Theorien einzutreten, weist der Unterricht die Unmöglichkeit und Verderblichkeit gewisser Bestrebungen der Sozialdemokratie an der Hand des gesunden Menschenverstandes und konkreter Thatfachen nach.

15. In allen Unterrichtsfächern kann, ohne daß eine Vermehrung des bisher gebotenen Stoffes nötig wäre, das Interesse für die Gegenwart geweckt und der Blick für die nähere und fernere Umgebung geschärft werden.

16. Nur der Unterricht in der Erdkunde (besonders bei der Behandlung Deutschlands) ist seiner Natur nach berufen, im Sinne des Themas positive Kenntnisse zu geben. Diese den geschichtlichen Unterricht vorbereitenden und ergänzenden Kenntnisse werden von Sexta an bis zum Schlusse des sechsten JahreskurSES im Anschluß an die Lehrpläne der einzelnen Klassen erworben.

17. Dem erdkundlichen Unterricht fallen in erster Linie Belehrungen über Verfassung und Verwaltung des preussischen

Staates und des deutschen Reiches sowie über wichtige Grundthatsachen des Erwerbslebens der Gegenwart zu (Gut, Kapital, Preis, Wert, Einnahme, Ausgabe, Einfuhr, Ausfuhr, Zölle, Handelsverträge u. a.).

18. Diese Unterweisungen gehen von den Verhältnissen der engsten Heimat aus und halten sich möglichst im Bereiche der Erfahrung der Schüler. Zeit dazu wird ohne Vermehrung der Unterrichtsstunden durch Beschränkung des geographischen Gedächtnisstoffes gewonnen.

### III.

19. Das rein Thatsächliche der neueren Geschichte ist, weil hier mehr Zeit zur Verfügung steht, auf der Mittelstufe reichlicher als in Oberprima zu bieten.

20. Die vorgezeichneten Belehrungen über sozialpolitische Fragen sind auf der Mittelstufe knapp und mehr thatsächlich, in Prima eingehender und mehr pragmatisch zu gestalten.

21. Insbesondere bleiben der Oberstufe vorbehalten:

- a) die Berücksichtigung der sozialpolitischen Maßnahmen der europäischen Kulturstaaten während der beiden letzten Jahrhunderte; (nur die französische Revolution ist auch in Unter-Sekunda darzustellen);
- b) alle an sich schwierigeren Gegenstände wie Finanzpolitik, Steuerverfassung, Münzwesen, wirtschaftliche Systeme;
- c) die Darlegung der Ursachen und Wirkungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erscheinungen und ihr Zusammenhang mit den geistigen Strömungen der Zeit;
- d) die Erhebung von Einzelheiten in die Sphäre des Begrifflichen.

22. Die politischen und ökonomischen Ziele der Sozialdemokratie können nur in dem Geschichtsunterricht der ersten Klasse klar gemacht werden.

23. Eine Hauptaufgabe des Lehrers ist es, in erziehendem Unterricht gegen den thörichten Kastengeist anzukämpfen und dem



Schüler das Verständnis für die Regungen der Volksseele zu eröffnen.

24. Über die sittlich-revolutionären Bestrebungen der Gegenwart (Atheismus, freie Liebe) werden die Schüler am zweckmäßigsten im Religionsunterricht aufgeklärt.

#### IV.

25. Bei der Darstellung der sozialistischen Bestrebungen darf man sich nicht auf eine negative Kritik beschränken, vielmehr ist durch Darlegung des Zusammenhanges von Ursache und Wirkung und im Wege der vergleichenden Methode der Schüler mit den Grundgesetzen der historischen Entwicklung vertraut zu machen.

26. Die äußere politische Geschichte bleibt der Rahmen, in den die geforderten Belehrungen eingefügt werden. Die verschiedenen Richtungen des inneren und äußeren Lebens der Kulturvölker sind in ihrer lebendigen Wechselwirkung auf einander zu behandeln.

27. Der Schwerpunkt dieses Unterrichts liegt im Vortrage des Lehrers. In vielen Fällen, namentlich wenn es sich um Klarstellung von Begriffen handelt, empfiehlt sich ein heuristisches Verfahren.

28. Zur Vermittlung klarer Anschauungen und Begriffe ist die stetige Anwendung von Beispielen unter möglichster Vermeidung eigentlicher Definitionen geboten.

29. Dringend zu empfehlen ist die zusammenfassende Wiederholung des nach bestimmten Gesichtspunkten gruppierten Stoffes.

30. Zur angemessenen Belebung des Vortrags dient die Bewertung besonders charakteristischer Quellenzeugnisse.

31. Die Anschaffungen für die Schülerbibliothek haben in maßvoller Weise die Bedürfnisse dieses Unterrichts zu berücksichtigen. Denselben können auch die Verwendung passender Anschauungsmittel und der Besuch gewerblicher Anlagen unterstützen.

32. Der deutsche Aufsatz ist ein geeignetes Mittel, die Schüler der oberen Klassen zum Nachdenken über soziale und wirtschaftliche Fragen anzuregen.

## I.

# Zeittafel.

1492. Kolumbus entdeckt Amerika.
1498. Vasco da Gama entdeckt den Seeweg nach Ostindien. — Veränderung der Handelswege, Entstehung des Welthandels, Vermehrung der Edelmetalle und europäischen Zahlungsmittel. Weitere Ausbildung der Geldwirtschaft, des Silbnerwesens und eines organisierten Beamtenstandes.
1516. Die Utopie des Thomas Morus.
1517. Die Reformation stärkt das deutsche Fürstentum durch Übertragung kirchlicher Rechte und Säkularisation geistlicher Güter. Der große Bauernkrieg (1525).
1535. Kommunismus der Wiedertäufer in Münster.
1543. Joachim II. setzt bei den Ständen die Erhebung einer hohen Abgabe auf Bier durch („Bierziese“), sowie Erhöhung des Hufenschosses.
1604. Gründung des „Geheimen Rates“ durch Joachim Friedrich.
1648. Der westfälische Frieden. Entvölkerung und Verödung Deutschlands.
1653. Die brandenburgischen Stände bewilligen die Mittel zur Gründung eines Heeres auf 6 Jahre.
1657. Der Gr. Kurfürst pflanzt in seinem Garten die ersten „Tartuffeln aus Holland“.
- 1653—1658. Cromwell Vord Protektor der drei Reiche England, Schottland und Irland erläßt 1651 die Navigationsakte; (1849 aufgehoben).
1662. Der Gr. Kurfürst gründet das Heerwesen auf eine bleibende gesetzliche Basis.
1667. Der Gr. Kurfürst setzt die Accise durch. Daneben bleibt die Kontribution bestehen.
1683. Brandenburgische Kolonien. Anfänge einer Seeflotte.
- 1643—1715. Ludwig XIV. Zeitalter des Absolutismus. Kardinal Mazarin († 1661). Finanzminister Colbert, Durchführung des Merkantilsystems, Frankreichs Kolonialmacht.
1717. Friedrich Wilhelm I. erläßt ein Edikt, den Schulzwang betreffend.
1723. Friedrich Wilhelm I. gründet das General-Direktorium.
- Friedrich Wilhelm I. verwandelt die Lehnsgüter gegen Zahlung einer festen Steuer in Privateigentum.



1733. Einführung des Kantonsystemes, Grundlage zur allgemeinen Wehrpflicht.
1740. Abschaffung der Folter.
1748. Codex Fridericianus.
1763. General-Land-Schulreglement.
1765. Gründung der preußischen Bank und der Militärakademie.
1766. Patent über die Neuordnung des Zoll- und Accisenwesens.
1776. Aufschwung der englischen Industrie. James Watt Dampfmaschinen; Baumwollweberei -- Der Nationalökonom Adam Smith.
1784. Veröffentlichung des Allgemeinen preußischen Landrechtes, 1794 tritt es in Kraft.
- 1740—1790. Reformversuche in Oesterreich und im Reich. Das aufgeklärte Fürstentum. — Die Physiokraten in Frankreich.
1789. Anfang der französischen Revolution. Abschaffung der Feudallasten. Befreiung des Bodens und des Gewerbes. Die neue Verfassung. Erklärung der Menschenrechte.
1793. Eine neue Verfassung verwirklicht die Grundsätze Rousseaus.
1796. Die Verschwörung Babeufs. Sozialistische Utopien.
- 1807/8. Reformen Steins. Die Verwaltung wird neu geordnet: Einsetzung von Fachministerien; Aufhebung der Erbunterthänigkeit, Einführung der Städteordnung. Die Kontinentalsperre. Allgemeine Wehrpflicht.
1810. Hardenberg schließt Steins Reformen durch Verleihung der Gewerbe-freiheit ab.
1815. Das Staatsgebiet wird in 8 Provinzen und 28 Regierungsbezirke eingeteilt.
1817. Der Staatsrat wird als höchste beratende Behörde eingerichtet.
1818. Das preußische Zoll- und Freihandelsgesetz: alle Binnenzölle werden aufgehoben, die Handelsfreiheit gilt als Grundsatz.
1823. Anordnung der Provinzialstände in Preußen.
- 1819—1837. Entwicklung des deutschen Zollvereins. Am 1. Januar 1834 treten seine Bestimmungen in Kraft. Aufschwung der deutschen Industrie.
1833. Gauß und Weber in Göttingen stellen den ersten elektro-magnetischen Telegraphen her; der erste unterseeische Telegraph 1851 von Dover nach Calais, die erste ozeanische Verbindung 1866 von der Insel Valencia nach Neu-Fundland.
1835. Die erste deutsche Eisenbahn von Nürnberg nach Fürth eröffnet, die Strecke Leipzig-Dresden 1837, Berlin-Potsdam 1838; 1833 entwirft Friedrich List sein deutsches Eisenbahnsystem.
1838. Beginn der ozeanischen Dampfschiffahrt, (den ersten regelmäßigen Dampfschiffverkehr richtete der Amerikaner Fulton 1807 auf dem Hudsonflusse ein).
1840. Friedrich Wilhelm IV. Preußen entwickelt sich zu einem Industriestaat.
1846. Robert Peel und das Freihandelsystem in England.
1848. Kommunismus und Sozialismus in Frankreich. Louis Blanc. — Preußen ein Verfassungsstaat. — Das kommunistische Manifest von Marx und Engels.

1851. Erste Weltindustrienausstellung zu London. Ausbeutung der kalifornischen Goldfelder. Erfindung der Dynamo-Maschinen. Einführung der Briefmarken.
1863. In Leipzig bildet sich der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“ unter der Teilnahme Ferdinand Lassalles (geboren 1815 zu Breslau, gefallen 1864).
1865. Ende der Sklaverei in Nordamerika.
1867. Infolge des allgemeinen Wahlrechts erringen die Sozialdemokraten Sitze im Reichstage.<sup>1)</sup>
1869. Bebel und Liebknecht konstituieren zu Eisenach die sozialdemokratische Arbeiterpartei.
1869. Eröffnung des Suezkanals. Abkürzung des Seeweges nach Indien, Ostasien und Australien.
1871. Gründung des deutschen Reiches, sein wirtschaftlicher Aufschwung.
1872. Die Kreisordnung tritt ins Leben: jeder Kreis bildet einen Kommunalverband, Städte mit 25 000 Einwohnern einen eigenen Kreis.
1873. Gründungsschwindel und finanzieller Krach.
1874. Weltpostkongreß in Bern: durch die Vermittlung des Generalpostmeisters Stephan wird der Weltpostverein gegründet.
1875. Kongreß zu Gotha: Gründung der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“. Das Gothaer Programm.
1878. Nach zwei Mordanschlägen auf Kaiser Wilhelm beginnt für das Reich die sozialpolitische Aera: am 21. Oktober Annahme des Sozialistengesetzes. — Christlich-sozialer Arbeiterverein.
1879. Fürst Bismarcks Zoll- und Wirtschaftspolitik, Verstaatlichung der Eisenbahnen.
- Die Kolonialfrage tritt zum erstenmal an die amtlichen Körperschaften des Reiches.
- Deutschland und Österreich schließen ein Verteidigungsbündnis gegen Rußland.
1880. Bildung einer deutschen Seehandelsgesellschaft.
1881. In Berlin wird von Siemens eine elektrische Bahn gebaut, die erste Europas.
- Die kaiserliche Botschaft mit dem Programm einer Sozialreform (17. Nov.).
1882. In Frankfurt a. M. gründet sich der „Deutsche Kolonialverein“ mit dem Ziele, Handelsfaktoreien zu errichten.
1883. Das Bremer Haus Lüdertz erwirbt ein Gebiet in Angra-Pequena.
- Krankentafelgesetz der Arbeiter.
1884. Unfallversicherungsgesetz.
- Nachtigal erwirbt durch Pfissen der Flagge die Hoheit über das Togoland, Kamerun und Angra-Pequena; ferner Erwerbungen von Teilen von Neu-Guinea, Neu-Irland, Neu-Britannien und den Admiralitätsinseln. Gründung des Kongostaates durch die belgisch-afrikanische Gesellschaft unter Protektorat von König Leopold.

<sup>1)</sup> 1871 3 (3,3 pSt. sozialdemokratische Stimmen), 1874 10 (6,4 pSt.), 1877 12 (9,1 pSt.), 1878 9, 1881 12, 1884 24, 1887 11, 1890 35, 1893 44, 1898 56.



1885. Bildung der „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“ in Südafrika. Karl Peters erwirbt Gebiete in Sansibar.
- Der Papst Schiedsrichter im Karolinenstreit.
1887. Verschmelzung des deutschen Kolonialvereins und der ostafrikanischen Gesellschaft zur deutschen Kolonialgesellschaft.
1888. Kaiser Wilhelm II. eignet sich die Botschaft vom 17. Nov. 1881 in vollem Umfange an.
- Der Hollanzschluß Hamburgs und Bremens wird vollzogen.
1889. Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz.
1890. Bismarcks Entlassung aus dem Staatsdienste. Zur selben Zeit tagte in Berlin die Arbeiterkonferenz. Arbeiterschutzgesetz. Einführung der Gewerbegerichte.
- Aufhebung des Sozialistengesetzes.
- 1890/1. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika treten dem europäischen Handel entgegen durch Erhöhung der Zölle und schränken die Einwanderung ein. Sie erwerben 1898 Cuba und die Philippinen.
1891. Das Erfurter Programm der Sozialdemokratie.
1897. Deutschland erwirbt durch Pachtvertrag mit China den Hafen von Kiaotschau und 1899 durch Kauf von Spanien die Karolinen, durch Vertrag mit England die Samoa-Inseln.
1899. Friedenskongreß im Haag.
1900. Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches im deutschen Reich.

## II.

### Einige Hilfsmittel.

#### A. Die wichtigsten Staatsromane.<sup>1)</sup>

Der Vater der Dichtungen vom besten Staate ist der Athener Plato. Zunächst kommen seine Dialoge: der „Staat“ und die „Gesetze“ in Betracht. In dem ersteren wird das Ideal des Staates schlechthin entwickelt, in diesem die praktische Ausführung geboten. Ausgehend von dem Begriffe der Gerechtigkeit teilt Plato die ewigen Grundsätze der sokratischen Erziehungslehre mit und schildert dann im Umriss die Formen des vollkommenen Staates, das Verhältnis der Stände und die sittliche Weltordnung, von der der Staat als Gegenbild der sittlichen Vollkommenheit ein Teil ist. Das Gebäude des Staates erhebt sich auf drei Grundgedanken: 1. Die Regierung soll den Wissenden gehören. Die Herrscher sollen Philosophen sein; 2. alle Stellungen und Dienste im Staate werden nur den dazu Geeigneten übertragen; 3. wird Kommunismus und Weibergemeinschaft eingeführt. Die Frauen werden von den Herrschenden ausgewählt und den Kriegerinnen beigegeben, denen auch der Hauptnutzen des Gemeinschaftseigentums zufällt. Wie es drei Seelenkräfte giebt, Weisheit, Mut, Begehren, so giebt es im platonischen Staate drei Stände: Lehr-, Wehr- und Nährstand. Gerechtigkeit und Weisheit wetteifern miteinander, die Bürger zur Vollkommenheit zu leiten.

In dem zweiten Werke wird im Anschluß an Vorbilder, die sich zum Teil in Sparta verwirklicht fanden, die vollständige Gesetzgebung eines idealen Staates vorgeführt. Das Land ist radial in 12 Teile geteilt, die in 5040 Losen zerfallen. Nur im Ertrage sind die Lose gleich und vererben sich lediglich auf den ältesten Sohn. In der Mitte der 12 Bezirke liegt die Hauptstadt, deren zahlreiche Beamte aus Volkswahl hervorgehen. Familienleben und Erziehung sind durchaus sozialistisch geordnet; Handel und Verkehr, wie im luxurぎischen Staate lästigen Beschränkungen unterworfen. Gegenstand der letzten Bücher ist das Straf-, Privat- und Prozeßrecht.

Auch in einem dritten Werke, dem Kritias, das zugleich den Titel führt:

---

<sup>1)</sup> Nach Schlaraffia Politica.



„Athen und Atlantis neun Jahrtausende vor Solon“, aber unvollendet ist, wollte Plato ideale Staatswesen schildern. Der gesunde und unverderbte Staat der Atlantiden, der auf Tugend und Gerechtigkeit beruht, wird einem sittlich schwachen, aber äußerlich glänzenden gegenüber gestellt. Auch Xenophons *Gyropädie* (besonders I<sup>5</sup>, VI<sup>2</sup>, VII und VIII) ist unter dem Gesichtspunkte eines Staatsromanes zu betrachten.

Aus den Dichtungen Platos haben alle Verfasser von Entwürfen idealer Staaten ihre Grundgedanken geschöpft. Von dem Werk des englischen Kanzlers Thomas Morus (+ 1535) erhält diese Litteraturgattung ihren Namen: die *Utopia*. Dies Werk, das Vorbild aller folgenden Staatsromane, erschien im Jahre 1516 unter dem Titel: *De optimo reipublicae statu deque nova insula Utopia*.<sup>1)</sup> Lehnt sich Morus einerseits an Plato an, so ist er andererseits auf seine Ideale geführt worden durch Schilderungen, die Reisende von den auf den Antillen vorgesundenen kommunistischen Zuständen entworfen hatten. Diese Reiseberichte sind mit platonischen Gedanken und den staatsmännischen Erfahrungen des Verfassers zu einem einheitlichen Bilde verbunden. Nachdem er den Grundsatz der Toleranz verkündet und die auf der Arbeit beruhende Gleichheit betont, erhebt sich Morus hoch über die Anschauungen seiner Zeit.

#### Jüngere Staatsromane:

Tommaso Campanella, *Civitas solis* 1620 (ein nach seiner ganzen Anlage und philosophischen Begründung großartiges Werk). — Joh. Val. Andreae, *Reipublicae Christianopolitanae descriptio* 1620. — Bacon von Verulam, *Nova Atlantis* (um 1640). — Vairasse, *Histoire des Sevarambes* 1677. — Fénelons *Telemach* 1698. — Von dem Königreich Ophir. Leipzig 1699. — Ludw. Holberg, *Niels Klims Wallfahrt in die Unterwelt* 1741. — Morelly, *Code de la nature* 1755. — Die glückliche Nation oder der Staat von Felizien. Ein Muster der vollkommenen Freiheit unter der unbedingten Herrschaft der Gesetze. Aus dem Französischen. Leipzig 1794. — Cabot, *Voyage en Icarie*. 1842, deutsch von Wendel Hippler (1847). — E. Bellamy, *Ein Rückblick aus dem Jahr 2000 auf 1887*. (Looking Backward 1888). — Th. Herxka, *Freiland*. Ein soziales Zukunftsbild. Leipzig, Duncker & Humblot. 1890.

#### B. Wissenschaftliche Werke in chronologischer Folge.

Adam Smith, *Untersuchungen über die Natur und die Ursachen des Reichtums der Nationen*, 1776.

Louis Blanc, *L'Organisation du Travail*, 1840, Paris.

Friedrich List, *Nationales System der politischen Ökonomie*, 1841 (7. Aufl. 1883), Stuttgart: Cotta.

Friedrich Engels, *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*. Nach

<sup>1)</sup> Necklams Bibliothek Nr. 513 und 514.

eigener Anschauung und authentischen Quellen, 1845 (2. Aufl. 1892), Stuttgart: Dietz.

Karl Marx, Das kommunistische Manifest, 1848.

Karl Rodbertus, Soziale Briefe an von Kirchmann, 1850—51, Berlin: Grobe.

Wilhelm Roscher, System der Volkswirtschaft, 4 Bde., 1. Bd. 1854, Stuttgart: Cotta.

Ferdinand Lassalle, System der erworbenen Rechte, 1861, Leipzig: Brockhaus.

F. A. Lange, Geschichte des Materialismus. 1. Aufl. 1866. 5. Aufl. 1896. Leipzig: J. Bader.

Karl Marx, Das Kapital, 3 Bde., 1867—1895, Hamburg: D. Meißner.

E. Jäger, Der moderne Sozialismus, 1873, Berlin: van Meyden.

H. Meyer, Der Emanzipationskampf des vierten Standes, 1874, Berlin: A. Schindler.

Karl Rodbertus, Briefe und sozialpolitische Aufsätze, 1892, Berlin: D. Klein.

A. Bebel, Die Frau, 1.—29. Aufl., 1883 ff., Zürich: Verlagsmagazin.

Fr. Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, 3. Aufl. 1883, Stuttgart, Dietz.

Schaeffle, Die Ausichtslosigkeit der Sozialdemokratie, 1885, Tübingen: Laupp.

Eugen Richter, Die Irrlehren der Sozialdemokratie, 1890, Berlin: Verlag „Fortschritt“.

Oskar Köhler, Der sozialdemokratische Staat, 1891, Stuttgart: Dietz.

Eugen Richter, Sozialdemokratische Zukunftsbilder, 1891, Berlin, Verlag „Fortschritt“.

Schaeffle, Quintessenz des Sozialismus, 1891, Gotha: Fr. A. Perthes.

Cathrein, Der Sozialismus. Eine Untersuchung seiner Grundlagen und seiner Durchführbarkeit, 1892, Freiburg: Herder.

Karl Kautsky und B. Schönlauf, Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie. Erläuterungen zum Erfurter Programm, 1892, Berlin: Verlag „Vorwärts“.

E. Moormeister, Das wirtschaftliche Leben. Vergangenheit und Gegenwart, dargestellt für Schule und Haus, 1892, Freiburg: Herder.

Schlaraffia Politica, Geschichte der Dichtungen vom besten Staat, 1892, Leipzig: Grunow.

G. Hoffmann und E. Groth, Deutsche Bürgerkunde, 1894, Leipzig, Grunow.

C. Endemann, Staatslehre und Volkswirtschaft, 1895, Bonn: Cohen.

Emile de Laveleye, Der Sozialismus der Gegenwart, 1895, Halle: D. Handel.

R. Fischer, Grundzüge einer Sozialpädagogik und Sozialpolitik, 1897, Eisenach: Wildens.



Franz Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. I. Teil 1830—1863. II. Teil 1863—1891. 1897/98. Stuttgart: Dietz.

Karl Kautsky, Bernstein und das sozialdemokratische Programm, 1898, Stuttgart: Dietz.

Schönberg, Handbuch der politischen Ökonomie, 1898, Tübingen: H. Laupp.

Ed. Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, 1899, Stuttgart: Dietz.

Theo Sommerlad, Die soziale Wirksamkeit der Hohenzollern, 1899, Leipzig: J. J. Weber.

E. Wolff, Grundriß der preussisch-deutschen sozialpolitischen und Volkswirtschafts-Geschichte vom Ende des dreißigjährigen Krieges bis zur Gegenwart, 1899, Berlin: Weidmann.

### III.

## Namen- und Sachregister.

#### A.

Absolutismus 52, 57.  
 Accise 57, 58.  
 Ackerbau in Preußen 58.  
 Adel 47, 59, 61.  
 Ager publicus 19.  
 Almende 25.  
 Altertum, sein Bildungswert 13—15.  
 Anschauungsmittel 115.  
 Anticorn-law-league 84.  
 Arbeiterpartei 94.  
     —  schutz 101.  
     —  schutzgesetz 84.  
     —  verein, allgemeiner deutscher 94.  
 Aristoteles 17.  
 Arkwright, Rich. 83.  
 Artikel, die zwölf 48.  
 Atheismus 97.  
 Aufschwung, wirtschaftlicher in Deutsch-  
     land 99.

#### B.

Babeuf 73, 93.  
 Banken 65.  
 Bauernkriege 47, 91.  
     —  stand, in Rom 20, seine Ansiede-  
     lung in Preußen 59, 63.  
 Beamtenstand 48, 61.  
 Beden 44.  
 Beloch 16.

Benefizialwesen 30.  
 Bert, Paul 2.  
 Betriebssysteme 12.  
 Biedermann, R. 48.  
 Bierziele 56.  
 Bismarck 100.  
 Blanc, Louis 93.  
 Bluntschli 2.  
 Bodenregal 28.  
 Bornhof, C. 55.  
 Bossuet 52.  
 Botschaften Wilhelm I. 100.  
 Bradenhorf 64.  
 Bürgerkunde 116.  
     —  tum 42.  
     —  weihe 2.

#### C.

Caesar 23.  
 Campanella, Der Sonnenstaat 127.  
 Capitulare de villis 34.  
 Cisterzienser 39.  
 Christentum 18, 20.  
 Communismus 74.

#### D.

Dampfmaschine, -schiff 81.  
 Dorfschaftssysteme 26.  
 Dreifelderwirtschaft 22, 24, 27, 34, 83.



Drohnen, J. G. 60.

Droz, Numa 2.

E.

Edelmetalle, ihre Vermehrung 45.

Eigentum, Ober-, Unter- 36, 47.

Einungen 43.

Einzelhöfe 26.

Eisenbahn 80—82.

Endemann 81, 107.

England 42, 43.

Entdeckungen, ihre Folgen 45.

Entwicklungsstufen des Grundeigentums 11.

Erbunterthänigkeit 76.

Erdfunde, ihre politische und geschichtliche Natur 105,

Verteilung des Stoffes 107,

Lehrpläne 108.

Erwerbsleben, dessen wichtigste Thatsachen 106.

F.

Fabrikinspektoren 101.

Feldgraswirtschaft 24.

Fénelon, Telemach 127.

Finanznot in Frankreich 72.

— wirtschaft 46.

Foeberaten 26.

Fourier 74, 93.

Fragen, agrarische, in Rom 19,

in der römischen Kaiserzeit 21,

in der Urzeit der Germanen 23,

in fränkischer Zeit 26.

Freitag, G. 49, 115.

Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst 56 ff.

Friedrich Wilhelm I. 58 ff.

Friedrich II. 62 ff.

Friedrich Wilhelm III. 74, 99.

Friedrich Wilhelm IV. 85.

Fruchtwechselwirtschaft 83.

Fürstentum 49.

G.

Geißbeck 106.

Geldwirtschaft 41, 44, 85.

Gemeinsfreiheit 23.

Generaladministration der königlichen Gefälle 63.

Generaldirektorium 59.

Germanen, Ost-, West- 23, 26, 27.

Geschichtsunterricht, Aufgaben 6,

Verinnerlichung 7,

gesellschaftliche Belehrungen 10, 91,

Gewanne 25, 27.

Gewerbefreiheit 78, 79.

— gerichte 101.

Gothaer Programm 124.

Griechenland, Bodenbeschaffenheit, Staatenbildungen, Wirtschaftsformen 16, 17.

Großgrundbesitz 29.

Grote, Georg 14.

Gotskowski, J. G. 65.

Grundbegriffe, wirtschaftliche 11.

Grundformen menschlichen Gemeinschaftslebens 106.

H.

Häusser, L. 66.

Handel, passiver 26.

Handelsgebiete: Hansa, oberdeutscher Städtebund 42, 43.

— wege 34, 45, 47.

Hardenberg 78.

Heerschildeordnung 39.

Heerwesen in Brandenburg 56, 57.

Hente 88, 93, 97, 113.

Hörigkeit 28, 60.

Hofgericht 36.

Häusser, H. 76 ff.

Hufe, 27, 41, 47.

Hufenschuß 56.

Humboldt, W. v. 79.

J.

Jastrow 33, 34, 55.

Industrie in Preußen unter Friedrich II.  
64.

— centren in Preußen 85.

Internationalität der Sozialdemokratie  
97.

Investitionstreit 37.

Israel, seine sozialen Ordnungen 16.

Joseph II. 66, 67.

#### K.

Kanalssystem in Preußen 65.

Kapital und seine Akkumulation nach  
Marx 83, 95.

Karl d. Gr. 34.

Kaufmann, G. 22, 36.

Kirchhoff, A. 105.

Klassenkampf, wirtschaftlicher 96.

Kolonat 21.

Kolonien, griechische 17, 18,  
brandenburgische 58,  
anderer europäischer Nationen 108.

Kolonisationen im Wendlande 38,  
39, 40,  
in Westpreußen 59, 64.

Kontinentalsperre 80.

Kontribution 57.

Kreuzzüge, ihre wirtschaftlichen Folgen  
41.

Kreditwirtschaft 85.

Krieg, der dreißigjährige, seine Folgen  
49.

Kriegswesen 30, 32, 37, 39, 45, 56, 57.

Kulturstufen 11.

#### L.

Lamprecht, R. 23, 28, 33, 36.

Landeskultur unter Friedrich II. 64.

Landfrieden 55.

— stände 41.

— wirtschaft 83.

Lange 92.

Lassalle, Ferd. 93.

Latifundienwirtschaft 20, 21, 48.

Lau 54.

Lebenswesen, Entstehung 50 ff.

Weiterentwicklung 36,

Höhepunkt 39,

Verfall 45.

Leibeigenschaft 48.

Liebe, die freie 97.

Liebig, Begründer der landwirtschaft-  
lichen Chemie 83.

List, Friedr. 80.

Lohngesetz, ehernes 94.

Ludwig XIV. 52.

#### M.

Manufaktur 43, 53, 60, 64.

Maria Theresia 66, 67.

Mark, die gemeine 48.

— genossenschaft 25.

— grafen 55.

— grasschaften 36.

Martens 6.

Marx, K. 94, 95.

Maschinenbetrieb, seine Folgen und  
Schattenseiten 85, 86.

Maurenbrecher 57.

Maximal- und Minimalpreis 60.

Magazin 52.

Merkantilismus 53, 58, 69.

Ministerialität 37, 39, 43.

Mirabeau 66, 104.

Monopole 54, 62.

Morrell, Gesetzbuch der Natur 74, 127.

Moormeister 4, 103.

Morus, Thomas, Utopie 127.

Münzsystem 43.

Musterwirtschaften, königliche 34,

kirchliche 36.

#### N.

Naturalwirtschaft 33, 35, 36, 38, 85.

Niebuhr, Bartold Georg 14.

Niebergang Roms, seine wirtschaft-  
lichen Ursachen 21.

Nitsch, R. W. 18, 23, 24, 27, 49.

Novelle zur Reichsgewerbeordnung 101.



D.

Duden 54, 63, 64, 69.  
Dwen, Robert 74, 84.

P.

Pfahlbürgertum 43.  
Pfalzen als Mittelpunkte der könig-  
lichen Güterverwaltung 34.  
Pöniker 15.  
Physiokratismus 67, 71, 75.  
Plato 92.  
Postwesen 87.  
Praemonstratenser 39.  
Preisrevolution 45.  
Privateigentum an Acker 23, 28.

Q.

Quartierreglement 27.  
Quésnay 71.

R.

Ranke, L. v. 57, 58, 59.  
Ragel 106.  
Raubritterstand 44.  
Recht, römisches 45.  
Rechtseinheit in Preußen 65,  
in Frankreich 73.  
Regalien 28, 41.  
Regie 13.  
Reichssteuer 46.  
Reichsverfassung 39, 46, 99, 107.  
Revolution, die französische 67 ff., 91.  
Ritter, Karl 105.  
— Moriz 47, 97.  
Ritterstand 37, 39, 44.  
Robespierre 73.  
Rousseau, J. J. 70, 72.

S.

Säkularisation unter Karl Martell 32,  
in der Reformationszeit 49.  
Saint-Simon 74, 93.  
Salhof 29.  
— land 29, 34.

Schaefer, Arnold 13, 71.

Schichtung, soziale, der Gesellschaft in  
der fränkischen Zeit 34,  
in der sächsischen Zeit 38,  
in der Neuzeit 69.

Schiller, F. 22, 103.

Schuldnechtschaft 19.

Schulzwang 61.

Schutzzollpolitik 102.

Schröder, 23, 24, 30.

Seiten, erziehlige, der Belehrungen  
über unsere gesellschaftliche Ent-  
wicklung 113.

Sklaverei 18.

Smith, Adam 75, 95.

Solonische Verfassung, Vergleich mit  
der servianischen, dem preussischen  
Dreiklassenwahlssystem 18.

Sozialdemokratie, ihre Entstehung und  
Ziele 87.

Sozialpolitik, deutsche 99.

Sparta, Kommunismus 17.

Staat, antiker und moderner 36.

Staatenbildung, älteste 16,  
Grundformen 17.

Staatsrat in Preußen 77.

Städtewesen 36, 38, 42.

Stände, in Preußen, ihre Verhältnisse  
61, 63, 65,

— in Frankreich 68.

— Kampf in Rom 19,

— — in deutschen Städten 43.

Stand, der dritte 70.

Stein, K., Frhr. v. 76 ff.

Streubesitz 30.

Steuerreform 102.

— System i. Preußen 57, 59, 62, 79,

— — in Frankreich 68.

Sybel, F. v. 69, 70.

T.

Tacitus 21, 24.

Taine 68, 70, 73, 91, 104.

Telegraphenverkehr 82.

Territorium 43, 50.  
Theorien, sozialistische 87.  
Turgot 71.

## II.

Utopien 74.

## B.

Bassallität 30.  
Bereinigung, wirtschaftliche 86.  
Bergesellschaftung der Produktions-  
mittel 99.  
Versicherung, Kranken-, Unfall-, In-  
validen- 100.  
Verwaltungsbehörde in Preußen 77.  
Volkssouveränität 70, 92.

## W.

Waig, G. 23.  
Wehrpflicht, allgemeine 61, 79.  
Welthandel 45.

Weltverkehr 82.

Wergeld 28.

Wert des Gebrauches und des Tausches .  
83 ff.

Wilhelm I. 99 ff.

Wilhelm II. 99 ff.

Wirtschaftsstufen 11.

## X.

Xenophon, Cyropädie 127.

## Z.

Zietzmann 97, 114.

Zinsland 29, 34.

Zölle 53, 62, 71, 79, 84.

Zollverein 80.

Zunftwesen 42.

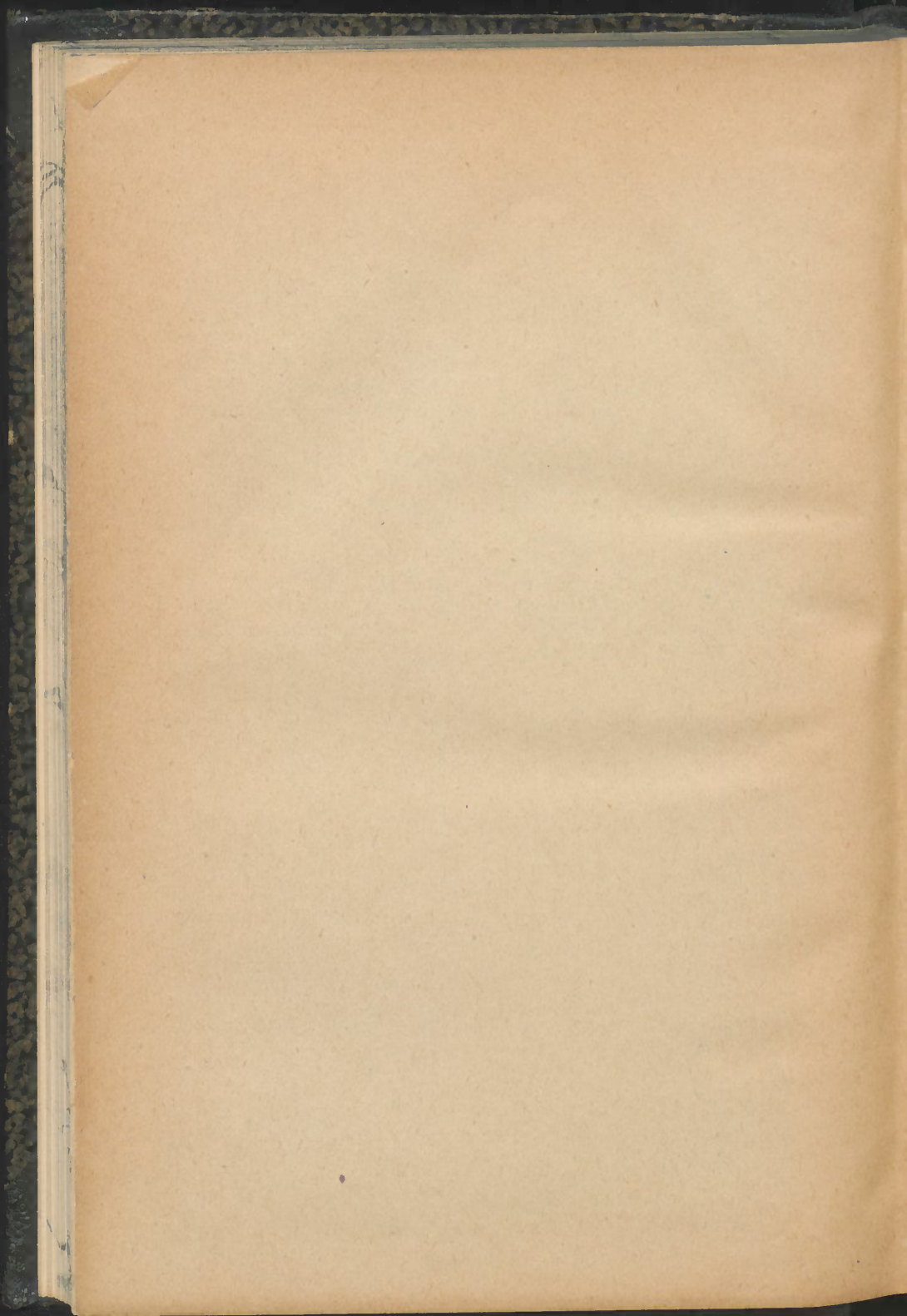
Zurbonen 58, 59, 61, 66.

Zusammenfassung geschichtlicher That-  
sachen 111, 112.

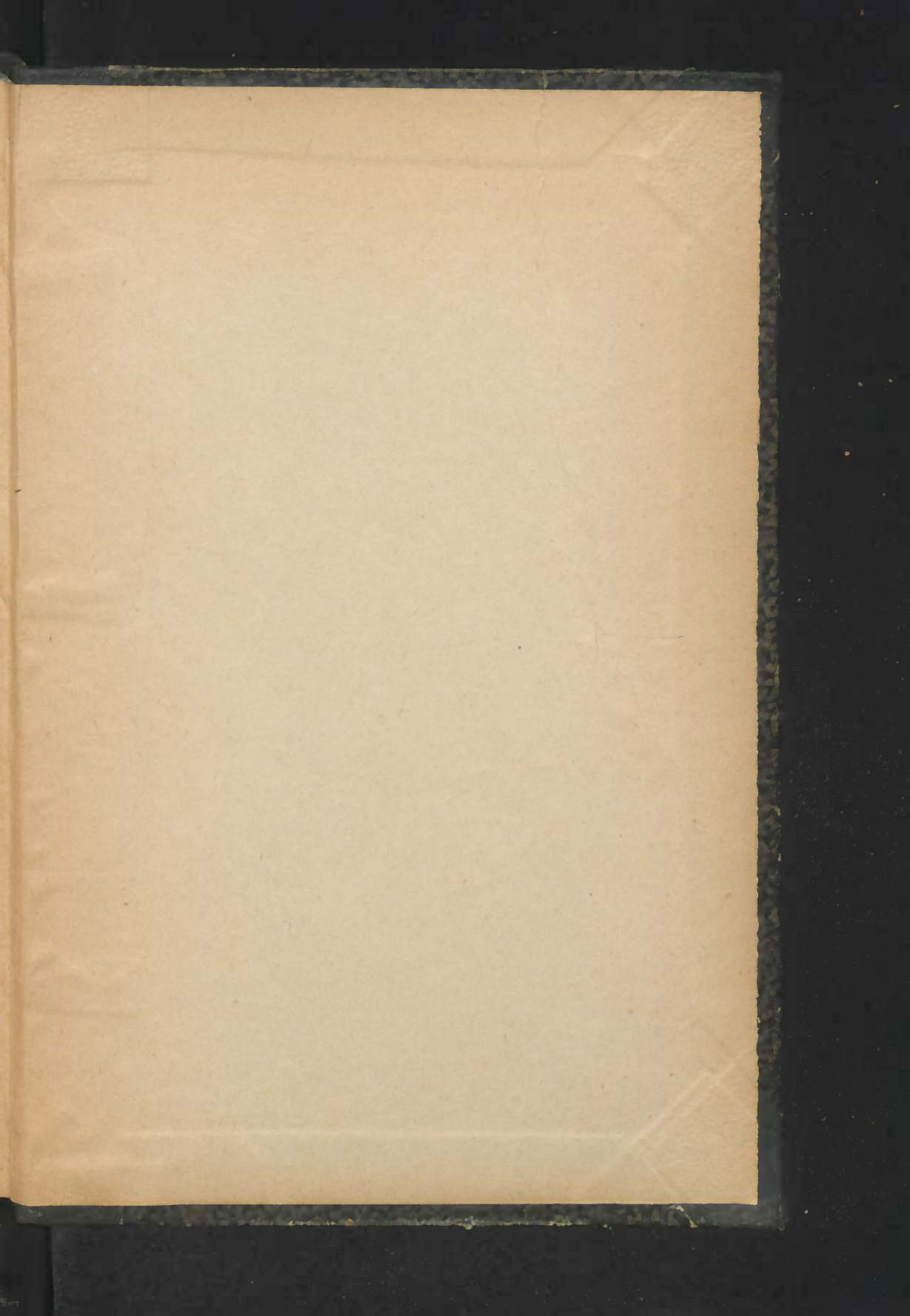
Zustände, amerikanische 115.

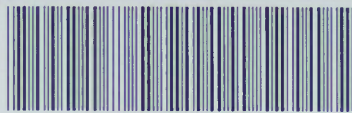












206\$07965486